

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark voraus zahlbar.

Für 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll und Keil' mit 'Biedlung und Kleinfäden' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Spaltenbreite 80 Pfennig, Restspaltenbreite 10 Pfennig.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 31. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Luther erklärt:

Die deutschnationalen Minister waren mit allem einverstanden!

Das Rumpfkabinett Luther erläßt folgende Erklärung:
Die in letzter Zeit von den Organen der deutschnationalen Volkspartei veröffentlichten Beschlüsse, insbesondere die in der heutigen Morgenpresse erschienene Erklärung des deutschnationalen Parteivorstandes über die Konferenz von Locarno, enthalten über die bisherige Stellungnahme des Reichskabinetts zu den Sicherheitsverhandlungen, über das Verhalten der beiden deutschen Delegierten, sowie über den Inhalt der in Locarno paraphierten Vertragsentwürfe selbst eine Reihe von Angaben, die sich mit den Tatsachen nicht decken.

Note vom 20. Juli entspricht, in praktisch wirksamer Weise vorgebeugt werden.
Dah in Locarno die Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit auf dem Gebiete des Heerwesens nicht erreicht sei, könnte nur dann behauptet werden, wenn man darunter die Beseitigung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages oder die Durchführung einer vollständigen Abrüstung der anderen beteiligten Länder vor dem Abschluß des Vertragswerkes verstehen wollte, ein Standpunkt, der in den Beschlüssen des Reichskabinetts niemals vertreten worden ist und niemals vertreten werden konnte.

Gegenüber der Behauptung, daß durch die Garantie- und Schiedsverträge für Deutschland neue Fesseln geschaffen würden, ist darauf hinzuweisen, daß das Verbot von Angriffskriegen und Invasionen im Verhältnis zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, die Garantie dieses Verbotes durch England und Italien und endlich die schiedsrichterliche Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, namentlich von Streitigkeiten über die Auslegung des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens, durchaus im Interesse der Befreiung und Wiederverstärkung Deutschlands liegen.

5. Die Kritik an den mangelnden Auswirkungen des Vertragswerkes auf die Fragen der besetzten Gebiete ist zum mindesten verfehlt, da die Verhandlungen hierüber noch im Fluße sind.
Die deutschen Delegierten haben weder in Locarno noch später jemals einen Zweifel darüber gelassen, daß die paraphierten Vertragsentwürfe nur einen Teil des in Betracht kommenden Fragenkomplexes regeln, und daß sie deutscherseits nicht in Kraft gesetzt werden könnten, wenn nicht auch der andere Teil, die Rückwirkungen auf die besetzten Gebiete, eine den deutschen Lebensnotwendigkeiten entsprechende Regelung erfährt. In diesem Sinne werden die Verhandlungen mit den anderen beteiligten Regierungen auch zurzeit weitergeführt.

6. Die Behandlung der Kriegsschuldfrage vor und auf der Konferenz von Locarno steht in genauester Übereinstimmung mit den einmütig darüber gefaßten Beschlüssen des Reichskabinetts.
Das Entscheidende an dieser Erklärung ist die altentworfene Feststellung, daß die drei deutschnationalen Parteiminister noch unmittelbar vor dem entgegengefaßten lautenden Parteibeschluss im Kabinett für Locarno gestimmt haben. Alle Kritik, die die Deutschnationalen gegen Locarno richten, trifft ihre Vertreter im Kabinett mit.

Sitzung der Rumpfskoalition.

W.B. meldet:

Reichskanzler Dr. Luther hat die Vorsitzenden der Parteien, die durch Vertrauensmänner im Reichskabinett vertreten sind, zu einer gemeinschaftlichen Aussprache über die politische Lage auf nächsten Dienstag nach Berlin eingeladen.

Die Meldung klingt wie ein schlechter Wit. Luther versammelt die letzten Reste seiner Getreuen. Was ist ihm denn noch geblieben außer Curtius und Scholz?

Otto Braun über Locarno.

Im Preussischen Landtag stand gestern der Etat des Staatsministeriums zur Beratung. Bei dieser Gelegenheit sprach der Ministerpräsident Genosse Otto Braun über Locarno und eröffnete den parlamentarischen Angriff gegen die hinterhältige und volksfeindliche Politik der Deutschnationalen. Wir berichten über diese außerordentlich interessante Sitzung in der 3. Beilage dieser Ausgabe.

Das Europäerwerk von Locarno.

Briand's Dank für den Glückwunsch des Völkerbundes.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Vertretern Japans und Spaniens ausgesprochenen Glückwünsche zum Abschluß der Verträge von Locarno gaben Briand Gelegenheit, sich mit bemerkenswerten Ausführungen über das Europäerwerk, seine Entstehungsgeschichte und seine Wirkungen zu äußern. Als er die erste Begegnung mit dem deutschen Reichskanzler hatte, habe er ihm gesagt, daß der Erfolg der Verhandlungen einzig und allein abhängen würde von der Auffassung, die beide von ihren Aufgaben mitbrächten. Wenn Herr Luther nur als Deutscher und er als Franzose gekommen sein würden, dann hätte er die Hindernisse für unüberwindlich, wenn beide dagegen als Europäer oder als Weltbürger im besten Sinne des Wortes und in aufrichtiger Friedensbereitschaft sich an den Verhandlungen beteiligen würden, dann müsse das unternommene Werk gelingen. Glücklicherweise seien alle Unterhändler von dieser Auffassung besetzt gewesen. Sie hätten die Verhandlungen geführt, nicht nur um dem eigenen Lande die Sicherheit zu garantieren, sondern um der ganzen Welt den Frieden zu sichern und den Keim zur Neuordnung der Dinge zu legen. Dieser Keim werde sich weiter entwickeln. Was man auch immer sagen möge, die Atmosphäre sei geschaffen, und der Friede habe einen entscheidenden Sieg über den Krieg errungen.

Frevelhaftes Spiel!

Die Deutschnationalen und der Vertrag von Locarno.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Deutschnationalen bemühen sich mit allen Mitteln, ihre plötzliche Flucht aus dem Kabinett, die mit der von ihnen zu den Vorbereitungen des Vertragswerkes eingenommenen Haltung in krassem Widerspruch zu stehen schien, zu erklären und zu rechtfertigen. Sie suchen die Dinge so darzustellen, als hätten die Reichstagsfraktion und ihre Vertreter im Kabinett stets nur mit Vorbehalten ihre Zustimmung zu den Verhandlungen gegeben, und als hätten sich insbesondere die drei jeht ausgeschiedenen Minister mit der Paraphierung der Verträge durch Luther und Stresemann keineswegs einverstanden erklärt. Eben erst hat Graf Westarp in einer Sitzung des Landesverbandes Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei behauptet: „Das Gesamtkabinett hat weder während der Konferenz noch nach dem Abschluß das Ergebnis von Locarno gebilligt.“

Wir müssen, damit Klarheit geschaffen wird, unbedingt verlangen, daß das Protokoll des Kabinettsrats, der unmittelbar vor der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 22. Oktober stattgefunden hat, alsbald veröffentlicht wird. (Ist inzwischen geschehen. Red. d. V.) Inzwischen aber sei noch einmal an die Vorgänge erinnert, die sich im Ausschuß selber abgespielt haben und von denen auch einige volksparteiische Organe, wenigstens andeutungsweise Mitteilung machen.

Herr Stresemann hatte Bericht über die Konferenz von Locarno und ihre Ergebnisse erstattet. Er hatte zwar die Annahme der Verträge nicht ausdrücklich empfohlen — da der Auswärtige Ausschuß in der Regel keine Beschlüsse faßt und bindende Entscheidungen überhaupt nicht treffen kann, was das auch nicht notwendig — aber die Tendenz der Darlegungen des Außenministers ging doch dahin, daß wir mit den Abmachungen zustimmen seien und unter Voraussetzung der Innehaltung der von der Gegenseite gemachten Zusagen über die Erleichterungen des Regimes in den besetzten Gebieten den Verträgen unsere Zustimmung geben könnten. Seine Worte konnten gar keinen anderen Sinn haben, als den der Befürwortung der Ratifizierung durch das Parlament.

Hierauf redete Graf Westarp. Er sprach, wie man weiß, kein klares Nein aus, aber es klang doch aus seinen Worten ein unannehmbar, das sich nicht nur auf seine Zweifel an den „Rückwirkungen“, sondern auch auf seine lebhafteste Kritik an dem Inhalt der Verträge selbst stützte. Die Ausführungen des Redners der stärksten Regierungspartei standen also in deutlich erkennbarem Gegensatz zu den Darlegungen des Außenministers.

Es war selbstverständlich, daß ich als Sprecher der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder zunächst die Frage zu stellen hatte, in wessen Namen denn eigentlich Herr Stresemann geredet habe. Es gab eine kurze Verlegenheitspause, bis der Reichskanzler durch einen Zwischenruf antwortete: „Herr Stresemann hat seinen Bericht auf einstimmigen Beschluß des Kabinetts erstattet.“ Dieser Bescheid war sicher nicht ganz klar und eindeutig. Da aber der Bericht, wie gesagt, mehr gewesen war als eine trodene Darstellung der Verhandlungen und ihrer Ergebnisse, war ich befugt, auszusprechen, daß also, was die Befürwortung angehe, keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern des Kabinetts — ich nannte in diesem Zusammenhang ausdrücklich Herrn Schiele — bestehen, und daß nur ein Gegensatz zwischen der Deutschnationalen Fraktion und ihren Vertretern in der Regierung vorhanden sei. Gegen diese Feststellung wurde weder von der Regierung noch von den deutschnationalen Ausschußmitgliedern Einspruch erhoben und ihre Berechtigung wurde außerdem einem unserer Genossen privatim von Herrn Luther bestätigt.

Diese Tatsachen sprechen deutlich gegen die jeht von den Deutschnationalen aufgestellten Behauptungen, und ihre Minister werden sich höchstens noch mit der Erklärung herausreden können, daß sie ihre Zustimmung mit inneren Vorbehalten erteilt hätten, die sie je nach Bedarf auch öffentlich auszusprechen bereit gewesen wären.

Doch die ganze Angelegenheit wird nun weiter kompliziert durch die Befannnisse der Bedingungen, die die Fraktion des Grafen Westarp für die Teilnahme an der Konferenz gestellt hat. Sie sind an anderer Stelle dieses Blattes im Wortlaut zu finden. Man erkennt auf den ersten Blick, daß eine Innehaltung dieser Bedingungen gänzlich unmöglich war, weil sie von vornherein jede Verhandlung illusorisch gemacht hätten.

Jetzt aber bedarf eine Reihe von Fragen dringender Aufklärung.

- 1. Haben wenigstens die übrigen Regierungsparteien von den deutschnationalen Vorschriften Kenntnis erhalten?
2. Welche Stellung haben die Herren Luther und Stresemann zu ihnen eingenommen?

Durch diesen Beschluß ist, entsprechend der Auffassung der deutschen Delegierten, anerkannt worden, daß das Vertragswerk von Locarno auf der Grundlage der Note vom 20. Juli eingeleitet worden ist und daß die weiteren Verhandlungen über den endgültigen Abschluß des Vertragswerkes sich nicht auf den Wortlaut der als unabänderlich festgestellten Vertragsentwürfe, sondern auf die in diesen Entwürfen nicht behandelten Fragen zu erstrecken haben würden. Irgendwelche Tatsachen, die zu einer veränderten Stellungnahme hätten Anlaß geben können, sind nach dem 22. Oktober nicht bekannt geworden.
Die in den deutschnationalen Ausführungen am Inhalte der Vertragsentwürfe selbst geübte Kritik stimmt weder mit den verschiedenen erwähnten Beschlüssen des Reichskabinetts überein, noch ist sie sachlich gerechtfertigt. Zum Verständnis des Sinnes und der Tragweite der Entwürfe bedarf es keiner schwierigen und künstlichen Auslegung, sondern nur eines norurteilsfreien Studiums des klaren Wortlautes. Ohne auf die schon im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages und auch bei anderer Gelegenheit ausführlich erläuterten Einzelheiten des Vertragswerkes nochmals einzugehen, sei an dieser Stelle zu den Einwendungen der Deutschnationalen Volkspartei nur folgendes bemerkt: Durch die Entwürfe von Locarno wird weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker beschränkt, noch auf andere Weise der friedlichen Entwicklung vorgegriffen. Im Vergleich mit der durch die Machtverhältnisse bedingten gegenwärtigen Lage Deutschlands würde das Inkrafttreten des Vertragswerkes nicht eine Einschränkung der deutschen Handlungsfreiheit bedeuten, sondern vielmehr der Anfang und die Grundlage für eine aktive Wiederbeteiligung Deutschlands an der Politik der europäischen Großmächte sein. Den sich aus der Völkerbundsführung für Deutschland wegen seiner besonderen Vorgegeben Gefahren wird durch die verabredete Erklärung zum Artikel 16 der Satzung, die im übrigen genau den Forderungen der

3. Waren die Deutschnationalen (Fraktion und Minister) mit der Teilnahme an der Konferenz einverstanden, obwohl die von ihnen formulierten Voraussetzungen nicht erfüllt waren?

4. Konnten die deutschen Vertreter in Locarno annehmen, daß die von ihnen paraphirten Abmachungen die Zustimmung der stärksten Regierungspartei finden würden, nachdem dem Katalog ihrer Forderungen nur in einem äußerst beschränkten Umfang entsprochen worden war?

Auf die Beantwortung dieser Fragen warten wir mit Spannung, aber schon heute muß gesagt werden, daß hier nicht nur ein zweideutiges, sondern ein frevelhaftes Spiel hinter dem Rücken des deutschen Volkes und der Volksvertretung getrieben worden ist. Schon heute verstehen wir auch klar und deutlich, warum Herr Luther es nicht gewagt hat, aus der Kriegserklärung der Deutschnationalen sofort die gebotenen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wenn noch irgendeine Rechtfertigung für die Haltung der Sozialdemokratischen Partei erforderlich gewesen wäre, so wäre sie hier gegeben. Wenn die Notwendigkeit eines Appells an die Wähler noch eines besonderen Beweises bedurft hätte, — hier ist der Beweis. Aber die Wähler haben jetzt nicht mehr nur ihre Meinung über Locarno und das Verhalten der Deutschnationalen kund zu tun, sie müssen sich gleichzeitig über die mehr als verdächtigen Methoden der Regierung äußern, sie müssen zu erkennen geben, ob nach ihre Ansicht in einer demokratischen Republik für die Manöver des Herrn Luther Raum ist.

Wir könnten uns sehr wohl vorstellen, daß all diese Schiebungen und halben und ganzen Unwahrheiten bei den mißtrauischen Elementen im Ausland neue Zweifel an der Zweckmäßigkeit von Friedens- und Schiedsverträgen mit Deutschland erwecken. Wir könnten uns denken, daß unter dem Eindruck solcher Enthüllungen die englischen und französischen Minister mit ihren Zusagen über die Rückwirkungen zurückhaltender würden. Aber eine solche Politik wäre verfehlt, da die Mehrheit des deutschen Volkes mit einer Diplomatie, wie sie von den Herrn Luther und Westarp betrieben wird, nichts zu tun hat. Das wird sich bei den Neuwahlen klar herausstellen, und die Mehrheit der Friedens- und Verständigungswilligen wird um so größer sein, je sicherer wir sein dürfen, daß Frankreich, England und Belgien im besetzten Gebiet die Schlußfolgerungen ziehen, die sich ganz naturgemäß aus dem Sinn und Geist der Verträge von Locarno ergeben.

Die „Bedingungen“ der Deutschnationalen.

Man enthüllt sich . . .

Von deutschnationaler Seite erhält die Telegraphen-Union den Wortlaut der Entschliebung, die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion unmittelbar vor ihrer Zustimmung zur Annahme der Einladung von Locarno dem Kabinett bekanntgegeben wurde. Die Entschliebung lautet:

A.

Die Antwortnote muß zum Ausdruck bringen:

1. Deutschland hält an der Note vom 20. Juli als Grundlage für weitere Besprechungen und Verhandlungen fest.
2. Die Besprechung der Außenminister hat nur informellen und vertraulichen Charakter, bindende Abmachungen auch über Einzelpunkte finden also nicht statt.

B.

Spätestens gleichzeitig mit der Annahme der Einladung durch den Signatarmächten des Versailler Vertrages gegenüber durch Erklärung der deutschen Reichsregierung das erzwungene Schuldbekenntnis des Art. 231 ausdrücklich aufgelöst.

C.

Folgende Grundätze werden durch Kabinettsbeschluß für die weiteren Verhandlungen und Besprechungen festgelegt:

1. Eine Konferenz Einladung an Deutschland wird nicht angenommen werden, wenn nicht vorher die Entwarnungsnote befriedigend erledigt und die Räumung der Kölner Zone zu einem bestimmten, möglichst nahen Termin vertraglich sichergestellt ist.

2. Eine Konferenz Einladung wird weiter nicht angenommen, wenn nicht die Befehlsgewalt aller Rechtsminderheiten des Besatzungsregimes im besetzten Rheinland und Saargebiet, und eine Revision des Rheinlandabkommens, sowie der erlassenen Ordnungen sichergestellt ist.

3. Ein Verzicht auf deutsches Land und Volk ist schon im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker unmöglich. . . . Daher darf ein abzuschließender Sicherheitspakt nichts Weitergehendes als den Verzicht auf Angriff, Einfall oder Krieg zur Veränderung der bestehenden deutschen Grenzen im Westen enthalten.

Dies ist von der Reichsregierung auch der Öffentlichkeit gegenüber klarzustellen.

Die Präambel des Londoner Entwurfs ist entsprechend zu ändern. Weitere Einzelvorschläge siehe Anlage.

IV. Ein Sicherheitspakt und Schiedsgerichtsverträge sind nur anzunehmen, wenn:

1. jede Garantie öffentlicher Verträge durch Frankreich ausgeschlossen wird,
2. politische Fragen, namentlich Streit über die Grenzen lediglich einem Vergleichsverfahren unterworfen werden,
3. der unparteiliche und paritätische Charakter des Schiedsverfahrens sichergestellt ist.

V. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgt nur, wenn:

1. alsbaldige Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung gesichert sind,
2. im Hinblick auf die allgemeinen Abrüstungsmaßnahmen des Völkerbundes, denen sich Deutschland unterwerfen wird, und auf die bereits durchgeführte völlige Entwaffnung Deutschlands alsbald alle einschlägigen Entwaffnungs- und Kontrollmaßnahmen gegen Deutschland (vor allem die Investigationsbeschlüsse) sistiert werden,

3. bis zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung durch rechtlich bindende Abmachungen die Anwendung des gesamten Inhalts des Art. 16 der Völkerbundsatzung auf Deutschland ausgeschlossen wird.

VI. Die schließliche Annahme der Verträge bleibt davon abhängig, daß bei den Verhandlungen, etwa unter Hinweis auf Art. 431 eine Abklärung der Besatzungsfrist in der zweiten und dritten Rheinlandzone und eine frühere Volksabstimmung im Saargebiet erreicht wird. Diese Forderung ist bereits vor den Vorbereitungen anzumelden.

Anlage zu C III.

Jeder Zweifel über die Beschränkung eines durch Annahme des Sicherheitspaktes und Eintritt in den Völkerbund auszusprechenden Verzichts wird ausgeschlossen, wenn folgendes erreicht wird:

1. Ausdrücklicher Vorbehalt Deutschlands gegenüber Art. 10 der Völkerbundsatzung.

2. Änderung des bezüglichen Postus der Präambel des Londoner Entwurfs.

3. Zeitliche Begrenzung der deutschen Verpflichtung durch Einführung eines wirksamen Kündigungsrechtes jedes vertragsschließenden Teiles.

Dies ist zu erreichen durch:

a) Änderung des Art. 8 des Londoner Entwurfs,

b) Zusatz zu Art. 11 des Londoner Entwurfs, daß Pakt und Schiedsverträge nur solange in Geltung bleiben, als sämtliche Signatarmächte dem Völkerbund angehören.

c) Ausdrückliche Anerkennung, daß die in Artikel 1 Abs. 3 der Völkerbundsatzung aufgestellte Voraussetzung für ein Kündigungsrecht für Deutschland hinsichtlich seiner Reparationsverpflichtungen durch das Dawes-Abkommen, hinsichtlich seiner Entwaffnungsverpflichtungen durch Erledigung der letzten Entwaffnungsnote erfüllt ist.

Sachlich bedeutet das in der Hauptsache folgendes: Die Deutschnationalen waren bereit, auf den Krieg zur Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zu verzichten, aber nicht auf den Krieg zur Wiedergewinnung jetzt polnischer Gebiete. Auch das Abkommen mit Frankreich sollte auf dem Weg über den Austritt aus dem Völkerbund kündbar sein. Deutschland sollte also dafür, daß es für gemessene Zeit auf einen Krieg gegen Frankreich verzichtete, freie Hand gegen den Osten erhalten.

Dieses Programm wurde der Regierung in der Form eines scheinbaren Befehls bekanntgegeben. Die Regierung hätte schon damals von sich aus den Bruch mit den Deutschnationalen herbeiführen müssen, wenn sie einen letzten Rest von Würde wahren wollte. Dadurch, daß sie das nicht getan, sondern einen, wenn auch bescheidenen Teil des Befehls ausgeführt hat, hat sie sich vor dem Inland und dem Ausland aufs schwerste kompromittiert.

Im übrigen verweisen wir auf die Ausführungen des Gen. Breitscheid im Vortragsaufsatz dieser Ausgabe.

Die Rückwirkungen gefährdet?

Ankündigungen der Pariser Presse.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das öffentliche Interesse wendet sich mehr und mehr in den letzten Tagen stark vernachlässigten Fragen der auswärtigen Politik zu. Hier ist es naturgemäß in erster Linie der Sabotageversuch der Deutschnationalen gegen das Vertragswerk von Locarno, der die öffentliche Meinung Frankreichs beschäftigt. Wenn auch je nach der innerpolitischen Einstellung die Meinungen über die von den Parteien der Linken in Deutschland eingeschlagene Taktik und über die Opportunität einer Reichstagsauflösung auseinandergehen — als Fazit aller Erörterungen und Kommentare in den politischen Kreisen wie in der Presse bleibt die Tatsache bestehen, daß, wie die Dinge sich auch weiter entwickeln mögen, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Kosten für die von schmödem Parteiegoismus distillierte Haltung der Deutschnationalen zu tragen haben wird. Wenn man auch mindestens an der endgültigen Unterzeichnung der Verträge von Locarno durch das Kabinett Luther-Stresemann nicht zweifelt, so kann es doch gerade für die politischen Folgen, die das deutsche Volk von Locarno zu erwarten berechtigt ist, d. h. für die Rückwirkungen, nicht ohne Einfluß bleiben, wenn diejenige Partei, deren Vertreter im Kabinett an den Vertragsverhandlungen aktiven Anteil genommen haben, sich in der entscheidenden Minute ihrer Verantwortung zu entziehen versucht. So erklärt am Freitag der „Temps“, daß angesichts der innerpolitischen Lage in Deutschland die allierten Regierungen die Pflicht zu denkbar größter Vorsicht sowohl in der Frage der Räumung von Köln wie hinsichtlich der für die besetzten Gebiete in Aussicht genommenen Erleichterungen hätten, und daß man sich in Berlin nicht wundern dürfe, wenn die Alliierten, die keine Lust hätten, das Opfer einer innerpolitischen Krise in Deutschland zu werden, entsprechende Vorkehrungen treffen würden.

Benesch über Locarno.

Das künftige deutsch-tschechische Verhältnis.

Prag, 30. Oktober. (Melbung des Tschechoslowakischen Pressebureaus.) Der Ständige Ausschuh der Nationalversammlung trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der Außenminister Dr. Benesch ein von allen tschechoslowakischen Mitgliedern des Ausschusses mit Beifall aufgenommenes Exposé über den Vertrag von Locarno hielt. Der Minister gab zunächst eine Darstellung, wie es von der Friedenskonferenz zum Vertrag von Locarno gekommen sei und erläuterte sodann detailliert die einzelnen Bestimmungen des Rheinpakt und der Schiedsgerichtsverträge, wobei er insbesondere die politische Bedeutung des abgeschlossenen deutsch-tschechischen Schiedsvertrages hervorhob, der in negativer Form betone, daß beide Staaten keinen Krieg gegeneinander führen wollen und die internationalen Verträge respektieren. Der Ministerpräsident fuhr fort, außerdem haben sich Deutschland und die Tschechoslowakei in Artikel 21 des genannten Vertrages die Rechte und Pflichten, die aus dem Völkerbundspakt hervorgehen, vorbehalten. Dadurch ist betont, daß Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei ebenso wie umgekehrt die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland als Völkerbundmitglied im Sinne des Artikels 10 des Pakt die Pflicht haben wird, die gegenwärtige territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zu achten. Daneben bedeutet der Vorbehalt des Artikels 21, daß in dem tschechoslowakisch-deutschen Vertrag nichts enthalten ist, was die Tschechoslowakei hindern würde, gegenüber Deutschland den Artikel 15 Absatz 7 und Artikel 16 des Pakt für den Fall der Verletzung z. B. des Rheinpakt oder des deutsch-französischen Schiedsgerichtsvertrages zur Geltung zu bringen, oder mit anderen Worten,

es bleiben hier unsere Garantieverpflichtungen gegenüber Frankreich gewahrt, ebenso wie umgekehrt.

In Besprechung des tschechoslowakisch-französischen Garantievertrages erklärte der Minister, daß er ein weiteres Mittel finde, um sich möglichst dem Rheinpakt anzunähern und das Problem der Sicherheit für Zentraleuropa zu lösen. Durch diesen Garantievertrag ist Frankreich verpflichtet, der Tschechoslowakei automatische Hilfe und Unterstützung zu gewähren, falls von der anderen Seite eine Verletzung des Garantievertrages erfolgen sollte.

Nur die beiden Vertragsstaaten sind berufen zu beurteilen, ob der casus foederis eingetreten ist. Der tschechoslowakisch-französischen Garantievertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages von Locarno.

Er hat keine gegen Deutschland gerichtete Spitze, das ihn nur kennzeichnend genommen hat, indem es das Schlußprotokoll unterschrieb, wo in einem besonderen Absatz auf den Abschluß dieses Abkommens verwiesen wird. Alle diplomatischen Akten von Locarno bilden ein

unauflösliches politisches Ganzes.

Nach meinem Urteil könnte der Vertrag von Locarno nur dann erfüllt werden, wenn das Genfer Protokoll oder ein ähnliches System angenommen würde. Ich will nicht behaupten, daß dies die definitive Befestigung des Krieges bedeutet, aber jedenfalls bedeutet er eine große Erleichterung und eine Hinausschiebung von Kriegen auf Jahrhunderte. Der Vertrag bedeutet daher eine Erhöhung der europäischen Sicherheit und eine Stärkung des Völkerbundes. Die politischen Folgen sind zunächst der

Eintritt Deutschlands als vollberechtigter und gleichwertiger Faktor in das europäische politische Leben

Das bedeutet die Schaffung einer neuen europäischen Psychologie, das neue europäische Gleichgewicht. Das bedeutet, daß das heutige Rußland volens volens gezwungen sein wird, mit Europa zu einem Uebereinkommen zu kommen. Es wird vielleicht

in nicht zu langer Zeit zu einem zweiten Locarno kommen, wo ganz Europa mit Rußland ein Uebereinkommen schließen muß, zu Ruh und Frommen Rußlands und Europas.

Ich gebe mich keinen Illusionen hin, und sage nicht, daß wir für immer gesichert sind und daher vielleicht die Wachsamkeit, die Vorsicht und das Verantwortlichkeitsgefühl unserer Regierung abzuwachen dürfen. Das wäre eine Sünde am Staate und an der Nation. Unsere Politik hat unsere Ziele voll erreicht. Zu der bisherigen Garantie unserer Sicherheit haben wir neue bedeutende Garantien erhalten.

Unser Verhältnis zu Deutschland tritt in eine neue Periode.

In den sieben Jahren hatten wir mit Deutschland keine ernste Differenz. In Locarno konnten wir dies mit Dr. Luther und Dr. Stresemann neuerlich konstatieren und betonen, daß zwischen den beiden Staaten keine Differenzen weder bezüglich der Grenzen noch sonst irgendwie existieren.

Zu Frankreich bleibt unser bisheriges Verhältnis voll aufrechterhalten. Auch unser Verhältnis zu England ist geregelt. England gibt uns mehr als nur die moralische Anerkennung unseres Vertrages mit Frankreich, die moralische Garantie unseres Vertrages mit Deutschland. Uebrigens verhält es sich mit Italien. Das Verhältnis zu den Staaten der Kleinen Entente bleibt unverändert. Mit Polen haben wir in Locarno in voller Harmonie gearbeitet. Es bleibt uns demnach

nur noch das russische Problem.

Schließlich kann ich nicht umhin zu betonen, daß auch bei uns im Innern bei allen Klassen und bei allen Nationalitäten, insbesondere bei den Deutschen, aus dem Vertrage von Locarno die richtigen Schlüsse gezogen werden. Ich zweifle nicht, daß die neue Gesamtsolidierung jeden aus den Illusionen, soweit er ihnen verfallen ist, herausführen wird und die friedliche und logale Mitarbeit aller auch im Innern beschleunigen wird.

Sodann gedachte Dr. Benesch des tatwollen aber entschiedenem Auftretens des Ministers Chamberlain und der Royalisten und der Besonnenheit Briands gegenüber Deutschland, wodurch er es den deutschen Staatsmännern ermöglichte, in gleicher Weise vorzugehen. Er schloß: Die deutschen Delegierten hatten eine schwierige Stellung; aber das allgemeine Urteil ist, daß sie ein sehr gutes Werk für Deutschland und für die allgemeinen Interessen der Ruhe und des Friedens Europas vollführt haben. Man darf nicht vergessen, daß der Vertrag von Locarno in seiner konkreten Form keine Existenz der Initiative der deutschen Regierung, des Ministers Dr. Stresemann, verdankt.

Locarno — Warschau.

Die Optantenfrage.

Der Beschluß der polnischen Regierung, die Optantenausweisung einzustellen, ist von der deutschen Regierung damit beantwortet worden, daß auch die Ausweisung polnischer Optanten aus Deutschland eingestellt wird. Die deutschnationalen Presse zeigt sich darüber sehr ungehalten, nach ihrer Meinung hätte es bei der Ausweisung der polnischen Optanten aus Deutschland bleiben müssen.

Nach polnischen Angaben wären für die Ausweisung aus Deutschland zum 1. November etwa 20 polnische Optanten in Betracht gekommen, später etwa 150, zum 1. Juli 1926 etwa 50, im ganzen rund 220 polnische Staatsbürger. Dagegen ermöglicht es der Beschluß der polnischen Regierung 1800 Deutschen, die schon am 1. August auswandern sollten, aber Fristen erhalten hatten, ferner 2000 Deutschen, die am 1. November gehen sollten, im Sande zu bleiben. 3500 Deutsche sollten am 1. Juli 1926 hinaus, sie werden auf ihrer Scholle bleiben können, wenn es bei der Zurücknahme der Ausweisung bleibt.

Danach handelt es sich auf deutscher Seite um viele Tausende, auf polnischer um einige Hunderte. Um an diesen einigen Hundert ihr Nachgefühlt trösten zu können, wollen die Deutschnationalen Tausende von Deutschen in Polen dem Schicksal der Austreibung überlassen!

Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet einen Protest des polnischen Weltmarkenvereins gegen die Zurücknahme der Ausweisungen als einen Beweis „farnatlicher Lüge“. Es gibt eine „farnatliche Lüge“ und es gibt eine „borussische Lüge“, und beide sind einander wert!

Wahlfolgen in Lettland.

Rücktritt des Staatspräsidenten und der Regierung.

Riga, 30. Oktober. (OE.) Sogleich nach Zusammentritt des neuen Parlaments wird Staatspräsident Tschaste zurücktreten. Die Neuwahl wird in einer der ersten Plenarsitzungen des Parlaments erfolgen. Die Regierung wird nach vor Eröffnung der Session ihre Demission geben, voraussichtlich aber vom Staatspräsidenten mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt werden.

Bei den kürzlich erfolgten Parlamentswahlen in Lettland hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 260 000 oder 33 Prozent aller Stimmen und 33 Abgeordnete erhalten gegenüber von 242 000 oder 31 Prozent aller Stimmen im Jahre 1922. Die Partei hat zwei neue Siege errungen. In mehreren Städten und in der Armee haben wir die Majorität. Im ganzen hat die Partei 44 Prozent aller Stimmen in den Städten und circa 30 Prozent der Stimmen auf dem Lande. Die Mehrzahl der neuen Bauern und Kleinbauern sowie auch selbstverständlich die Mehrzahl der Bandarbeiter stimmte wieder für die Sozialdemokratie. Auch die arbeitenden Massen der nationalen Minderheiten, d. h. der Russen, Juden, Polen und Deutschen stimmten für unsere Partei.

Im großen und ganzen hat sich durch die Wahlen das Kräfteverhältnis im Parlament wenig geändert. Neben den 33 sozialdemokratischen Abgeordneten hat die äußerste Rechte (6 kleine Gruppen) 14 Abgeordnete (14 auch bis jetzt), die konservativen Parteien (10 verschiedene Gruppen) unter Führung des Bauernbundes 33 (30), die Liberalen (7 kleine Parteien) 16 (18) und die Rechtssozialisten 4 (7).

Nie wieder Krieg! Ein Denkmal mit dieser Aufschrift, eine über den Tod ihrer Kinder tragende Mutter darstellend, wird Sonntag auf dem Wiener Zentralfriedhof zum Gedächtnis der dort begrabenen 17 000 Soldaten enthüllt. Geschaffen hat es Prof. Hannack im Auftrage der sozialistisch verwalteten Stadt Wien.

Fälscher huffung im Rückfall. Herr Hufung versucht nicht einmal zu bestreiten, daß er einen Artikel des „Vorwärts“ in gefälschter Weise zitiert hat. Er vertreibt sich aber hinter die „Kölnische Zeitung“, die vor ihm die gleichen Fälschungen begangen habe. Eine sonderbare Entschuldigung. Mit beispielloser Unverschämtheit wiederholt er seine Fälschung, nur deutet er diesmal durch Winkeln an, daß er Sätze herausgelassen hat. Er ist natürlich zu feige, um diese wenigen Zeilen abgedruckt, weil dann sogar der dümmste Leser des „Volk-Anzeigers“ sofort erkennen würde, daß im „Vorwärts“ etwas ganz anderes stand und gemeint war, als Herr Hufung es mit Hilfe seiner Fälschungen unterstellt hat. Er ist und bleibt ein Fälscher.

Ein später Friedensschluß. Gestern wurde in Angora der Friedensvertrag zwischen Jugoslawien und der Türkei unterzeichnet. Jugoslawien hatte seinerzeit in Lausanne den neuen Friedensvertrag nicht unterschrieben. Dieser ist nun nach längeren Verhandlungen in Angora abgeschlossen worden. Gleichzeitig wurde ein Freundschaftspakt zwischen Jugoslawien und der Türkei unterzeichnet.

Die Totenstadt Damaskus. Englische Presseberichte.

London, 30. Oktober. (WLB.) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Kairo schildern Flüchtlinge Damaskus als eine Stadt der Toten. Es ist unmöglich, die Anzahl der Toten zu schätzen, da Hunderte Leichen unter den Trümmern begraben liegen. Eine Anzahl französischer Offiziere und Mannschaften brachen in eins der ersten Zuhellergeschäfte von Damaskus ein und schafften die dort befindlichen Gegenstände fort. Es verlautet, daß 1200 Insassen des Gefängnisses in der Zitadelle durch Granaten getötet wurden.

Aus Jerusalem meldet „Daily Mail“, daß die französische Aktion in Damaskus starke Entrüstung unter den Arabern hervorgerufen habe. Der arabische Volksgeschichtsschreiber hat formellen Protest an den Völkerbund vor, und die mohammedanischen Länder werden dringend aufgefordert, Protestkundgebungen an den Völkerbund zu senden, in denen betont wird, daß Damaskus eine der heiligen Städte des Islams ist. Der oberste mohammedanische Rat telegraphierte an König Fuad von Ägypten und an andere Persönlichkeiten.

Die Rückwirkung in Paris.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorgänge in Syrien beginnen die französische öffentliche Meinung zu alarmieren. In der Kammer ist eine Reihe von Interpellationen über diesen Gegenstand angehängt und die ersten Beschlüsse, die das neue Ministerium zu fassen haben wird, werden wohl die Fragen der Verwaltung des französischen Mandats in Syrien betreffen. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Regierung jedenfalls einen Zivilkommissar für Syrien zu ernennen gedenkt, dessen Befehle Sarraill unterstellt werden soll. Havas berichtet, daß Ministerpräsident Poincaré dem sozialistischen Abgeordneten Paul Boncour den Posten eines Zivilpräsidenten von Syrien angeboten habe, doch habe dieser abgelehnt, weil er auch fernerhin Delegierter beim Völkerbund bleiben wolle. Unter diesen Umständen, so schreibt die Agentur, scheint der gegenwärtige Zustand provisorisch beibehalten werden zu wollen. Es sei jedenfalls vorauszusetzen, daß General Sarraill binnen kurzer Frist nach Paris berufen werde, um über die Vorgänge in Syrien und über die Mittel, ihnen ein Ende zu machen, Bericht zu erstatten.

Diplomatische Konsequenzen.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die aus Syrien vorliegenden Nachrichten bestätigen, daß dort die Lage sehr viel ernster ist als bisher angenommen wurde. Die Dementis, die General Sarraill den Meldungen aus englischer Quelle entgegensetzt, finden selbst in Paris wenig Glauben mehr, nachdem die dem Kabinett nachstehende „Depeche de Toulouse“ am Freitag die französischen Verluste bei den Operationen in Syrien in den letzten sechs Wochen auf 6000 Mann allein an Toten beziffert. Die englische Meldung, daß die in der Umgegend von Damaskus operierende Kolonne des Obersten Gamelin von den Drusen eingeschlossen worden sei, und bei ihrem Rückzug auf die Stadt 3000 Tote verloren haben soll, wird trotz der offiziellen Ablehnung ebenfalls für wahr gehalten. Auch auf diplomatischem Gebiete machen sich die Rückwirkungen der jüngsten Ereignisse in Syrien für Frankreich in sehr unangenehmer Weise bemerkbar. Wenn auch bestritten wird, daß die Regierungen in London und Washington wegen der Beschickung von Damaskus in Paris offiziell Protest erhoben haben, so wird doch vom Auswärtigen Amt gegeben, daß bereits eine Reihe von Schadenersatzansprüchen englischer und amerikanischer Staatsangehöriger angemeldet worden sind. Die „Abercrombie“ will darüber hinaus wissen, daß der Völkerbund, in dessen Auftrag Frankreich Syrien verwaltet, eine Unternehmung an Ort und Stelle angeordnet habe. Bezeichnend für die Lage ist, daß nunmehr selbst linksstehende Blätter wie der „Paris Soir“ die sofortige Abberufung des Generals Sarraill fordern.

Damaskus vor dem Völkerbund?

London, 30. Oktober. (WLB.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Syrien ist französisches Mandatsgebiet. Nun erörtern diplomatische Kreise die Rechtsfrage, ob eine Beschwerde Englands an die Mandatarmacht (Frankreich) auf dem üblichen diplomatischen Wege gerichtet oder im Völkerbundsrat oder in der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes aufgeworfen werden sollte. Einige britische Juristen sehen das letztgenannte Verfahren als das korrektere an. Dies würde jedoch klarerweise für einen Staat wie Amerika, der nicht Mitglied des Völkerbundes ist, unmöglich sein.

Andererseits vertreten namhafte Juristen die Auffassung, daß zunächst an die Mandatarmacht direkt herangetreten werden sollte, wenn irgendeine Abhilfe gesucht werde, und daß erst dann, wenn ein derartiger Schritt gescheitert sei, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes selbst auf die Beschwerde gelenkt werden sollte. Bisher hat keine Macht die Frage der Vorgänge in Syrien aufgeworfen. Wenn diese Frage nicht noch besonders aufgemerkt wird, wird der Mandatskommission nur der Mandatsbericht für das vergangene Jahr vorzulegen sein, der den Ereignissen in der allerletzten Zeit nicht Rechnung trägt.

Der Balkankonflikt geschlichtet.

Schlussitzung des Völkerbundesrats.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundrat hat die zur Schlichtung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalls einberufene außerordentliche Tagung geschlossen. Nach der Verlesung des inzwischen eingetroffenen Berichtes der mit einer britischen Enquete beauftragten französischen, englischen und italienischen Militärattachés und der Feststellung, daß beide Parteien der erfolgten Aufklärung gemäß die Feindseligkeiten eingestellt und ihre Truppen hinter die Grenze zurückgezogen haben, dankten der bulgarische und der griechische Befehdhaber dem Rat für die schnelle Beilegung des Zwischenfalls. Mit kurzen Worten wiesen dann Briand und Chamberlain darauf hin, daß dem Völkerbund vom ersten Mal Gelegenheit gegeben gewesen sei, einen bewaffneten Konflikt beizulegen und so von der Autorität und den Nachmitteln, die ihm im Interesse der Aufrechterhaltung des Weltfriedens übertragen worden seien, Gebrauch zu machen.

Die Untersuchung.

London, 30. Oktober. (Amischer britischer Funkdienst.) Die vom Völkerbundrat bestimmte Untersuchungskommission für den griechisch-bulgarischen Konflikt, zu deren Vorsitzenden der britische Gesandte in Madrid Sir Horace Rumbold ernannt worden ist, wird am 6. November in Genoa eintreffen, um sich von dort nach Demirkapu zu begeben, wo die Untersuchungsarbeit beginnen wird. In der Zwischenzeit haben auf Anordnung des Völkerbundesrats britische, französische und italienische Offiziere das Material so weit zu sichten, daß sie bei der Ankunft der Kommission mit ihren gesammelten Informationen zur Verfügung stehen können. Die griechische und die bulgarische Regierung haben sich gegenseitig

Rückzug des Weimarer Staatsanwalts

Der Meineidsprozeß gegen Loeb.

Weimar, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wer heute ahnungslos in den Schwurgerichtssaal in Weimar gekommen wäre, hätte geglaubt, in einem langweiligen Versicherungsprozess zu sein. Stundenlang wurde geredet über Transportversicherung und Luftverkehrsversicherung, über Ansichten von Versicherungsfachverständigen, von Reichsbeamten, von Zeugen. Vorlesung und Diskussion, manchmal einschläfernd, manchmal interessanter.

Aber es gibt neben diesem Versicherungsprozess noch einen Meineidsprozess Loeb. Und es gibt einen Angeklagten, um dessen Schicksal es geht. Was ihn betrifft, das fällt mehr so nebenbei ab, so daß der Zeuge Becker, Referent im Reichsaufsichtsamt, mit Bestimmtheit ausfragt, Loeb sei nicht bei ihm gewesen, daß er angibt, die erste Senatsentscheidung über die Genehmigungspflicht der Luftverkehrsversicherung sei am 30. Januar 1920 erfolgt. Damit erhält die Auskunft, von der Loeb geschworen hat, daß er sie im Oktober 1919 im Reichsaufsichtsamt erhalten habe, innere Wahrscheinlichkeit. Sie ging nämlich dahin, daß eine Entscheidung des Senats bevorstehe.

Bei der Befragung des Zeugen Becker gab es einen Zusammenstoß zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Alberg und dem Vorsitzenden. Auf die Frage von Alberg, ob man von vornherein die Form der Luftverkehrsversicherung als Transportversicherung als unzulässig bezeichnen könne, wick der Zeuge sich aus. Erst Rechtsanwalt Loeb erhielt von ihm die Antwort, daß das Reichsaufsichtsamt auf diese Frage nicht von vornherein eine positive Antwort geben konnte. Man hatte den Eindruck, daß das Reichsaufsichtsamt seine Entscheidung in Sachen der Süddeutschen von damals unter allen Umständen stark verteidigt.

Aber der Prozess Loeb ist kein Versicherungsprozess und die Antwort, die Alberg nicht erhielt und die schließlich Loeb durch schärfste Formulierung erzwang, war von großer positiver Bedeutung für die innere Wahrscheinlichkeit der beschworenen Loeb'schen Aussage, also für das Schicksal des Angeklagten.

Bei Beginn der Vernehmung von Loeb stellte der Vorsitzende fest, daß Loeb nicht vorbestraft sei. Loeb konterte ihn und stellte fest:

1. Es ist einmal von einem Rechtsanwalt R. gegen ihn Bräutlinge wegen Beleidigung erhoben worden. Loeb hatte behauptet, er habe den R. zur Staatsbank herausgeschmissen. Die Klage endete mit einem Vergleich.

verpflichtet, ihre Gefangenen freizugeben, ebenso das requirierte Vieh und das übrige, dem anderen Staate gehörende Eigentum oder deren Gegenwert zurückzuerstatten.

Die Regierungskrise ist zu Ende.

Die Finanzkrise dauert an.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Schnelligkeit, mit der es Poincaré gelungen ist, sein neues Ministerium zu bilden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit die Schwierigkeiten, die zum Ausbruch der Krise geführt haben, noch keineswegs überwunden sind. Durch die Ausschiffung Caillois, mit dem die überwiegende Mehrheit der Banken ein weiteres Zusammenarbeiten abgelegt hatte, ist zwar die Voraussetzung für einen neuen Zusammenschluß der Parteien des Kartells zu einer solchen und tragfähigen Mehrheit der Kammer geschaffen. Die finanzielle Misere aber dauert mit unverminderter Heftigkeit fort. Poincaré, der mit einem Ruin, der selbst im gegnerischen Lager Anerkennung findet, die dornenreichste Aufgabe des neuen Kabinetts übernommen hat, hat nur wenige Tage zur Verfügung, um die Maßnahmen und Gesetzentwürfe vorzubereiten, die der ungewöhnlichen Ernst der Situation erfordert. Gleichwohl welcher Art diese sein werden, das Kabinett wird damit nicht nur in der Kammer, sondern vor allem im Senat mit der erbitterten Gegnerschaft der gesamten Reaktion rechnen müssen, zu der sich aller Voraussicht nach viele persönliche Freunde des Herrn Caillois gesellen werden.

Caillois hat bereits heute mit dem von ihm angekündigten Kampf begonnen, indem er im „Petit Parisien“ den von ihm im letzten Kabinettsrat vorgelegten „Sanierungsplan“ veröffentlicht hat, ein Epöque von stark theoretisch-akademischen Charakter ohne konkrete und positive Vorschläge, dessen ganze Tendenz offensichtlich darauf hinausläuft, die Lage in einem weit günstigeren Licht erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist. Der „Quotidien“ hat unter diesen Umständen nur allzu recht, wenn er von einem Wechsel in der Taktik der Gegner spricht, der zweifellos dahin zielt, die von dem neuen Ministerium geplanten energiegelichen Maßnahmen von vornherein zu discredibilieren durch die Behauptung, daß sie im Grunde gar nicht notwendig seien. Die Antipresse warnt Poincaré aufs eindringlichste, in diese Falle zu gehen.

Die sozialistischen Gemeinden Frankreichs.

Bildung eines Verbandes.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Gemeindevahlen des Frühjahres haben in Frankreich der Sozialistischen Partei in einer ganzen Reihe Gemeinden, darunter Lyon, Lille, Marseille, Roubaix, Grenoble usw. die absolute Mehrheit gebracht. Ein von allen Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit beschickter Vertretertag, der am Freitag in Paris zusammengetreten ist, hat nach eingehender Aussprache einstimmig die Gründung eines Verbandes sozialistischer Gemeinden beschlossen. Zur Ausarbeitung der Satzungen wurde ein Ausschuss eingesetzt, der am Sonnabend vormittag der Konferenz einen Entwurf vorlegen soll.

Kölns Defizit.

Arbeitslosenunruhen.

Köln, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstagabend eine Entscheidung über die Erwerbslosenunterstützung fällen sollte, wurde auf Antrag der bürgerlichen Mehrheit vertagt, weil man sich über die Vorschläge zur Deckung des bisher vorhandenen Defizits in der Wohlfahrtsfürsorge nicht einigen konnte. Dieser Beschluß hat in den Reihen der Kölner Erwerbslosen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Am Freitag vormittag kam es am Kölner Arbeitsnachweis zu lebhaften Ansammlungen, wobei kommunistische Drahtzieher den Versuch machten, die erregte Stimmung parteipolitisch auszunutzen und noch mehr zu schüren. Die Folge war, daß die Polizei eine herrliche Hundertschaft vorgehen ließ, wobei nicht nur der Polizeiführer und Summknäuel eine Rolle spielten, sondern auch blinde Schüsse abgegeben wurden. Nachdem eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen war, wurde die Straße ohne weitere Zwischenfälle geläubert. — Bei dem Kölner Arbeitsnachweis sind gegenwärtig rund 20000 Erwerbstlose gemeldet.

2. Er ist mit einem Strafbefehl über 330 M. im vereinfachten Verfahren wegen Beleidigung vorbestraft und er hat in einer Broschüre einem Beamten widerliches Verhalten gegen seine Kollegen vorgeworfen.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde der Zeuge Oberregierungsrat Wehner vernommen, der im Jahre 1919 die fragliche Auskunft an Loeb erteilt haben soll. Der Zeuge hat an die Vorgänge vor 6 Jahren keinerlei Erinnerung mehr. Er schließt weder die Möglichkeit aus, ein solches Gespräch gehabt zu haben, noch eine derartige Auskunft gegeben zu haben. Er hält es nicht für möglich zu konstruieren, was er vor 6 Jahren auf eine bestimmte Anfrage geantwortet haben würde. Er wird mit dem Zeugen Stöcker konfrontiert. Stöcker schildert in allen Einzelheiten Ort, Gang und Umstände seiner Besprechung mit Wehner, aber Wehner kann sich auch jetzt nicht erinnern. Er bestätigt jedoch, daß die Angaben Stöckers über die Außerlichkeiten vollständig zutreffen und gibt durchaus die Möglichkeit zu, daß er Stöcker eine derartige Auskunft gegeben habe.

Am Schluß der Zeugenvernehmung gab der Staatsanwalt eine Erklärung ab, die nicht anders als Rückzug und als Versuch gewertet werden kann, die Verantwortung für die Einleitung des Strafverfahrens und damit für die entstandenen Kosten von der Staatsanwaltschaft auf den Angeklagten abzuwälzen. Er führte aus, daß, wenn Loeb seinerzeit nicht auf seiner kommissarischen Vernehmung bestanden hätte, sondern zur Hauptverhandlung nach Frankfurt gegangen wäre, das Gericht schon damals in Frankfurt die Zeugenvernehmung und Gegenüberstellung hätte vornehmen können, so daß diese Verhandlung in Weimar erspart geblieben wäre. Der Angeklagte Loeb antwortet darauf: „Ich habe bei Beginn meiner Vernehmung lediglich gesagt, daß am Schluß der Anklageschrift steht, ich hätte die drohende Gegenüberstellung in der Hauptverhandlung in Frankfurt zu verhindern gewünscht. Ich bin zu dieser Hauptverhandlung nicht geladen gewesen, kann also eine drohende Gegenüberstellung nicht verhindert haben.“

Morgen früh 9 Uhr beginnen die Plädoyers. Das Urteil ist kaum vor dem frühen Nachmittag zu erwarten.

Die Revision im Hermann-Prozeß verworfen.

Weimar, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Revision der Staatsanwaltschaft im Prozeß Hermann ist heute mittag vom Reichsgericht in Leipzig verworfen worden.

Gegen die Wuchergewinne.

Ein Vorkoch des bayerischen Sozialministers.

München, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Sozialminister Oswald, der Mitglied der Bayerischen Volkspartei ist, machte in einer Rede in Waldsassen, wo er für die Reichszentrale für Heimatdienst sprach, einen scharfen Vorkoch gegen die übermäßigen Gewinne von Industrie und Großhandel. Seine Angriffe belegte er mit einigen bemerkenswerten Beispielen. So erhalte der Handel die bayerische Rohle von den Gruben für 1,10 M., verlange aber selbst 2,10 M. Die Ziegeleien verlangen für 1000 Ziegelsteine 48 M., während der Werkpreis 39 M. sei. Von Innungen habe er Kalkulationen in der Hand, die den reinsten Wucher darstellten. Allgemein werde auf Arbeitgebersseite auch der Lohnanteil an den Produktionskosten auf das Doppelte und Dreifache von dem, was der Wirtschaft entsprechen, angegeben. Gegenüber den Klagen der Industriellen über die zu hohe soziale Belastung erklärte der Minister, er gebe zu, daß die sozialen Lasten wesentlich zugenommen hätten, aber die Arbeitgeber hätten die sittliche Verpflichtung, nicht nur Arbeiter zu haben, wenn sie sie brauchen, sondern auch mitzuheffen für die Zeit, wenn die Arbeiter nicht mehr arbeiten können. Der Streik gehe heute darum, wer die Ablieferungen an unsere ehemaligen Kriegsgegner zu bezahlen habe, und da siehe er auf dem Standpunkt, daß nicht die gesamten Lasten wie bisher auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden dürfen.

Abbau der Selbstverwaltung.

Reaktionärer Kurs in Bayern.

München, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung versucht seit längerer Zeit, das durch die Umwälzung der Jahre 1918/19 zustandegekommene bayerische Selbstverwaltungsrecht abzubauen und die damals den Gemeinden, Bezirken und Kreisen eingeräumten Freiheiten in wesentlichen Punkten zu beschneiden. Die vor kurzem zu diesem Zweck fertiggestellten Regierungsentwürfe haben nunmehr im Hauptausschuß des Bayerischen Städtebundes, der am Freitag in München tagte, eine grundsätzliche Ablehnung erfahren, und zwar einstimmig von allen Parteien. Welche Folgen diese Niederlage des bayerischen Innenministers haben wird, ist im Augenblick nicht zu sagen.

Die Reichswehrmunition.

Vorstellungen bei der Entente wegen des Jüterbog-Englücks?

Wie der „Reichsdienst der deutschen Presse“ erfährt, wird der Unglücksfall in Jüterbog Gegenstand von Vorstellungen bei der Botschafterkonferenz werden, im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Entwaffnung. Der Unglücksfall bestätigt nach Ansicht amtlicher Stellen den oft betonten deutschen Standpunkt, daß das Verbot der Munitionsherstellung bedauerliche Folgen haben kann. Bei Leibern wird Munition aus der Kriegszeit verwendet, deren Pulver durch chemische Zersetzung die Schußsicherheit so beeinträchtigt, daß ähnliche Unglücksfälle, wenn auch nicht mit so tragischem Ausgang, sich in den letzten Jahren öfter ereignet haben.

Der Streik im Kohलगroßhandel beendet.

Der Deutsche Verkehrsband, Sektion II, teilt mit:

Es haben im Laufe des gestrigen Abends zwischen den Vertretern des Deutschen Verkehrsbandes und der Arbeitgeber der Berliner Kohलगroßhandlung neue Verhandlungen stattgefunden, die mit dem Ergebnis endeten, daß die Arbeitgeber nunmehr den Schiedsspruch mit Wirkung vom 2. Oktober ab bis zum 31. Dezember restlos anerkannt haben. Damit ist der Streik beendet, die Arbeit wird heute Sonnabend früh wieder aufgenommen. Weitere Einzelheiten folgen noch.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften, wie sie nicht sein sollen.

Das sind die russischen.

Mitte Oktober hat sich das Plenum des Vorstandes der Kommunistischen Partei Russlands mit der Gewerkschaftsfrage befaßt und eine Resolution „Ueber die Arbeit in den Gewerkschaften“ angenommen. Da die deutsche kommunistische Presse nicht den Mut findet, diese Entschliessung ihren Lesern mitzuteilen, wollen wir hier die wesentlichen Teile der Resolution, die die Schattenseiten der heutigen Gewerkschaftspraxis kennzeichnen, wiedergeben. Es heißt in der Resolution:

„Ueberlastet mit mannigfaltigen wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Funktionen, sind die Gewerkschaften häufig nicht in der Lage gewesen, ihre Arbeit zu bewältigen; sie erwiesen sich einseitig und rückten ihre wichtigste und hauptsächlichste Aufgabe: die Verteidigung der ökonomischen Interessen der in ihnen vereinigten Massen und die allseitige Arbeit zur Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus in den Hintergrund.“

Dies führte unvermeidlich dahin, daß die Gewerkschaften die Anforderungen der breiten Arbeitermassen in ungenügender Weise beachteten; daß die Methoden des Kriegskommunismus wieder auflebten; daß wichtige Einzelheiten der Gewerkschaftsarbeit nicht in genügendem Maße beachtet wurden; daß die Mitgliedsbeiträge in nachlässiger, mitunter sogar in schlampiger Weise verausgabt wurden; daß Formalismus und Beamtenwirtschaft in die Erscheinung traten.“

Gleichzeitig erachtet das Zentralkomitee die einseitige „Wirtschaftliche Reizung“ als schädlich, die von einzelnen Gewerkschaftsorganisationen an den Tag gelegt wurde, und die in den Berichten zum Ausdruck kam, sich in unmittelbarer unkompetenter Weise in die Verwaltung der Betriebe einzumischen, die gewerkschaftlichen Funktionen mit den wirtschaftlichen zu vermengen und alle Maßnahmen und Anträge der Betriebsleitungen und der Wirtschaftsorgane durch die Gewerkschaften und ihre Vertreter vor den Arbeitern in Vorschlag und Bogen zu verpacken. Dies ist deshalb besonders schädlich und gefährlich, weil eine derartige Haltung die Gewerkschaften in Abhängigkeit der Wirtschaftsorgane verwanbelt und dahin führt, daß sie ihre wichtigste Aufgabe vergessen, die ökonomischen Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu verteidigen.“

Die Mängel und Mängel der Gewerkschaftsarbeit ebenso wie die Loslösung einer Reihe von Gewerkschaftsorganisationen von den Massen und die Schwächung der gewerkschaftlichen Disziplin sind besonders deutlich in einer Reihe ökonomischer Konflikte im Frühjahr 1925 zutage getreten.

Parallel damit hat sich ungeachtet der mehrfachen Beschlüsse von Parteikongressen und Parteikonferenzen sowie ungeachtet der Hinweise des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands erwiesen, daß die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften durch die Parteiführer mangelhaft geleitet wurden.

Neben der Kleinlichen Einmischung der Parteiführer in die alltägliche Arbeit der Gewerkschaften zeigte sich eine oberflächliche Auswahl der leitenden Funktionäre der Gewerkschaften und ein häufiger Wechsel dieser Funktionäre, der mitunter die Demokratie in den Gewerkschaften verletzte; gleichzeitig wurden die meisten Fragen bezüglich der Arbeitsbedingungen, des Arbeitslohnes und der Kollektivverträge den Parteiführern zur Entscheidung überwiesen, wodurch die normalen Methoden der Gewerkschaftsarbeit verletzt und die Autorität der Gewerkschaften vor den breiten Arbeitermassen untergraben wurde.“ („Trud“ vom 17. Oktober.)

Diese Entschliessung des kommunistischen Zentralkomitees, die in allen entscheidenden Punkten fast wörtlich die Kritik wiederholt, die in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse seit Jahr und Tag an den russischen Gewerkschaften geübt wurde, hat in der russischen Gewerkschaftspressen lebhaften Widerhall gefunden.

In derselben Nummer des „Trud“ äußert sich einer der kommunistischen Führer, der Metallarbeiter Koselew. Er schreibt u. a.:

„Die Gewerkschaften haben häufig diese oder jene wirtschaftlichen Maßnahmen selber verwirklicht; sie haben bei Konflikten selbst Arbeiter entlassen. (Es gab also in Sowjetrußland Gewerkschaften, die die Arbeiter wegen Teilnahme an Streiks auf die Straße warfen!) Die Red.) Sie haben die Arbeiter von einer Arbeit zu anderen verlegt und die Arbeitsbelastung der einzelnen Arbeiter erhöht; sie haben in der Stille der Kabinette, ohne die Öffentlichkeit genügend zu unterrichten, über Konflikte entschieden; sie haben den überaus ernsten Feldzug zur Hebung der Arbeitsleistung durch Erhöhung der Arbeitsnormen und Herabsetzung der Löhne ohne vorherige Erörterung dieser Maßnahmen mit den Arbeitern auf dem Wege bürokratischer Rundschreiben, die von der Gewerkschaft und dem Wirtschaftsorgan unterschrieben waren, von oben her verwirklicht; sie haben sich in den Tarif- und Konfliktkommissionen (paritätische Körperchaften in den Betrieben. Die Red.) mit der Bestrafung der Arbeiter befaßt, Urlaube für die „Wirtschaftler“ bewilligt und sich überhaupt in äußerst unkompetenter Weise in die Verwaltungstätigkeit der Wirtschaftsorgane einmischte, wodurch sie sich in den Augen der Arbeiter in eine zweite Verwaltung verwandelte.“

Auf Schritt und Tritt wendet ihr bei dem Besuch der Betriebe hören (bloß die Rußlandfahrer haben das nicht gehört! Die Red.): „Was soll ich in der Gewerkschaft? Sie unterdrückt mich ebenso wie der Fabrikdirektor. Schluß finde ich bei der Gewerkschaft nicht und Unterstützung wird mir von ihrer Seite in keiner Weise zuteil.“

Woher kommt das alles? Es kommt daher, daß wir der Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeitermassen... mitunter nicht die geringste Aufmerksamkeit schenken.“

Die Unbestimmtheiten, die in diesen Ausführungen in so vernichtender Weise kritisiert werden, wurden auch in einer Plenarsitzung des Verbandsvorstandes der Textilarbeiter erörtert. Hier äußerte sich der Verbandsvorsitzende Kutschow scharf über „die Einheitsfront der Industrie mit den Gewerkschaften“. „Fast alle Redner hoben hervor, daß die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften gegenüber den Wirtschaftsorganen zur Preisgabe der dringendsten Interessen der Arbeiter führte.“

Diese Äußerungen, die einer einzigen Nummer des „Trud“ entnommen sind, zeigen das Bild der Entartung der russischen Gewerkschaften, die sich unter der allgemeinen Rechtslosigkeit und der Diktatur der Kommunistischen Partei unvermeidlich in Abhängigkeit des kommunistischen Parteiapparates verwandeln mußten. Es ist charakteristisch, daß die Kommunisten selbst die von uns schon längst gekennzeichnete Entartung der russischen Gewerkschaften, die vor der ganzen Welt als „vorbildlich“ gepriesen werden, jetzt zugeben müssen. Um so mehr haben die deutschen Gewerkschaften alle Ursache, die Parolen der KPD. abzulehnen, die die Gewerkschaften von ihren eigentlichen Aufgaben ablenken und zu Anhängeln der KPD. machen würden.

Kein Streik in den Gas- und Wasserwerken.

Die Mehrheit für Streik nicht ausreichend.

Das Abstimmungsergebnis in den Gas- und Wasserwerken sowie in der Gasbetriebsgesellschaft über die Frage: Annahme des Schiedsspruches oder Streik, hat nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben. Somit gilt der Schiedsspruch als angenommen.

Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß, wenn die Mehrheit für einen Streik nicht ausreichte, damit keineswegs zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Arbeiter, die für die Annahme des Schiedsspruches stimmten, mit diesem irgendwie zufriedener wären. Aber vor die folgenschwere Entscheidung gestellt, eine wirtschaftliche Katastrophe heraufzubeschwören, um bestenfalls einige Wenigge Lohnerhöhung mehr zu erreichen, hat ein Teil der Arbeiterschaft es vorgezogen, für die Annahme des Schiedsspruches zu stimmen.

Ist die Geltungsbauer des Schiedsspruches auch sehr lang, insbesondere mit Rücksicht auf die geringfügige Lohnerhöhung, so ist immerhin in dem Schiedsspruch auch ausgesprochen, daß die Parteien zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten sollen, sofern sich innerhalb der Geltungsbauer des Lohnabkommens eine Forderung der Verhältnisse ergeben sollte, die geeignet ist, die Lebenshaltung der Arbeiter wesentlich zu erschweren. Auch diese Sicherungsklausel gegen eine eintretende Teuerung hatte den Arbeitern die Annahme des Schiedsspruches erleichtert.

Bemerkenswert ist an der Abstimmung, daß insbesondere die Gasarbeiter, die zum guten Teil bisher noch den kommunistischen Parolen zu folgen gewohnt sind, die notwendige Dreiviertelmehrheit nicht aufbrachten. Nun hatte die „Rote Fahne“ in den letzten Tagen außerordentliche Anstrengungen gemacht, um die Gasarbeiter zur Ablehnung des Schiedsspruches zu bewegen. Die KPD. kann es sich nun einmal nicht verneinen, den Gewerkschaften im allgemeinen und den Arbeitern in den Betrieben im besonderen Vorschriften darüber zu machen, wie sie sich bei Lohnbewegungen zu entscheiden haben. In der KPD. weiß man bekanntlich alles und kann man alles — bis ein Donnerwort von Moskau die allwissenden Führer zu Idioten stempelt. Ob dieser Keimfall der „Roten Fahne“ bei den Gasarbeitern die Leute in der KPD. für die Zukunft zur Vorsicht mahnen wird, bezweifeln wir allerdings.

Was Betriebsräte nicht tun sollen.

Der Betriebsrat als Händler.

Die Betriebsratsführung der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, die am Freitag stattfand, befaßte sich hauptsächlich mit der Anlage gegen ihren Obmann Kollege Ruckli, bei seiner Tätigkeit für die Arbeiterschaft für sich persönliche Vorteile erworben und dadurch das Ansehen der Betriebsräte im allgemeinen schwer geschädigt zu haben. Da durch die geladenen Zeugen kein ganz objektives Bild zu erzielen, immerhin aber für die Betriebsräte zu ersehen war, daß die Geschichte doch nicht so ganz sauber aussah, wurde ein Nichttrauensantrag eingebracht, der mit 14 gegen 2 Stimmhaltungen angenommen wurde. Hierauf legte Ruckli sein Amt nieder. Es wurde dem stellvertretenden Vorsitzenden anheim gegeben, nie mehr ihre Hand zu bieten für Warenvertrieb und ähnliche Sachen, da dadurch, ob gewollt oder nicht, niemals die Arbeiterschaft einen finanziellen Vorteil, in moralischer Hinsicht nur Nachteile davon hat. Im übrigen will K. gerichtlich vorgehen, um sich von den Anschuldigungen zu reinigen.

Von den Gewerkschaften ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Betriebsräte keine Konsumvereine sind und andere Aufgaben haben, als die Versorgung der Belegschaften mit allen möglichen Bedarfsartikeln. Ganz abgesehen davon, daß die Betriebsräte in die Regel gar nicht die fachliche Eignung und Erfahrung zum Händler haben, geraten sie dabei nur zu leicht in Versuchung, für ihre Arbeit „Entschädigungen“ anzunehmen, von Händlern, die ihnen ihren Schand „besonders preiswert“ anbieten.

Ob dies auf den vorliegenden Fall zutrifft, wird hoffentlich die gerichtliche Klärung ergeben. Die Anwürfe gehen aus von einem nicht berücksichtigten Geschäftskonturrenten, der eingestandenmaßen selbst diese unfauberen Praktiken ausübt. Solche Behauptungen sind noch kein Beweis. Sie können aber nur aufgestellt werden, wenn Betriebsräte sich als Händler betätigen. Dieser Unfug muß endlich aufhören!

Künstliche Aufregung.

Unsere Feststellung, daß die Gewerkschaften ihre besonderen Aufgaben haben und sich nicht an die Stelle der politischen Parteien setzen können, um Gemeindepolitik zu machen, hat die „Rote Fahne“ sehr in Harnisch gebracht. Es ist ja durchaus wahrscheinlich, daß man in der KPD. nicht weiß, wie man Gemeindepolitik macht. Fordert man deswegen die Gewerkschaften auf, der KPD. zu folgen, was diese nun eigentlich zu machen hätte? Diese Selbstkenntnis ist keineswegs der Beweggrund, der zur Ausgabe der neuen „Parole“ geführt hat. Wenn die Moskowerer sündigen, so ist es gewiß nicht durch Bescheidenheit.

Es handelt sich nur um eines der beliebten „Manöver“. Man will die Gewerkschaften wieder einmal „entlarven“. Da man sicher ist, daß die Gewerkschaften in der Aufstellung von Forderungen weit hinter der KPD. zurückbleiben würden, so gäbe das wieder einmal eine schöne Gelegenheit, gegen die Gewerkschaften zu gehen.

Wenn die „Rote Fahne“ erzählt, die Gewerkschaftsmitglieder fordere „... die gesamte wertvolle Bevölkerung“ schließe sich diesen „Forderungen“ der Gewerkschaftsmitglieder an, so sind das vorläufig nur Behauptungen der „Roten Fahne“. Und die wiegen nicht schwer. Die Gewerkschaften lehnen es ab, nach russischem Muster Hilfsorgane der KPD. zu sein und dadurch die eigentlichen Gewerkschaftsaufgaben zu vernachlässigen. Mit dieser Tatsache wird sich die KPD. abfinden müssen.

Schiedsspruch für die Metalltransportarbeiter.

In den gestrigen Verhandlungen zwischen dem BMD. und dem Metallarbeitervorstand wurde durch freie Verhandlungen keine Einigung erzielt. Der Vertreter des BMD., Herr Kantorowicz, erklärte, daß eine Erhöhung der Transportarbeiterlöhne zu „katastrophalen Konsequenzen“ für die gesamte Industrie führen müsse! Eine Erhöhung der Transportarbeiterlöhne würde nicht nur eine automatische Erhöhung der übrigen Metallarbeiterlöhne nach sich ziehen, sondern die Absatzkrise noch mehr vergrößern. Im übrigen begähe die Berliner Metallindustrie mit Ausnahme von zwei Fällen die höchsten Löhne in der gesamten deutschen Metallindustrie. (Berlin soll wohl hinter Posenmüde rangieren!) Im Hinblick auf die äußerst schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Metallindustrie müßte nicht nur die geforderte Erhöhung der Transportarbeiterlöhne um 10 Pf. und der Frauenlöhne von 68 bis 70 Proz. auf 75 Proz. der Männerlöhne abgelehnt werden, sondern überhaupt jede Lohnerhöhung.

Darum trat der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Gewerbersrats Körner und zwei weiteren unparteiischen Vorsitzenden zusammen und fällte einen Schiedsspruch, nach dem sich der Lohn der Transportarbeiter über 21 Jahre in Klasse V von 60 auf 64 Pf., in Klasse IV von 63 auf 66 Pf. erhöht. Für die Arbeiter von 18 bis 21 Jahren in Klasse V erhöht sich der Lohn von 48 auf 50 Pf., in Klasse IV von 53 auf 55 Pf., für Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre erhöht sich der Lohn von 42 auf 44 Pf. Für Jugendliche von 14 bis 15 Jahren, männliche und weibliche, erhöht sich der Lohn von 24 auf 25 Pf., von 15 bis 16 Jahren für männliche von 30 auf 31, für weibliche von 28 auf 29 Pf., von 16 bis 17 Jahren für männliche von 35 auf 37 Pf., für weibliche von 32 auf 34 Pf., von 17 bis 18 Jahren für männliche von 41 auf 43 Pf., für weibliche von 37 auf 39 Pf. Der Lohnurlaub läuft vom 2. November bis 31. Januar und kann dann mit 14tägiger Frist gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis 6. November.

Zu diesem durchaus unbefriedigenden Schiedsspruch, insbesondere im Vergleich zu den Löhnen der übrigen Transportarbeiter, werden zunächst die Funktionäre Stellung nehmen.

Die Einheitsfront marschiert.

Solingen, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Hier fanden heute in Anwesenheit des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Genossen Dikmann, Verhandlungen statt, um einen Weg zu bahnen; der gewerkschaftlichen Zersplitterung der Metallarbeiterschaft des Solinger Industriebezirks ein Ende zu bereiten. Die Kämpfe zwischen den seit langen Jahren im Solinger Industriearbeiterverband zusammengeschlossenen Sozialgewerkschaften und dem Deutschen Metallarbeiterverband haben bekanntlich auch der Sozialdemokratie vor dem Kriege viele Schwierigkeiten gemacht. Nachdem sich seit dem Kriege ein kollegiales Hand-in-Handarbeiten zwischen dem Industriearbeiterverband und dem Metallarbeiterverband herausgebildet hatte, ist jetzt aus Mitgliedertreuen des Industriearbeiterverbandes die Anregung zur Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband gekommen. Die heutigen Verhandlungen, die demnächst fortgesetzt werden sollen, haben für die endgültige Einigung gute Vorarbeit geleistet.

Ultimatum der österreichischen Beamten.

Wien, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitagvormittag sind die Vertreter der Beamtenorganisationen im Bundeskanzleramt erschienen, um die Antwort der Regierung auf ihre Gehaltsforderungen entgegenzunehmen. Die Antwort der Regierung war durchaus ausweichend. Bezüglich der Gehaltsforderungen vertritt sie die Beamten auf die Dezemberverhandlungen in Genf. Die Forderung nach einer einmaligen provisorischen Auszahlung lehnte sie ab. Der 25er Ausschuß der Beamten beschloß deshalb, der Regierung bis zum Sonnabend ein Ultimatum zu stellen und gegebenenfalls am Mittwoch den Generalstreik aller Beamten in Oesterreich auszurufen.

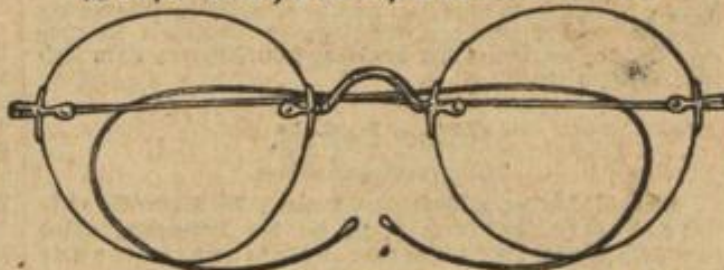
Verein der in Schriftbüchern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Monats- den 2. November, Vereinsversammlung in den Zentralbüchsen, Elbe-Industrie, 22. Erscheinung aller Mitarbeiter ist Pflicht. Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eklers; Redaktionen: R. S. Böcker; Solingen und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glode; Jämlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68. Unkostenbeitrag 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Wir haben unsere Preise herabgesetzt

Diese Ruhnke-Patent-Brille

aus Gold-Doublé
ohne Rand und ohne Gläser,
kostet jetzt nur M. 4.—
dazu 1 Jahr Ruhnke-Garantie.



mit Gläsern:
flach M. 5.—
Punktorit „ 7.—
Alle ärztl. Ordner-Verordnungen
werden schnell u. sorgfältig ausgeführt.

Reparaturen werd. sofort erledigt

Wir verkaufen von heute ab:

Kneifer ohne Randfassung aus Gold-Doublé
ein Jahr Ruhnke-Garantie für 2.— 3.—
zwei Jahre Ruhnke-Garantie „ 4.—
drei Jahre Ruhnke-Garantie „ 7.— 8.—
Auf alle 14far. Goldfassungen vier Jahre Ruhnke-Garantie. Hornbrillen v. 2.50 an. Moderne Vornetten. Silber von 9.— an. Gold-Doublé v. 10.— an. Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: flache Schleifart 1.—, Punktorit-Gläser 3.—.

Kneifer mit Randfassung aus Gold-Doublé
ein Jahr Ruhnke-Garantie für 4.—
zwei Jahre Ruhnke-Garantie „ 6.— 8.—
drei Jahre Ruhnke-Garantie „ 12.—

Brillen mit und ohne Randfassung aus Gold-Doublé
ein Jahr Ruhnke-Garantie für 4.—
zwei Jahre Ruhnke-Garantie „ 8.— 10.—
drei Jahre Ruhnke-Garantie „ 12.— 15.—

Optiker Ruhnke

55 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich. Fabriken in Rathenow-Neue Schleuse und D-rin.

- C** Spittelmarkt Ecke Wallstraße
- Alexanderplatz nahe Aschinger Königsstr. 55 gegenüber Rathaus
- W** Friedrichstr. 109a Ecke Leipziger Straße Friedrichstr. 150
- Leipziger Str. 113 Ecke Mauerstraße
- Linkstr. 1 Ecke Potsdamer Straße
- N** Schönhäuser Allee 81 am Bahnhof Nordring
- Friedrichstr. 106 Ecke Zingststraße
- Invalideustr. 104 Ecke Brunnenstraße
- Invalideustr. 117 am Steintor Bahnhof
- Chausseestr. 72 nahe Mühlentstraße
- O** Frankfurter Allee 14 nahe Tietz

- SW** Friedrichstr. 228 Ecke Hedemannstraße
- Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf
- SO** Oranienstr. 44 zw. Moritz- u. Oranienplatz
- Charlottenburg: Tauenzienstr. 15 zw. Marburger u. Bankstr.
- Joachimshäuser Str. 2 nahe Bahnhof Zoo
- Neukölln: Bergstr. 4 Ecke Lietzenstraße
- Friedenau: Rheinstr. 18 Ecke Kirchstraße
- Schöneberg: Hauptstr. 21 Ecke Akazienstraße
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132-133 nahe Uhlendorfs



Durch blaues Wasser, in dem buntfarbiges Laub herbstlicher Bäume sich schillernd spiegelt, gleitet unser Boot. Vom weit ausladenden Wannsee her nahm es seinen Kurs in südöstlicher Richtung.

Zum Rauhstrand.

Potsdam, die Stadt des Barock, das Museum einer vergangenen Zeit, ist erreicht. Schmal wird die Havelstraße. Rechts Hand ragt das Bitterwert der Gasbehälter, links liegen Bootshäuser und Werften.

Nach Werder.

Mit herzlichem Dank und frohem „Frei Heil“ haben wir uns von den gastlichen Arbeiterportlern, die sich ihr schmuckes Bootshaus in eigener Arbeit schufen, verabschiedet.

Verträumte Bienen am Wasser, der Lustschiffhafen gleiten vorüber, Ausflugsdampfer kommen und gehen. Lustige Jureke hüber und herüber. Ein Herbsttag wie er sein soll, wenn man auf dem Wasser zwischen laubbedeckten Ufern fährt.

In die Wubliß.

Noch zwei Urlaubstage und einen langen einsamen Abend. Mein Fabrikamerad war heimgefahren. Wie friedlich dieses Werder auf der Insel ist, geradezu eine Idylle.

Satrow-Pareher Kanal kommen. Versteht liegt das Dorf Marquardt, dessen Bedeutung die Richtung zur Einfahrt in den letzten Abschnitt der schiffbaren Wubliß weist.

Der Weltspartag!

Unterstützt Konsumgenossenschaft und Gewerkschaftsbank. Auf dem ersten Weltkongress der Spartakisten aller Länder, der vor Jahresfrist in Kalland tagte, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den jedesmaligen 31. Oktober zum Weltspartag zu erklären.

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Der andere hatte dagestanden, beide Hände an die Schläfen gelegt und war sehr rot im Gesicht. „Jarzewowski sagt: Arterienverkrüftung. Witkowski, ich glaube, mich rührt mal der Schlag.“

sich sofort über den Sohn: tat der nicht so, als hätte er keine Ahnung von dem Brief des Direktors, und daß deswegen er kam? Der Bengel mußte doch wissen, wie schlecht es mit ihm in der Klasse stand, und daß es wieder nichts wurde mit dem Examen.

nun war auch er totentleich. Himmel, der Dierx hatte wohl Wind bekommen, ihn bei seinem Alten angezeigt! Wie war das möglich, wer hatte ihn gesehen, wer ihn verraten? Wie Spürhunde auf der Suche jagten seine Gedanken — nichts, niemand — einjam war die Gasse gewesen, ganz dunkel, es konnte ihn niemand schleichen sehen.

Einlagenbestand nahezu 60 Millionen Reichsmark. Aber bis zur Erreichung des Vorkriegsniveaus ist noch ein weiter Weg.

Der Sparende organisierte Arbeiter sollte vor allem nicht vergessen, daß er mit der Anlage seiner Spargelder auch seine eigene Wirtschaftlichkeitsinteressen fördern kann. Er tut das, indem er bei den Sparkassen der Konsumvereine oder bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Banken sein Sparkonto errichtet.

Die Großen und die Kleinen.

Eine Geschichte vom Preisabbau.

Dem jetzt üblich gewordenen Brauche folgend, hat der Reichsverband deutscher Fruchtgroßhändler eine Preisferiensitzung einberufen, um zur Preisfrage Stellung zu nehmen. Syndikus Dr. Eisner führte aus, daß der Großhandel ein großes Interesse an billigen Obst- und Gemüsepreisen habe. Er müsse schnell und viel umsehen, da die Ware, um die es sich hier handle, leicht verderblich sei. Um welche Mengen es sich handle, könne man am besten daraus ersehen, daß Berlin schätzungsweise pro Tag 4 Millionen Pfund Obst (1 Pfund pro Kopf der Bevölkerung) und 2 Millionen Pfund Gemüse (1/2 Pfund pro Kopf) verzehre. Die Notwendigkeit, diese großen Mengen in wenigen Stunden in die Kanäle des Kleinhandels zu leiten, bedinge ein sehr kompliziertes Verteilungssystem mit sehr vielen Zwischengliedern. Alle Versuche, diese auszuscheiden, seien bisher erfolglos gewesen. Selbst die Produzenten, die unter Umgehung des Zwischenhandels ihre Ware direkt an den Kleinhandeler abgeben, verkaufen nicht billiger. Wenn die Obst- und Gemüsepreise Berlins die billigen aller Großstädte Deutschlands seien, so hat das seine Ursachen in der Tatsache, daß hier ein gut organisierter Straßenhandel vorhanden ist, der 70 Proz. der ankommenden Warenmengen aufnimmt. An einen Preisabbau sei bei der heutigen Marktlage nicht zu denken. Der Redner wies auf die verteuernde Wirkung der Zölle hin. Wir sind z. B. für den Winter auf den Bezug ausländischen Rohls angewiesen. Wenn demnach der autonome Zollfuß für Einfuhr aus Holland zur Anwendung gelangt, dann bedeutet das einen Zollfuß von 40 bis 50 Pf. auf den Kopf Kohl. Am 30. Oktober ist das Preisverbot mit Italien abgelaufen. Auch für die von dort zur Einfuhr kommende Ware dürften die im Zolltarif vorgesehenen Höchstpreise zur Anwendung gelangen. Es scheint demnach, daß Luthers vielbesprochenen Preisabbau sich in einen Preisabbau verwandeln wird.

Die Kleinhandeler.

Der Reichsverband der deutschen Obst- und Gemüsehändler hatte zu gestern nach dem Lehrervereinshaus eine Versammlung einberufen, um zu den Preisfragen seines Gewerbes Stellung zu nehmen. Der Referent des Abends, Landtagsabgeordneter Perschke (Wirtsch. Vereinig.), ist der Ansicht, daß die Zollvorlage eine Notwendigkeit gewesen sei (1), um den deutschen Markt von ausländischen Produkten zu befreien und damit auch dem deutschen Arbeiter in der deutschen Industrie Beschäftigung zu geben (1). Eine Auswirkung auf die Preise habe die Zollvorlage bisher nicht gehabt. Im Gegenteil, die Preise für Lebensmittel seien in der letzten Zeit gesunken. Die ganze Preisentwicklung habe gar keinen weiteren Zweck, als einen Diener vor der Straße zu machen. Man wolle die Polizei in die Läden der Kleinhandeler hegen und behandle die Kleinhandeler noch schlimmer als die Verbrecher. Die Durchschnittspreise, die in den Markthallen errechnet werden und amtlich notiert werden, seien irreführend. Tatsächlich werden für Inlandsware durchschnittlich 30 bis 40 Proz., oft sogar bis 50 Proz. über den Notierungspreis bezahlt. Auch bei Ausschaltung des Zwischenhandels laufe der Konsumant nicht billiger. Das habe die Praxis bewiesen. Der Obst-, Gemüse- und Kartoffelhandel habe weder ein Interesse an hohen Preisen, noch könne er im Hinblick auf die starke Konkurrenz hohe Preise ansetzen. Tatsächlich seien die gegenwärtigen Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln nicht höher wie die der Vorkriegszeit, sondern niedriger. Der Redner wandte sich in allerhöchster Weise gegen die Presse, die natürlich an der Wirtshaltung gegen den Kleinhandel schuld sei. Eine Entschärfung, in der die Gedanken des Redners noch einmal zum Ausdruck kamen, wurde einstimmig angenommen.

Der Großhandel erklärt sich also gegen, der Kleinhandel für die Zölle. Beide sind sie gegen hohe Preise, vielleicht sogar gegen das Verdienen überhaupt. Der Verbraucher aber, der die Preise ja als leichtes Glied der langen Kette zu zahlen hat, wird sich aus diesem tragikomischen Meinungsstreit seinen eigenen Vers zu zurecht machen. Man wird den Kleinhandlern den Verdienst, der ihnen zukommt, gönnen und finden, daß es verzeihlich ist, danach zu streben, unweilzählich aber ist es, daß sich die Kleinhandeler als Vorposten reaktionärer Interessen mißbrauchen lassen.

Ein Kindesmord.

Ein Kindesmord wurde am Freitag morgen am Viehsee in Charlottenburg entdeckt. Ein Parkwächter fand um 8 Uhr auf seinem Rundgang in einem Gestrüpp auf der Uferböschung des Sees ein Paket in weissem Packpapier und darin die Leiche eines neugeborenen Knaben, dem der Kopf und das rechte Bein fehlten. Die Charlottenburger Kriminalpolizei wurde in Kenntnis gesetzt und suchte mit mehreren Beamten das Gelände ab. Ein Stück Weges von dem Paket entfernt lag dicht am Wasser, ebenfalls in einem Gestrüpp, der Kopf des Kindes. Die genauere Besichtigung ergab, daß der Knabe lebensfähig gewesen und gleich nach der Geburt ermordet wurde. Das Paket und der Kopf sind wahrscheinlich erst in der Nacht zum Freitag oder am Freitag früh an die Fundstelle gekommen. Es ist wohl versucht worden, sie ins Wasser zu werfen, dieses ist aber nicht erreicht, weil sich der Wasserpiegel zurzeit etwas gehoben hat. Die Ermittlungen nach der Mutter hatten bisher kein Ergebnis.

Der anonyme Brief.

Ein böser Brief führte den Hausverwalter R. wegen Urkundenfälschung auf die Anklagebank. R. lebte mit mehreren Mietern des von ihm verwalteten Hauses in bitterer Feindschaft, besonders wurde ihm von zwei Mietern M. und Sch. arg mißgespielt. Um sich seiner Gegner zu entledigen, wollte er nach dem alten Grundgesetz „Teile und herrsche“ verfahren. Um die beiden Gegner, die bis dahin eng befreundet waren, gegen einander zu setzen, schrieb er einen Brief an die vorgesetzte Behörde des R. In dem Schreiben wurde behauptet, daß R. einen großen Aufwand an „reibe, große Festgelage und Feste feiere und weit über seine Verhältnisse lebe. Das könne nicht mit rechten Dingen zugehen und man müsse prüfen, ob er nicht unlautere Nebeneinnahmen habe. Der Brief war unterzeichnet mit dem Namen des anderen Mieters Sch. Gegen R. wurde darauf ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das jedoch die Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen ergab. Es gelang auch R., den Angeklagten als den Urheber dieses boshaften Streiches zu ermitteln, und die Folge war, die Anklage wegen Urkundenfälschung zum Schaden eines anderen, die R. vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. Der Staatsanwalt beantragte wegen der in der Handlungsweise des Angeklagten liegenden Heimtücke eine empfindliche Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Der Verteidiger brachte zur Entschuldigung des Angeklagten vor, daß er durch den Kampf mit den Mietern nervös geworden sei und sich zu dem unüberlegten Schritt in der Erregung habe hinreißen lassen. Das Schöffengericht erkannte auch die Erregung des Angeklagten als Milderungsgrund an und verurteilte ihn nur zu einem Monats Gefängnis.

Wasserspiel der „Spanischen Reitschule“.

Seit Jahrhunderten ist sie weltbekannt, die „Spanische Reitschule“. Die Vippizianer Schimmel, Angehörige einer Pferde-Länger-Generation, gingen in ihr in fast unerreichter Vollendung alle Gangarten der hohen Schule. Sie war eine reine Luxusinstitution der Habsburger, die sie sich in Wien hielten. Einmal im Monat durfte das große Publikum die Pferde sehen. Doch

es kam der verlorene Krieg mit seinen Folgen. Die Habsburger wurden von der Habsburger hingenommen, das alte, wertvolle Gestüt Vippizia fiel an die Italiener. Was an Pferden behalten werden konnte, wurde nach Piber gebracht. Und die Spanische Reitschule? Nun, die wurde tagtäglich geöffnet, und die Stadt Wien war um eine viel angehaunte Sehenswürdigkeit reicher. Die Fremden kamen in Scharen und sahen sich die Vippizianer an, und die Wiener sind stolz auf ihre Pferde. Die Reitschule erhöht sich selbst. Die Pferde erlangen sich ihren Haier und noch etwas darüber. Seit Bestehen der Reitschule geht sie jetzt das erste Mal auf Reisen, und zwar kommt sie nach Berlin, wo sie anlässlich des Reit- und Fahrturniers (31. Oktober bis 8. November) in der Arena der neuen Autohalle am Kaiserdamm ein Gastspiel absolviert.

Ein netter Fremdenführer.

Besichtigung in der Mulastraße.

Mit Pferden zu handeln mag heute im Zeitalter des Automobils kein einträgliches Geschäft mehr sein. Das mußten wohl auch die beiden „Pferdehändler“ Theodor St. und Richard H. einsehen, die sich zwar noch so nennen, aber der Berliner Polizei längst als Vertreter eines anderen „Gewerbes“ bekannt sind. Beide sollen sehr geschickte „Bauernfänger“ geworden sein, die schon manchen Ahnungslosen mit dem so bekannten „Kümmelblättchen“ ganz gehörig hereingelegt haben. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte wieder wegen eines solchen Falles gegen sie zu verhandeln.

Als St. eines schönen Tages „geschäftlich“ in der Gegend des Schlosses spazieren ging, bemerkte er einen Ausländer, der sich später als tschechischer Hauptmann herausstellte. Der Angeklagte fand Gefallen an dem Fremden und hielt ihn seiner Bekanntschaft für würdig. Einer höflichen Ansprache folgte die weitestgehende Bereitschaft, dem Herrn die Sehenswürdigkeiten Berlins zu zeigen. Wie es denn mit dem Schloß wäre, in dem man noch heute die Privatgemächer des ehemaligen Kaisers sehen könne? Der Tscheche, der nur ganz gebrochen Deutsch spricht, willigte ein, er ist darüber entzückt, daß man in Berlin auf der Straße so nette Leute kennen lernen kann. Nachdem der höfliche Fremdenführer die Besichtigung des Schlosses beendet hatte, folgte ein Spaziergang durch die Straßen Berlins, der so gewissenhaft ausfällt, daß sich der tschechische Hauptmann ganz plötzlich in einem Stadtviertel befindet, das im allgemeinen den Fremden nicht gezeigt wird, — man war in der Mulastraße angekommen. Hier winkte das einladende Schild eines Bierrestaurants den durstigen Spaziergängern. Man beschloß, sich zu stärken. Berlin ist doch wirklich klein, — da kommt schon beim Eintreten dem St. ein „Lieber alter Freund“ entgegen, den er „lange“ nicht gesehen hat! Es war Richard H., der zweite Angeklagte! In der übergroßen Freude des Wiedersehens beschloß man sofort, sich „einen auszutrudeln“. Dann wurde gemeinsam Platz genommen und ein kleines „harmloses Spielchen“ vorgeschlagen. Nun aber machte der Fremde einen Strich durch die Rechnung seiner beiden lebenswürdigen Bekannten. Karten spiele er überhaupt nicht und auch der geschicktesten Ueberrückungsfund der beiden Angeklagten gelang es nicht, den Hartnäckigen zu betören. Ganz so leicht aber will der geschäftstüchtige St. sein Opfer nicht fahren lassen und er bekommt es tatsächlich fertig, dem leichtgläubigen Ausländer ein Darlehen von ungefähr 100 Mark abzuladen. Schon an demselben Abend verpflichteten sich St. und H. das Geld zurückzahlen. Der Tscheche war denn auch pünktlich am angegebenen Ort, mußte aber natürlich vergebens auf seine Schuldner warten. Da er auch das Total in der Mulastraße nicht wiederfand, erstattete er Anzeige bei der Polizei. Diese wußte sofort, daß nach den Beschreibungen ihrer Tat und ihrer Personen nur die beiden Angeklagten in Frage kommen. Der Geschädigte hat viel Glück gehabt, er hat sogar durch die Vermittlung der Polizei seine hundert Mark von den Beiden zurückbekommen. Wohlbedacht haben die Angeklagten das Geld zurückgegeben, es war heute ihr einziger Stützpunkt, der ihre Harmlosigkeit beweisen sollte. Aber alles Zeugnis, alles Bekennen der Unschuld half nichts, das Gericht war nicht leichtgläubig. St. und H. hatten auch heute kein Glück mit ihrem „Spiel“, sie wurden beide verurteilt, der erstere erhielt neun Monate, der zweite drei Monate Gefängnis.

Reichsbahn und Schuljugend.

Das Betragen der jugendlichen Reisenden während der Fahrt auf der Reichsbahn hat in vielen Fällen Veranlassung zu Beschwerden gegeben. Aus diesem Grunde hat sich jetzt die Reichsbahn an das preussische Unterrichtsministerium gewandt und gebeten, durch die Schulen Einwirkung auf die jugendlichen Reisenden zu nehmen, um den Sinn der Kinder für Ordnung und Sauberkeit zu heben. Es ist vom Ministerium nunmehr angeordnet worden, daß die Kinder von den Lehrern energisch aufgefordert werden, sich während der Fahrt eines anständigen Betragens zu befleißigen; besonders soll ihnen das laute Schreien und Herumbalgen in den Abteilen untersagt werden. Ebenso sollen die Kinder darauf hingewiesen werden, daß das Fortwerfen von Obst- und Papierresten in den Abteilen unter Umständen Veranlassung zu Bestrafungen geben kann. Die Zugbegleiter sind erneut darauf hingewiesen, auf Schulkinder, welche auf dem Wege zur Schule die Eisenbahn benutzen, genau Obdacht zu geben, damit die jugendlichen „Sünder“ sogleich der Schule namhaft gemacht werden können, die dann durch Verwarnungen eingreifen soll.

Zur Reineckendorfer Explosion.

Die Untersuchung der Kriminalpolizei über die Entstehungsursache der Explosion hat noch nichts Schicksaliges ergeben. Die bisherigen Zeugenerkenntnisse und auch die Vernehmung der Leichtverletzten hatten gleichfalls ein negatives Ergebnis. Die Zeugen, die zur Aufklärung berufen waren, sind gestorben. Man kam zu der Annahme, daß die Katastrophe auf Kurzschluß zurückzuführen ist. Diese Angabe muß aber auch mit großer Vorsicht aufgenommen werden.

Vom Berliner Westhafen.

Der Verkehr im Berliner Westhafen entwickelte sich derartig, daß schon ein Jahr nach der Eröffnung im September 1924 die Erweiterung in Angriff genommen werden konnte. Begünstigt durch den warmen Winter 1924/25, in dem ohne Unterbrechung gearbeitet werden konnte, geht nach unverhältnismäßig kurzer Zeit das dritte Becken seiner Vollendung entgegen. An der gleichen Stelle, an der vor einem Jahre noch eine Kirche, ein Stütz mit Park und Häuser standen, werden jetzt die Schiffe in das neue letzte Becken einlaufen. Dieses dritte Hafenbecken hat, wie die anderen, eine Breite von 85 Metern und eine Länge von rund 300 Metern. Lagerhallen, Speicher, Krane usw. sind noch nicht angelegt, da hier das Bedürfnis entscheiden soll. Durch diese Erweiterung ist das Westhafengelände von 29,5 auf 39,1 Hektar angewachsen. Die Kanalänge erhöht sich um 1200 auf 3700 Meter und die Gesamtfläche für Lagerplätze um rund 40 000 auf 86 000 Quadratmeter.

Eisenbahnunfall bei Strausberg. Auf der Kleinbahnstrecke Strausberg-Bahnhof und Strausberg-Stadt stieß ein Güter- und ein Personenzug zusammen. Auf der Strecke werden die Güterzüge mit Dampf und die Personenzüge elektrisch betrieben. Infolge Stromunterbrechung mußte der Personenzug dicht bei der Station Landhaus auf freier Strecke halten. Da der Güterzug einige Minuten später von der Station abfuhr und der Schaffner des Personenzuges bei dem dichtesten Nebel wohl ein Unglück vermutete, so veranlaßte er die Fahrgäste, darunter mehrere Kinder, den Zug während des Aufenthaltes zu verlassen. Zum Glück taten dieses auch die Fahrgäste, denn kaum waren die Wagen leer, da kam der Güterzug in voller Fahrt heran und fuhr in den Zug hinein. Der Lokomotivführer Straube und der Heizer Kuczmer kamen glücklicherweise mit dem Leben davon. Immerhin jedoch hatten sie schwere

Kopf- und Brustquetschungen erlitten, die ihre Ueberführung in das Krankenhaus erforderlich machten. Der Materialschaden ist recht bedeutend; es dauerte mehrere Stunden, ehe die Strecke wieder in Betrieb genommen werden konnte. Sollten auf dieser Strecke nicht befondere betriebstechnische Mängel vorliegen, die ein schleuniges Eingreifen der Aufsichtsbehörden nötig machen?

Der Tod des Pagen.

Bergebliche Nachforschungen.

Zu dem geheimnisvollen Tod des 16jährigen Pagen Gerhard Schnapel werden folgende Einzelheiten gemeldet: Am Freitag war die Nordkommission unter Leitung des Kriminaloberinspektors Gennat und der Kommissare Strewe und Zapfe mit zahlreichen Beamten nach Bellow gefahren. Die Beamten waren mit Lichtbildern des jungen Menschen ausgerüstet, die die Pflegerletern zur Verfügung gestellt hatten.

Alle Ausflugsorte in der näheren und weiteren Umgebung von Bellow wurden aufgesucht, besonders den Gastwirten die Bilder gezeigt und hieran Fragen geknüpft, ob ihnen der auffallend hübsche junge Mensch wohl bekannt sei. Niemand konnte sich jedoch erinnern, ihn gesehen zu haben. Um festzustellen, ob es möglich sei, daß die Leiche des Pagen durch die Strömung der Havel in das Köhrichtried getrieben wurde, stellte man nach dieser Richtung ebenfalls Versuche an. Sie ergaben, daß, wenn der junge Mann tatsächlich hier einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein sollte, der Tatort von dem Fundort der Leiche nicht allzuseit entfernt liegen kann. Auch die Bootsvorteiler, die befragt wurden, erinnern sich nicht, den jungen Mann gesehen zu haben. Von ihren Booten vermissen sie keines. Ein Absuchen der ganzen Gegend wurde bis zur großen Havelbrücke bei Berder, das sowohl von der Wasser-, als von der Landseite vorgenommen wurde, verließ ebenfalls erfolglos. Man konnte keinen Anhaltspunkt dafür finden, daß an irgendeiner Stelle ein Kampf zwischen einem Mörder und seinem Opfer stattgefunden habe. Am Nachmittag fand in der Friedhofshalle in Bellow im Gegenwart des Potsdamer Oberstaatsanwalts Raffe die Obduktion der Leiche statt. Es wurde festgestellt, daß die Verletzungen am Auge, am Schädel und am Hals höchstwahrscheinlich auf Tiertrah zurückzuführen sind. Merkmale, die auf Erwürgen oder Erdrücken durch fremde Hand schließen lassen, konnten an dem Toten nicht bemerkt werden. Die Nachforschungen werden fortgesetzt. In den Fall, daß es sich tatsächlich um ein Verbrechen handelt, wird auf die Ergreifung des Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt werden. Zweckdienliche Mitteilungen zur Aufklärung erbitten nach wie vor die Nordkommission Strewe-Zapfe im Polizeipräsidium. Besonders wichtig sind die Bekundungen derjenigen Personen, die den Pagen am 1. Oktober um 2 Uhr nachmittags vom „Café Vaterland“ allein oder in Begleitung haben fortgehen sehen.

Für die Angehörigen von taubstummen, erblaubten, Schwerhörigen und sprachleidenden Kindern im vorkollegialen Alter hält mit Genehmigung des Kultusministeriums für das Taubstummenwesen der Direktor der städtischen Taubstummenanstalt, Schorsch, in seinem Amtszimmer, Berlin, Albrechtstraße 27, jeden Freitag von 9—11 Uhr vormittags eine pädagogische Sprachstunde ab.

Die Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 1. November, vorm. 10 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses eine Gedächtnisfeier für Prof. Alfred Rerz, ihrem verstorbenen Organisator und wissenschaftlichen Berater. Auch ohne besondere Einladung sind Freunde und ehemalige Angehörige der Volkshochschule als Gäste willkommen.

Die „Schpfung“ von Hanns wird am Sonntag, den 1. November, abends 6 Uhr, in der Neuen Garnisonkirche, Kaiser-Friedrich-Platz (Hofenbeide), aufgeführt. Mitwirkende: Renzholzer Chor, Frau Felicitas Köhler, Sopran; Herr Claus Hüllen, Tenor; Herr Josef Maria Kaulsch, Bass; Berliner Orchesterensemble. Karten zu 1,50 und 1 Mark an der Abendkasse.

Öffentliche Vorträge im Museum für Meerestunde. Das Institut für Meerestunde beginnt die Reihe der öffentlichen Vorträge in diesem Winter Dienstag, den 10. November, mit einem Vortrag des bekannten Biologen, Professor Gaezel (Gressinstraße) über: „Die Entität und die Kräfte der Meeresfauna“. In den weiteren Dienstag folgen Vorträge über: „Korallen und ihre Bedeutung“, „Die Hölle Deutsch-Ostafrikas“, „Aus dem Kriege über See zurück in die Heimat“, „Das Rätsel des Meeres“, „Himalaya Küsten und Höfen“. Karten für die einzelnen Vorträge (50 Pf.) und für die ganze Reihe (2,50 M.) erhältlich im Museum für Meerestunde, Georgenstr. 34/36.

Genosse Florer bietet hält am Sonntag, den 1. November, abends 8 Uhr (Reformationsfest), in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, eine religiöse Feierstunde (ohne kirchliche Formen) ab. Das Thema lautet: „Gehört dem Protestantismus die Zukunft?“. Durch musikalische Umrahmung wird die Feier veredelt. Es wirken mit: Frau Köhner-Köhler (Sologesang), Herr Kammermusiker Heinrich Müller (Cello), Herr Organist Heinrich Billeh (Orgel), die Schauspielerinnen Irene Trisch als Bibelregistratorin. Eintritt frei.

Große Ueberschwemmung in Armenien.

Eriwan, die Hauptstadt der Armenischen Sowjetrepublik, ist von einer schweren Ueberschwemmung heimgesucht worden. Infolge mehrtägiger starker Regengüsse trat der Fluß Gedarschat aus seinen Ufern und überschwemmte einen Teil der Stadt. Da die Anstrengungen der Feuerwehrt und der Polizei zur Ablenkung des Wassers durch Ziehen von Gräben nicht genügt, wurden Pionierabteilungen der Garnison aufgeboten, deren Tätigkeit aber auch ergebnislos blieb. Man rechnet damit, daß der Wasserpiegel sich erst nach Aufhören des Regens senken wird.

Von einer Granate zerföhren. Auf dem früheren Artillerie-Übungsplatz in Ammendorf bei Halle fanden gestern vormittag vier spielende Knaben eine Granate. Der zehn Jahre alte Sohn des Schmiedes Leupelt holte aus der Werkstat seines Vaters einen Hammer herbei und klopfte damit auf dem Geschöß herum. Plötzlich explodierte dieses, dabei wurde Leupelt vollständig zerföhren, ein anderer Knabe Otto Schmidt wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die beiden anderen Knaben erlitten ebenfalls mehrere Wunden, die jedoch nicht lebensgefährlich sind.

Soldaten von Wölfen überfallen. Bei Gorokowo an der polnisch-russischen Grenze wurde eine polnische Grenzpatrouille von einem Rudel Wölfe überfallen. Erst als die Soldaten drei Wölfe erschossen hatten, ergriffen die übrigen die Flucht. — Nicht weniger als 20 Wären wurden auf einer einzigen Jagd in einem Kreise des Gouv. Petersburg erlegt.

Better für Berlin und Umgegend. Morgens neblig, sonst trocken und meist heiter. In den Tagesstunden ziemlich mild. — Für Deutschland. Belsch Morgennebel, im östlichen Küstengebiet mäßig, sonst meist heiter, ziemlich mildes Wetter.



Odol
desinfiziert
und erfrischt!

Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen. Amtliche Feststellung.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen wurde vom Stadtmahlausschuss amtlich festgestellt. Es handelte sich im wesentlichen um eine Formalität, die nur eine Bestätigung des vom Hauptwahlamt des Magistrats ermittelten Ergebnisses war. Die Gesamtzahl der in Groß-Berlin für die Stadtverordnetenwahlen abgegebenen Stimmen ist 1 853 129, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde. Die Teilung durch 225 ergibt den Wahlquotienten 8236. Die Verteilung der Mandate nach Wahlkreis der in den einzelnen Kreisen auf die verschiedenen Parteien entfallenen Stimmenzahlen wird von dem Wahlausschuss am 5. November vorgelegt.

Städtische Betriebe und Steuern.

Das Ergebnis eines sozialdemokratischen Antrages.

Einer der beliebtesten Einwände gegen die kommunalen Betriebe ist ihre angeblich weitgehende steuerliche Bevorzugung. Es ist richtig, daß die großen Monopolbetriebe Steuerprivilegien genießen. Sie sind von der Vermögens- und Körperschaftsteuer und ebenso von der Umsatzsteuer befreit. Sie unterliegen aber, wie alle anderen Betriebe, den sonstigen städtischen Realsteuern und Abgaben. Die Summen, die auf diese Weise von kommunalen Betrieben aufgebracht werden, sind viel erheblicher, als allgemein in der Öffentlichkeit angenommen wird.

Auf einen sozialdemokratischen Antrag hin hat die Berliner Finanz- und Steuerdeputation eine Erhebung über die von den großen Berliner städtischen Gesellschaften, den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, der Straßenbahn und der Nord-Süd-Bahn im Jahre 1924 und 1925 bezahlten und voraussichtlich zu zahlenden Steuern veranstaltet. Das Ergebnis dieser Zusammenstellung ist ein außerordentlich überraschendes. Es zeigt, daß diese fünf Gesellschaften im Jahre 1924 nicht weniger als 3 296 000 M. Steuern bezahlt haben und ihre Steuerleistung im Jahre 1925 (infolge der schärferen Heranziehung der Straßenbahn zur Beförderungsteuer) auf rund 9 500 000 M. zu schätzen ist. Das sind ganz außerordentliche Beträge. Interessant ist, daß allein die Summen, die für Gewerbe- und Lohnsummensteuer in beiden Jahren zu zahlen sind, sich auf über 2 Millionen Mark belaufen. Das Gesamtergebnis an städtischer Gewerbesteuer einschließlich Lohnsummensteuer beträgt in Berlin rund 75 Millionen Mark. Diese fünf städtischen Gesellschaften zahlen also rund 3 Proz. der Gewerbesteuer. Außerdem sind sie beträchtlich beteiligt an der Grundvermögenssteuer, deren Ertrag in beiden Jahren von diesen Gesellschaften etwa eine Million Mark ausmacht. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Lasten der städtischen Werke auf dem Jahresplan auf Grund des Industriebelastungsgesetzes in diesem Jahre zu laufen beginnen. Sie werden im Jahre 1925 mit rund 2 Millionen Mark, 1926 mit rund 4 Millionen und 1927 mit 4,8 Millionen Mark ansteigen. Insgesamt zeigt diese Statistik, die für Berlin keineswegs vollständig ist, da Berlin außer seinen großen Gesellschaften über Dutzende anderer durchaus zahlungsfähiger Gesellschaften verfügt, die bei großen Wirtschaftsumläufen als relativ beträchtliche Steuerzahler in Betracht kommen, wie wenig die Redensart berechtigt ist, daß die städtischen Unternehmungen an der allgemeinen Lastenauflage zugunsten ihrer privaten Konkurrenz nicht beteiligt würden. Es ist vielmehr auf Grund durchsichtlicher Erfahrungssätze anzunehmen, daß dank der schärferen Kontrolle über den wirklichen Geschäftsumfang die städtischen Gesellschaften prozentual höher steuerlich belastet werden als die übrigen privaten Unternehmungen.

Verkehrsgemeinschaft.

Man schreibt uns aus Vorkriegszeiten: Der Magistrat hat auf das ihm zustehende Recht, die Hochbahn zu erwerben, verzichtet. Es soll daher aufs neue ein Weg gefunden werden, eine Gemeinschaft aller Verkehrsunternehmen Groß-Berlins, also der Straßenbahn, Omnibus- und Hochbahn-Gesellschaft ins Leben zu rufen. Auch die Stadt- und Ringbahn, die kein selbständiges Unternehmen, vielmehr der Reichsbahn-Gesellschaft unterstellt ist, soll nach Möglichkeit dem geplanten Zusammenschluß beitreten. Eine derartige Verkehrsgemeinschaft, die alle Fragen des Ausbaues des Verkehrsnetzes Groß-Berlins zu lösen und zu verhindern hätte, daß Einzelunternehmen Interessenpolitik treiben, ist zweifellos zu begrüßen. Im Falle dieser Zusammenschluß zustande kommt, wäre zu hoffen, daß auch Reformen berücksichtigt werden, die einer glatteren Abwicklung des Verkehrs dienlich sind und eine gewisse Rückständigkeit der jetzt noch in Anwendung befindlichen Methoden beseitigen. Vor allem wäre den Uebergang-Fahrscheinen, von einem Verkehrsmittel zum anderen, weitestgehende Beachtung zu schenken, so daß man im Umsteigeverkehr mit ein und demselben Fahrausweis jedes andere Verkehrsmittel zur Erreichung seines Ziels weiterbenutzen kann. Außerdem müßte auch bei den Omnibuslinien die Umsteigeberechtigung eingeführt werden. Man sollte

die Gelegenheit ferner nicht vorübergehen lassen, eine Vereinfachung des Billettsystems einzuführen. Warum Klassen- und Streckenunterschiede die den Billettkauf so unendlich erschweren und immer zu Differenzen zwischen Fahrgästen und Aufsichtspersonal Veranlassung geben? Die II. Wagenklasse ist ganz überflüssig. Hamburg, im Hinblick auf die Verkehrsmittel viel fortschrittlicher, hat sie schon vor Jahren abgeschafft. In New-York gibt es sowohl auf der Untergrund- als auch auf der Straßenbahn nur den Einheitsstarif, für den man in der einheitlichen Wagenklasse beliebig lange fahren kann. (Hierbei sei noch bemerkt, daß in New-York auch die Fahrscheine ganz fortgefallen; am Zugang der Bahnsteige löst man durch Einwurf eines Geldstückes den automatischen Verschluss der Drehtreue aus, im Straßenbahnwagen wirft man das Geldstück in einen am Einsteigende stehenden kontrollierbaren Behälter.) Unser Fahrkartensystem sollte wenigstens so vereinfacht werden, damit das lange Anstehen an den Schaltern, und die ungleichmäßige Besetzung der Wagenklassen ein Ende nimmt. Vereinheitlichung der Strecken- und Klassenbenutzung sowie Umsteigemöglichkeiten in jedes andere öffentliche Verkehrsmittel werden unbedingt eine viel höhere Frequenz und Ersparnisse an Zeit und Nervenkraft zur Folge haben! D. B.

Die Wohnungsnot.

Und das Hypothekendilemma...

In einem Artikel „Wieder Vertrauen zu Hypothekendarlehen“ schreibt die „Bauwelt“ in ihrer Nr. 41: „Zwei Gutachten der Berliner Handelstammer zeigen, daß die Rebenkosten der Hypothekenaufnahme immer noch recht betragsreich sind. Grundsätzlich ist danach eine Provision in Höhe von 4 Proz. nicht zu beanstanden. Die Auszahlung des Hypothekensummes von 75 u. h. bei 3prozentiger Verzinsung wird für äußerst günstig gehalten“ ufm.

Einen Kommentar zu diesen Ausführungen hat der gewiß sachlich orientierte Redakteur der „Bauwelt“ nicht für nötig erachtet und sich mit der reichlich wertwürdigen Auffassung der Sachverständigen der Berliner Handelstammer nicht in Gegensatz gebracht, trotzdem man dies hätte erwarten müssen. Da diese Gutachter die Rebenkosten der Hypothekenaufnahme immer noch „recht betragsreich“ finden, ist es immerhin bedenklich, daß sie dem eine Vermittlungsprovision von 4 Proz. nicht beanstanden. Nichts ist bei den derzeitigen Zuständen leichter, als — wenn man Geldleute hinter sich hat — eine Hypothek zu vermitteln, und gerade die Tatsache, daß derartige Hypotheken bei Hausbesitzern und anderen, bemitleidenswerten Bauwilligen zu den haarsträubendsten Bedingungen willig Aufnahme finden, ist der Beweis für diese Behauptung. Danach ist aber eine Vermittlungsgebühr von 4 Proz. als unangemessen hoch zu bezeichnen. Die Bauindustrie erhofft schon lange eine Besserung auf dem Gebiete der Hypothekensicherung, denn gerade dies bedeutet die Lösung des Bauproblems. Warum ist die Beteiligung der hierzu berufenen Behörden so gering? Ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei hat schließl. im Landtag für die Aufhebung des Ministeriums für Volkswohlfahrt die merkwürdigsten Gründe angeführt. So sollen bei Neubauten einer Berliner Siedlung Risse wegen mangelhafter Verwendung von Zement entstanden sein. Was diese Mauerriße mit der Auslösung des Ministeriums für Volkswohlfahrt zu schaffen haben, ist wohl allein dem betreffenden Abgeordneten erkennlich. Weit wichtiger, als das Ministerium zu beseitigen, dürfte es doch erscheinen, es stärker an der Abschaffung von Mißständen zu beteiligen, die bei längerer Dauer eine nie wieder gutzumachende Schädigung der Volksgesundheit und des Volkvermögens bewirken. Es will fast scheinen, als ob man im Ministerium an überall bekannten Tatsachen vorbeigehe, die einer gründlichen und unerbittlichen Veränderung bedürfen, wenn anders die volkstümliche Auffassung von Wohlfahrts- und Wohnungsfürsorge nicht noch mehr getrübt werden soll.

Klingt es doch geradezu unglaublich, daß staatlich protegierte Hypothekendarlehen es sich unter den Augen der Aufsichtsbehörden leisten dürfen, den Darlehensnehmer für die an erster Stelle genau wie im Frieden gesicherten Hypotheken bei qualitären Bedingungen mit Zinsen zu belasten, die sich in der pyramidalen Höhe von jährlich 16 bis 20 Proz. bewegen. Welche Verluste durch das früher bei erstgestellten Hypotheken ganz unmögliche Damnum von 25 bis 30 Proz. der Nominalhypothek, das die Hypothekengesellschaften schämig als „einmaligen Beitrag“ für die Geldbeschaffung und sonstige „Spezen“ bezeichnen, entstehen, ist hinreichend bekannt. Gemiß haben die Hypothekendarlehen den Einwand, daß sich die Auszahlung für ihre Pfandbriefe nach dem an der Börse für diese erzielten Kurse richten müssen, daß die Banken für den Vertrieb der Pfandbriefe 4 Proz. Umfahrgeld berechnen, daß die eigenen Inkosten sehr hoch wären usw. Wenn aber dies alles zutrifft, dann ist diese Art der Geldmittelbeschaffung für den Wohnungsbau der minderbemittelten Bevölkerung (gibt es so etwas noch heute?) als zwecklos und ungeeignet von der Hand zu weisen und die Notwendigkeit des Eingreifens des Ministeriums

um so dringlicher. Zudem rangieren hinter diesen erstgestellten Hypotheken die Mittel aus der Hauszinssteuer. Es muß eingesehen werden, daß, je schwieriger dem Darlehensnehmer die Verzinsung der ersten Stelle fällt, desto unsicherer die zweite Stelle — die Hauszinssteuer — steht, und daß jeder Vorteil, der durch die 1prozentige Hauszinssteuerhypothek geschaffen wird, illusorisch wird durch die Verzinsung der ersten Stelle mit 16 bis 20 Proz. Dem Hauszinssteuerzahler kommt ein fataler Gedanke auf die Lippen bei dem Gedanken, daß die Forderung und Zahlung derartiger hoher Zinsen erst veranlaßt und möglich geworden ist durch die Herabsetzung der Hauszinssteuerhypothekenzinsen, wodurch der Hypothekendarlehen nur Wasser auf ihre Mühle geleitet wurde. Es läßt sich an der Hand von Beispielen nachweisen, daß durch diese Verzinsung des Baupitals eine bestehende Zweizimmerwohnung heute kaum noch unter 75 M. Miete pro Monat zu liefern ist. Es bedarf aber auch durchaus keines Hinweises, daß diese Mieten für die arbeitende Bevölkerung unerschwinglich sind.

Von einer Behebung der Wohnungsnot mit den bisher angewandten Mitteln kann doch wohl nach den gemachten Erfahrungen heute keine Rede sein. Das Kontingent der in Berlin mit Hauszinssteuerhypotheken bebauten und beabsichtigten Neubauten müßte sogar auf 75 Proz. herabgesetzt werden, weil die Mittel für weitere Bauten fehlen. Sollte man wirklich nötig haben, es den maßgebenden Behörden ans Herz zu legen, für die Befriedigung dieser üblen und — im Hinblick auf die Zinsgebarung der Hypothekendarlehen — geradezu beschämenden Zustände allerseits möglichst zu geeigneten Mitteln zu greifen?

Der Kursus der Arbeiterwohlfahrt.

Der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt weist nochmals auf den Nachschulungskursus für Wohlfahrtspflegerinnen hin, der von ihm im Seminar für Jugendwohlfahrt an der Hochschule für Politik in Berlin veranstaltet wird. Der Kursus dauert vier Monate und schließt mit einer Prüfung ab, die zur Erwerbung der staatlichen Anerkennung berechtigt. Der Beginn ist nunmehr endgültig auf den 22. November d. J. festgesetzt. Für die Zulassung zu dem Kursus wird nach ministeriellen Bestimmungen eine mindestens fünfjährige hauptberufliche und umfassende Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege gefordert. Wir empfehlen allen Fürsorgerinnen, bei denen diese Bedingungen erfüllt sind und die die staatliche Anerkennung nicht besitzen, ihren Antrag auf Zulassung umgehend an den Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, einzusenden, da die Genehmigung der Anträge einige Zeit erfordert.

Die Bildungsarbeit in den Bezirken.

Ein Ausflug in die Sternwelt. Ueber dieses interessante Thema spricht am Mittwoch, den 4. November, abends 8 Uhr, in der Aula des Lyzeums in Spandau der Direktor der Treptow-Sternwarte, Dr. Archenhold, unter Vorführung von Lichtbildern. Eintrittskarten zu 25 Pf. sind schon bei Reeg und in der Stadtbücherei erhältlich. — Am Dienstag, den 3. November, abends 8 Uhr, veranstaltet das Volkshilfsamt Kreuzberg im Bezirksamtgebäude, Poststr. 11, einen Bildungabend, an dem Dr. Rudolf Schottländer über Plato (Einführung in die griechische Philosophie) sprechen wird. Bei genügender Beteiligung wird im Anschluss an den Vortrag ein arbeitgemeinschaftlicher Kursus eingerichtet. Einlasspreis 50 Pf.; für Mitglieder und Jugendliche 30 Pf. Karten sind im Volkshilfsamt, Poststraße 11, Zimmer 136, und an der Abendkasse zu haben.

Rettenungskursus der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Die im Sommer d. J. so überaus stark besuchten Rettungskurse der DLRG werden auch im Winter fortgesetzt. Die Teilnehmer — Herren und Damen — werden im Rettungsschwimmen ausgebildet und können nach abgelegter Prüfung den Grundschein der DLRG erwerben. Der erste Kursus wird am 2., 9., 16., 23. und 30. November d. J., abends 8 Uhr, im Stadtbld Friedrichshain, An der Schillingbrücke 2, abgehalten. Badeanzug ist mitzubringen. Kursusleiter Herr Emil Kausch. Meldungen nimmt die Bezirksleitung Berlin der DLRG, Herr Alfred Sasse, Jostener Str. 52, schriftlich unter Beifügung der Teilnehmergebühr von drei Mark entgegen. Prüfungsgebühr für Erteilung des Grundscheines und Rettungsschwimmabzeichens 1,50 M. Eintritt zur Schwimmhalle frei.

Volkstanzkursus. Das Jugendamt des Bezirksamtes Köpenick beabsichtigt in diesem Winter einen Volkstanzkursus zu veranstalten. Der Kursus soll so gestaltet werden, daß er sowohl Anfängern, die noch keine oder sehr wenige Volkstänze kennen, sowie Vorgesrittenen gerecht wird. Die Kosten werden sich auf etwa eine Mark bis eine Mark fünfzig Pfennige für den ganzen Kursus (zwei je zwei Doppelstunden) pro Person belaufen. Alle interessierten Jugendlichen werden gebeten, ihr Namen und Wohnung dem Jugendamt, Rathaus Zimmer 10, umgehend mitzuteilen, damit sie eine Einladung zu der Vorbereitungsbesprechung erhalten können.

Billig und gut

ist eine Vereinigung, die Sie selten finden. Unsere Fabrik, die mit über 2000 Arbeitern täglich ca. 5000 Paar Schuhe herstellt, garantiert für billigen Preis und gute Qualität.



Ein vorteilhaftes Angebot!

- | | | | | | |
|---|------------------------|--|--|---|-----------------------------|
| Damen-Halbschuh, ansprechende Passform, gute Verarbeitung | 9⁵⁰ | Elegante Herren-Halbschuhe, Robschweu mit braun Nubuk-Einsatz, echtes Rindbox | 12⁵⁰ | Kinderschuh in guter dauerhafter Verarbeitung, Gr. 18-20 in braun von 2,60 an, in schwarz von | 2⁴⁰ an |
| Dam.-Halbschuhe in Orig.-Goodyear-Well, echtes Chevreau 14,50, echtes Rindbox | 12⁵⁰ | Vornehm. Herren-Schnürstiefel, Original-Goodyear-Well Herr.-Schnürstiefel echtes Rindbox, nasse- und kälteschützende Zwischensohle | 12⁵⁰ 15⁰⁰ | Der sehr beliebte, praktische Kamelhaar-Umschlag-schuh, gute Qualität, für Damen von | 3²⁰ an |
| Dam.-Lockspangen die begehrten Modeschuhe 17,50, 15,50 | 12⁵⁰ | | | Tacko die gute Einlage für alle Fußleidenden | |

Hochelegante Modespangenschuhe

für Tanz, Theater und Gesellschaft, feinste Lockspangenschuhe mit Leder kombiniert **11.90**
14.50, 12.90

Tacko

& Cie A.G. Burgb.M.

- | | |
|--------------------------|---------------------------|
| SW. Friedrichstr. 216/41 | O. Andreasstr. 50 |
| W. Potsdamer Allee 22 | O. Frankfurter Allee 22 |
| W. Schulstr. 16 | SO. Oranienstr. 2a |
| NW. Beusselstr. 29 | SO. Wrangelstr. 49 |
| NW. Turmstr. 41 | C. Spittelmarkt 15 |
| NW. Wilsnacker Str. 22 | C. Rosenthaler Str. 14 |
| N. Brunnenstr. 37 | Neukölln, Bergstr. 30/31 |
| N. Danziger Str. 1 | Potsdam, Brandenburger |
| N. Friedrichstr. 130 | Str. 54 / Charlottenburg |
| N. Möllersstr. 3 | Wilmersdorfer Str. 122/23 |

Auslandsanleihen der Städte und die Arbeiter.

In der Öffentlichkeit wird gegenwärtig ein Fehlschlag gegen Städteanleihen im Ausland geführt, dem die Arbeiterschaft nicht mehr ruhig zusehen darf. Solange die Unternehmerrschaft allein diese Kompagne führte, die hinter jeder Städteanleihe entweder ein Mittel zur kommunaler „Verschwendung“ oder eine unerwünschte Konkurrenz auf dem ausländischen Kapitalmarkt steht, konnte man die Entscheidung des Streites ruhig dem ausländischen Kreditgeber überlassen, der für die zweckmäßige Anlage seines Geldes ein besserer Richter ist als der nur einseitig interessierte deutsche Unternehmer. Auch das die Staatsbehörden von ihrem Aufsichtrecht den Kommunen gegenüber Gebrauch machen und Auslandsanleihen der Städte der Genehmigungspflicht unterstellen, konnte noch angehen. Die Sache wird aber höchstbedenklich wenn, wie es geschehen ist, der Reichsbankpräsident sowohl als angehene Wissenschaftler, wie z. B. Universitätsprofessor Lambert, in die Debatte zugunsten der grundsätzlichen Einschränkung der Städteanleihen im Ausland eingreifen und die Zweckmäßigkeit kommunaler Anleihen nur als „seltene Ausnahmen“ gelten lassen wollen. Wegen der Vordringlichkeit der Befriedigung des industriellen Kreditbedarfs zieht Prof. Romberg („Deutsche Bergwerkszeitung“ 27. Oktober) sogar den Schluss, daß die Konkurrenz der öffentlichen Körperschaften mit aller Energie ausgeschaltet werden muß. Die scharfe Stellungnahme Dr. Schacht gegen kommunale Auslandsanleihen kurz vor seiner Amerikareise ist bekannt. Das Reichsfinanzministerium hat in einem Kommuniqué sich neuerdings der scharfen grundsätzlichen Ablehnung von kommunalen Auslandskrediten angeschlossen, weil sich der Nachweis der Produktivität städtischer Auslandsanleihen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erbringen lassen werde. Damit ist von den höchsten Autoritäten und der Staatsgewalt selbst das Verbot über Städteanleihen im Ausland gesprochen, und die Arbeiterschaft hat zu prüfen, ob diese Behinderung der freien Konkurrenz der Städte auf dem ausländischen Kapitalmarkt nicht ihre Interessen verletzt.

Was die Arbeiterschaft für sich in Anspruch nehmen muß, ist, daß der Volkshaushalt der arbeitenden Massen nicht zum Vorschub der Industrie gemacht wird. Der Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität ist nicht nach der höchstmöglichen Rente des Geldkapitals, sondern nach der Wohlfahrt, Reichlichkeit und Güte der Bedarfsdeckung zu bestimmen. Wenn die Aufnahme von Schulden produktiv genannt werden soll, so genügt nicht, daß man auf die Kaufkraftsteigerung des Geldkapitals achtet, das in den Betrieben der Privatkapitalisten arbeitet. Genau dieselbe Produktivität liegt vor, wenn die Kaufkraft der Konsumentenmassen für die verdienten Löhne und Gehälter gesteigert wird.

Soweit der Staat und die Städte eigene Industrie- und Verkehrsbetriebe haben, sind sie allgemeine Zulagbetriebe der nationalen Erzeugungswirtschaft. Es ist absolut nicht einzusehen, weshalb die Produktivität dieser staatlichen und gemeindlichen Zulagbetriebe unter anderen Gesichtspunkten beurteilt werden soll als diejenige der privatkapitalistischen Einzelbetriebe; vorausgesetzt natürlich, daß diese staatlichen und gemeindlichen Industriebetriebe nach dem Gesichtspunkt gesunder Ertragswirtschaft bewirtschaftet werden. Soweit die Schuldenaufnahme der gemeinwirtschaftlichen Betriebe dazu führt, daß die Wohlfahrt und Güte der von ihnen mit den Krediten erzeugten Waren (z. B. Verkehrsdienste, Strom, Wasser, Gas usw.) eine Kaufkraftsteigerung der damit versorgten Privatindustrie bedeutet, soweit sich ihre volkswirtschaftliche Produktivität außer Zweifel. Das gilt heute, wo die gesamte deutsche Privatindustrie mit hohen Kosten arbeitet, ganz besonders. Da gleichzeitig die staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen im Ausland einen viel besseren Kredit haben als die Privatwirtschaft, würde es geradezu eine volkswirtschaftliche Torheit bedeuten, durch Inflation die Drofflung der städtischen Kreditaufnahmen jene Produktionsverbilligung in der Privatindustrie zu verhindern, die der Ausbau der städtischen Betriebe der privaten Industrie zu verschaffen vermag.

Kaufkraft und Wertstarke.

Soweit die Schuldenaufnahme städtischer Betriebe aber durch Verbilligung und Verbesserung der in die privaten Haushaltungen geleiteten Strom-, Wasser- und Gaslieferungen usw. eine Kaufkraftsteigerung der Konsumentenmassen herbeiführt, soweit können die Konsumenten an Produkten der privatkapitalistischen Industrie mehr kaufen. Die Kaufkraftsteigerung des Inlandes für Industrie- und Agrarprodukte wird gestärkt, der heutige Leerlauf der Industrie wird verringert, die allgemeinen Betriebs- und Geschäftsunfälle werden pro Einheit des Produkts gesenkt, die sogenannte Betriebsmittelnot wird geringer. So steht die volkswirtschaftliche Produktivität der Schuldenaufnahme von städtischen Betrieben, wo sie der Kaufkraftsteigerung der Konsumentenmassen dient, ebenfalls außer allem Zweifel. Und weil es für die deutsche Industrie heute, abgesehen von der notwendigen innerbetrieblichen Rationalisierung, ausschließlich auf die Absatzsteigerung ankommt, weil sie mit Produktionsmitteln ohnehin überflutet ist, würde es eine volkswirtschaftliche Torheit sondergleichen sein, diese Kaufkraftsteigerung durch die Abdrückung städtischer Betriebsanleihen zu verhindern.

Ein Beispiel aus der Praxis.

Der von Groß-Berlin geplante Bau der Werke Kummelsburg erlaubt den Beweis der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit solcher Anleihen auch zahlenmäßig zu führen.

Landbundgenossenschaften im Konkurs.

Der Ende 1923 gegründete Konzern deutscher Landbundgenossenschaften, eingetrag. Genossenschaft m. b. H., hat sich, der etwa 10 genossenschaftliche Provinzial- bzw. Landesverbände und eine Anzahl von Einzelmitgliedern umfaßt, hat gestetn Konkurs angemeldet. Bereits vor einigen Tagen hatten die mit der Liquidation des Konzerns beauftragten Herren Bollmer und Rechtsanwalt Dr. vom Berg an sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates und des Konzerns ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir wegen Zahlungsunfähigkeit das Konkursverfahren für den Konzern deutscher Landbundgenossenschaften in Liquidation am 30. d. M. beantragen werden, da wir in Kürze Zahlungsverpflichtungen in Höhe von etwa 7000 M. haben, die wir nicht mehr erfüllen können.

Es ist außerdem auch Ueberwindung eingetreten, da sich in letzter Zeit herausgestellt hat, daß ein Teil unserer Außenstände nicht eintreibbar sind.

Auch die von uns geführten langwierigen Verhandlungen, von welchen wir den Eingang größerer Mittel erwarteten, haben wir als unbrauchbar abbrechen müssen.

Es handelt sich bei diesem Konkurs um eine Gruppe von Landbundgenossenschaften, die vor etwa 2 Jahren aus dem Einfluß-

Der Bau kostet 50 Millionen.

Die gleiche Leistung wie die der Kummelsburg-Werke durch Ausbau der zerstreut liegenden 22 städtischen Werke zu erzielen, würde 75 Millionen kosten. Zur Versorgung Berlins ist die Mehrerzeugung aber absolut nötig. Die Kapitalerparnis beträgt also 25 Millionen. Um sie erzielen zu können, muß dieser Betrag in der ganzen Summe erreichbar sein. Das ist nur im Ausland möglich.

Liefert Kummelsburg mit, so ist mit einer Strompreisentlastung von mindestens einem Pfennig pro Kilowattstunde zu rechnen.

Kummelsburg wird nun wenigstens 600 Millionen, kann aber leicht 1 Milliarde Kilowatt liefern. Die unmittelbare Erparnis an Industrie- und Haushaltskosten wird also zwischen 6 und 10 Millionen Mark jährlich betragen.

Etwas anderes wäre es natürlich, wenn durch die Schuldenaufnahme der Städte die Kaufkraft des in den Industriebetrieben arbeitenden Geldkapitals und der in den Haushaltungen der Konsumentenmassen verbrauchten Löhne und Gehälter verringert würde. Das könnte aber nur eintreten, wenn die Pflicht zur Bilanzierung des Etats der Verwaltungen und das Ertragsprinzip der städtischen Betriebe verletzt würde. Erst dann läge volkswirtschaftsschädliche Schuldennachfrage vor. Dann würde die Schuldenaufnahme nämlich die Vermehrung zukünftiger Steuern und zukünftiger Betriebsverträge zur Deckung gegenwärtiger Defizite und Verluste bedeuten. Gerade das aber kann nicht den deutschen Städten, sondern nur man der privatkapitalistischen Wirtschaft zum Vorwurf machen. Schulden zur Befriedigung tatsächlicher oder drohender Verluste aufzunehmen, war nämlich das Prinzip der Privatwirtschaft während der ganzen Inflation. Vor allem aber war es das Prinzip der Privatwirtschaft bei der Aufnahme ausländischer Kredite während der vielen Monate seit dem Abschluß der Dawes-Verträge, in denen die Kommunen in Amerika z. B. überhaupt keine Gnade fanden, sondern nur die deutsche Industrie. Die heutige kurzfristige Betriebskapitalnot der Industrie und der Landwirtschaft ist ja erst die Folge des Mißbrauchs der Kreditwirtschaft: bei der Industrie durch die fehlerhafte kurzfristige Auslandsverschuldung, bei der Landwirtschaft durch die kurzfristige Staatsverschuldung, die beide eine

Verwendung im volkswirtschaftlichen Sinne

waren, weil sie durch die hohen Zinslasten die Kaufkraft des in den Betrieben arbeitenden Geldkapitals verringerten, ohne den Absatz selbst nur im geringsten steigern zu können. Im Gegenteil, der Absatz, im Inland sowohl wie im Ausland, wurde vielmehr systematisch durch diese verschwendische Pump- und Kettenschwemmelwirtschaft gesenkt, weil die Industrie und die Landwirtschaft ihre durch die Zinslasten erhöhten Kosten in höheren Preisen hereinzubringen suchten, was ja schließlich in den Schutzzöllen seinen Ausdruck gefunden und heute zum Vorschein der Lutherschen Preisentlastungsaktion geführt hat.

Nun ist es zwar wahr, die Industrie und die Landwirtschaft haben aus ihren Torheiten gelernt. Man will jetzt langfristige Kredite zur Rationalisierung der Industrie und Bodenwirtschaft, man ist auch, nach dem Fiasco der Exportförderung, der Stärkung des Inlandmarktes nicht mehr fremd; ja, in der Industrie zum mindesten ist das Vertrauen in den Segen der Schutzzölle tief erschüttert. So kann auch die Arbeiterschaft hoffen, daß die kommenden langfristigen Auslandskredite der Industrie und der Landwirtschaft eine vernünftigerer Verwendung finden werden als die kurzfristigen früheren. Sie hat deshalb gar kein Interesse, sich gegen die Auslandsanleihen der Industrie im geringsten zu wehren. Im Gegenteil, wenn es dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Amerika gelingen würde, die schwere Gefahr der kurzfristigen Auslandskredite durch Umwandlung in langfristige zu bannen und für Industrie und Landwirtschaft große Solidaritätsanleihen vorzubereiten, so wird die Arbeiterschaft das sehr warm begrüßen.

Aus schärfer wird sie sich aber zur Wehr zu setzen haben, wenn die Städteanleihen im Ausland grundsätzlich gedrosselt werden sollen, wie es heute die Absicht ist. Die Steigerung der Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter durch Verbilligung der städtischen Waren- und Verkehrsdienste erleichtert der Arbeiterschaft den Lohnkampf und verstärkt ihre Beschäftigungsmöglichkeit in der Industrie. Für die Industrie werden die Kosten gesenkt und der Absatz erweitert. Die Industrie kommt aber auch nicht teurer an die Kredite als die Städte. Die private Industrie erhält gegenwärtig nur weniger und teurere Auslandskredite, weil sie nach den Erfahrungen mit Sinnes und Stumm weniger kreditwürdig und infolge der ganz allgemeinen Illiquidität auch weniger kreditfähig ist. Diese Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit zu verbessern ist Sache der Industrie. Sie kann sie verbessern, indem sie ihre alten Schulden zahlt, neue Schulden nur unter Garantie der Zinszahlung, d. h. durch gründliche Sanierung der Betriebe (auch durch Kapitalherabsetzungen) aufnimmt und vor allem an die Stärkung des Inlandmarktes durch Preisgabe der verdrängten Schutzpolitik und durch Senkung der Preise denkt. Das alles aber durch den Ausschluß der Städtekonkurrenz auf dem ausländischen Kapitalmarkt bewerkstelligen zu wollen, dieses Streben muß auch den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft finden, für die eine Drofflung der Städteanleihen Niederhaltung und Schwächung ihrer Kaufkraft und Verwehrung der Arbeitslosigkeit bedeuten kann.

reich des Reichslandbundes anschieß, mit der ausgesprochenen Absicht, sich auf rein wirtschaftlicher Basis zusammenzufinden und sich von politischen Tendenzen frei zu machen. Den Vorsch im Aufsichtsrat führte Herr von Rahmer, der Vorsitzende der Niederlausitzer Landbundgenossenschaft in Reibitz, der in letzter Zeit in anderem Zusammenhange viel in der Öffentlichkeit genannt wurde. Die Ursache des Konkurses ist nicht in augenblicklicher Zahlungsunfähigkeit, sondern in einer allgemeinen Ueberwindung des Konzerns zu suchen, da ein Teil der Genossen in Konkurs gegangen ist. So schuldet allein die Landbundgenossenschaft Kurich, über die vor einiger Zeit der Konkurs eröffnet wurde, dem Konzern 60 000 M. Die gesamten Passiven des Konzerns dürften 200 000 M. nicht übersteigen. Es ist damit zu rechnen, daß bei dem Konkurs alle Gläubiger voll befriedigt werden, da die Haftungsummen der verschiedenen Genossen die Passiven um ein Mehrfaches übersteigen. Diese Haftungsummen können aber erst jetzt nach Eröffnung des Konkurses herangezogen werden. Es war nicht möglich, die einzelnen Genossen zu einer freiwilligen Hilfe für den Konzern zu veranlassen. Außer der oben genannten Landbundgenossenschaft in Kurich hat auch die vor längerer Zeit in Konkurs gegangene Genossenschaft „Selbsthilfe“ in Berlin wesentlich zur Erhöhung der Schwierigkeiten beigetragen. Die „Selbsthilfe“ betätigte sich durch

direkte Lieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse an verschiedene Beamtenkategorien.

Der Reichslandbund hat zwar dem Konzern während der Liquidation verschiedentlich darsichsweise kleine Vorschüsse gegeben, will aber organisatorisch mit dieser Gruppe nichts mehr zu tun haben. Vom Konkurs wird also ein größerer Teil der noch zum Landbund gehörenden Genossenschaften nicht berührt. Dementsprechend dürften auch die Verhandlungen über die Uebertragung der noch zum Landbund gehörenden Genossenschaften an den Reichsverband (Offenbacher Verband) durch diese Konkursöffnung kaum beeinflusst werden.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 28. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 21. Oktober (123,3) um 0,6 Proz. auf 122,5 zurückgegangen. Gesunken sind die Preise für Roggen, Gerste, Hafer, Butter, Schmalz, Zucker, Rindfleisch, Milch, Rindshäute, Kalbfelle, Treibriemenleder und Baumwolle. Höher lagen die Preise für Weizen, Kartoffeln, Schweinefleisch, Speck, Hopfen, Baumwollgarn, Rohjute, Nutegarn, Wolle und die meisten Nichteisenmetalle. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 117,7 auf 116,1 oder um 1,4 Proz. nachgegeben, während die Industriestoffe von 133,8 auf 134,6 oder um 0,6 Proz. ansgogen.

Verkäuflicher Pfandbriefumlauf der Preussischen Zentralstadtschaff. Gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1924 von rund 4,6 Millionen Goldpfandbriefen betrug der Gesamtgoldpfandbriefumlauf am 27. Oktober 1925 rund 22 1/2 Millionen Goldmark. Die Verwaltung weist insbesondere darauf hin, daß sämtliche Goldpfandbriefe als dauernde Kapitalanlage fest untergebracht sind und daß ferner die der Preussischen Zentralstadtschaff angeschlossenen Stadtschafften von Brandenburg, Grenzmark-Bosen, Westpreußen, Hannover, Ostpreußen und Pommern (das Berliner Pfandbriefamt, auch Berliner Stadtschaff genannt, gehört dem Verband also nicht an) sachungsgemäß nur Hausgrundstücke befehlen dürfen. Industriell genutzte Grundstücke sind von der Beleihung ausgeschlossen. Die Beleihung selbst erfolgt bei Vorkriegsbauten nur bis in Höhe von 15 Proz., in seltenen Fällen bis 20 Proz. des ermittelten Vorkriegsbeleihungswertes und bei Neubauten bis zu 30 Proz., bei ausgemakten guten Objekten bis zu 40 Proz. des Vorkriegsbeleihungswertes, bei Siedlungen und dergleichen bis 50 Proz., jedoch dann nur mit Bürgschaft der Gegenseitengemeinde. Schon aus der Durchschnittshöhe der ausgetheilten Hypotheken, beispielsweise von rund 12 000 Goldmark bei der Stadtschaff der Provinz Brandenburg, geht hervor, daß die Beleihung eine äußerst vorsichtige ist und große Objekte so gut wie gar nicht in Frage kommen. Eine Ausdehnung der Pfandbriefe an die Hypothekensuchenden erfolgt nur in vereinzelten Fällen in kleinen Beträgen, und zwar im allgemeinen nur unter der Bedingung, daß der etwa spätere Verkauf dieser Goldpfandbriefe durch die Preussische Zentralstadtschaff zu erfolgen hat, so daß diese jederzeit einen Ueberbitt über das Material hat, das an den Markt kommt und dem entsprechend auch in der Lage sein wird, den Kurs gleichmäßig zu regulieren und hierbei das herauskommende Material aufzunehmen.

Weitere Schwierigkeiten in der Automobilindustrie. Die Lage in der Automobilindustrie hat sich weiterhin verschlechtert. Zu den schon längere Zeit bestehenden Zahlungsschwierigkeiten bei den Adler-Werken, Frankfurt und der Hiller-Automobilwerken A.-G. (Ego-Werke), sind Zahlungsschwierigkeiten bei der Audiwerke A.-G. Zwissau gekommen. Wie bei den meisten derartigen Fällen handelt es sich um eine Ueberlastung mit Schulden, die in Erwartung einer Konjunktur durch die Autozölle zur Erweiterung der Produktion aufgenommen worden sind. Auch von der Daimler Motoren-Gesellschaft-Stuttgart, die schon von Juli bis August über 1500 Mann ihrer 4500-töpfigen Belegschaft entlassen hatte, wird für die Werke in Unterdürkheim und Sindelfingen eine weitere Betriebs Einschränkung gemeldet. In der nächsten Zeit soll die Entlassung von einigen Hundert Mann bevorstehen. Der Fall Daimler, wo gerade die Betriebe zum Bau der leichten Serienwagen eingekürzt werden müssen, ist typisch für die gegenwärtige Lage. Die Konjunktur für die leichten Wagen wurde erwartet, weil die Autozölle gegenüber den Vertragszöllen der Vorkriegszeit um das 16fache erhöht wurden. Heute zeigt sich in der gesamten Automobilindustrie die Erwartung auf die konjunkturfördernde Wirkung der Zölle als die Ursache der schwersten Erschütterung, die die Automobilindustrie jemals zu verzeichnen hatte.

Zollminderungen in der Margarineindustrie — Die Ministerien haben Zeit. Am 18. und 19. Oktober wollte in Berlin eine größere Vertretung der Arbeiterschaft der Margarinefabriken des Niederrheins, die durch die Zollgebührengabe, insbesondere den Zoll auf sterilisierte Milch, zu Tausenden in ihrer Existenz unmittelbar bedroht ist. Im Beisein einiger Vertreter ihrer gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen suchten sie bei dem preussischen Landwirtschaftsminister eine direkte Intervention zu erreichen. Diese Regierungsstelle erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Erschienenen an das Reichsfinanzministerium, wo das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft für zuständig gehalten wurde. Um nicht weiter das beliebte Ballspiel mit sich forschen zu lassen, kamen die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überein, die Sache dem zuletzt genannten Reichsministerium schriftlich vorzustellen und ersuchten gleichzeitig um eine Besprechung, zu der auch alle anderen beteiligten Ministerien einzuladen seien. Selbstverständlich wurde der überaus dringliche Charakter der Sache sehr deutlich betont, da die Dinge so liegen, daß tatsächlich jeden Tag 4000 bis 5000 Arbeiter und Angestellte auf die Straße liegen können. Andere Beschäftigungsmöglichkeiten sind nicht vorhanden. Die schriftliche Eingabe ist dem Reichsministerium unter dem 20. Oktober zugegangen, ist also bestimmt am 21. Oktober in seinem Besitz gewesen. Bis heute aber hat dieses Ministerium keine Zeit gehabt, weder die beantragte Besprechung anzuordnen noch eine Antwort zu erteilen. Es handelt sich freilich nur um die Interessen von einigen tausend Arbeitern. Wären es ein Duzend Agrarier, so würde man sich natürlich mehr beeilen!

12 1/2 Proz. Aufwertung bei Sparkassen. Die erste Verordnung über die Aufwertung der Sparguthaben bei öffentlichen und unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen in Preußen ist nunmehr herausgegeben (Seite 151, Gesetzsammlung, Ausgabe vom 29. Oktober 1925). Die Verordnung sieht einen Aufwertungssatz von 12 1/2 Proz. vor. Ein niedrigerer Betrag ist unzulässig.

Gegen Mißstände bei der Einfuhr von Früchten mündet sich eine Eingabe des Reichsverbandes Deutscher Fruchtgroßhändler an den Reichsernährungsminister. Die Eingabe weist darauf hin, daß auf den Hamburger Fruchtäuktionen eine normale Preisbildung ausgeschlossen sei, weil sie von einem Händler ring gemacht wird, der in zwei Organisationen zusammengeschlossen ist, nach deren Verkaufsbedingungen die Abschlüsse erfolgen. Nicht zugelassene Käufer müssen sich der Vermittlung der zugelassenen bedienen. Zu den Verkaufsbedingungen gehört die Verpflichtung, nur in englischer Währung zu verkaufen. Der Reichsernährungsminister hat Abhilfe zugefagt.

Der Sinnes-Konzern verkauft seinen Wiener Besitz. Die Anteile der Hugo Stinnes A.-G. für Südothhandel und -Industrie in Wien sind zum größten Teil an den Mannheimer Metallindustriell-Dr. K. Reiter verkauft worden.

Scheidemann als Zeuge.

„Das Gift der Dolchstoßflüge.“

Im Dolchstoßprozeß schildert Scheidemann als Zeuge weiter die Vorgänge gegen Ende des Krieges. Das Wasser ging uns bis an den Hals. Die Truppen waren im höchsten Grade unwillig, und im Lande hatten wir nichts zu essen. In allen diesen Fragen ist nicht nur das Volk, sondern auch der Reichstag von den Vertretern der Regierung belogen worden. Wir sind aber nicht nur belogen worden in der Angelegenheit der päpstlichen Friedensvermittlung, sondern auch über den Verlauf des Krieges. Das begann schon bei der Marnechlacht. Diese Lügen wurden aber auch nach Schluß des Krieges noch fortgesetzt. Insbesondere wurde behauptet, daß die Truppen vollständig infiziert waren, daß revolutioniert und gepufft worden sei. Dem stehen zahlreiche Aeusserungen und Dokumente hervorragender Persönlichkeiten entgegen. Es sei zu erinnern an das Telegramm in Hindenburgs und Ludendorffs, worin sie nach Berlin die Fortsetzung des Waffenstillstandes richteten. Es hieß darin:

Noch steht das deutsche Heer fest und gefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab!

Kein Wort also von revolutionärer Unterwürfung und von Dolchstoß. Weiter schilderte dann der Zeuge die Vorgänge in Kiel im Anfang November 1918. An die Sozialdemokratische Partei war von Kiel die Aufforderung eingetroffen, einen Vertreter der Reichstagsmehrheit zu schicken. Der Zeuge wiederholt hier im großen und ganzen die Darstellung des Zeugen Noske, dessen Abfindung der Zeuge damals vorgeschlagen hat. Scheidemann führte weiter aus: Noske telegraphierte mir, wie die Dinge standen. An der Spitze der Forderungen stand: 1. Weg mit Wilhelm. 2. Amnestie. Die Leute sahen also ein, daß das, was sie getan hatten, unrecht war. Noske sagte mir telefonisch, wenn das Kabinett keine Konzessionen mache, dann glaube er die Situation nicht retten zu können. Am 6. November teilte er mit, er glaube an eine Wiederherstellung der Ordnung, wenn die Konzessionen gemacht würden. Die Dinge lagen also in Kiel nicht so toll, wie sie nachträglich hingestellt wurden. Die Flottenmeuterei war noch meiner Meinung entstanden nicht deshalb, weil die Flotte, sondern weil die Leistung der Flotte gemindert war, und zwar gegen die Reichsregierung. Hindenburg und Ludendorff hatten nach Berlin die Forderung des Waffenstillstandes geschickt. In demselben Augenblick konnte man doch nicht an einer anderen Stelle den Krieg fortsetzen. Es wäre dann jede Bitte um Waffenstillstand abgelehnt worden. Unserem Heere wäre dann das Schlimmste angetan worden, daß es die weiße Flagge hätte ziehen müssen. Es war nicht unflugs, was sich die Matrosen leisteten, daß nämlich die Flotte zu einem letzten Schlag ausholen sollte. Das, woran wir zugrunde gegangen sind, war die Verhungerung und Ausbeutung des deutschen Volkes und ein von der Uebermacht der Seevölker erdrücktes Heer. Es ist im Prozeß behauptet worden, daß bezüglich der Abdankung des Kaisers von Seiten der Sozialdemokraten ein Ultimatum gestellt worden sei, das gedroht hatte, im Nichterfüllungsfalle würde auf die Strafe gegangen werden. Die Sozialdemokraten hatten am 17. November allerdings ein Ultimatum gestellt, das die Abdankung des Kaisers forderte. Für den Fall der Nichterfüllung dieses Ultimatum wurde angekündigt, daß die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung austreten würden. Von einer Drohung, auf die Straße zu gehen, war keine Rede. Im Gegenteil erstlich die Parteiliste eine neue Mahnung an die Bevölkerung, Ruhe und Besonnenheit zu wahren. Am 9. November wurde die Mitteilung verbreitet, daß der Kaiser zurückgetreten sei. Prinz Max von Baden, der auch fortgesetzt beschimpft wird und der einer der anständigsten und geistreichsten Menschen ist, die ich je kennen gelernt habe, sagte zu Ebert: „Wenn überhaupt noch jemand uns in dieser Situation vor dem Schlimmsten bewahren kann, ist es Ihre Partei; denn Sie hat die beste Organisation und den größten Einfluß.“ Ebert hatte Bedenken und meinte, er müsse erst seine Freunde fragen. Ich erklärte ihm, daß das Unflugs sei und daß es keine Zeit zu verlieren gelte. Zehn Minuten später übernahm er die Leitung. In seiner Proklamation erklärte Ebert, daß er im Begriffe sei, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden.

Es ist das eine merkwürdige Art von Revolution, die sich hier zutrug: Die letzte verfassungsmäßige Gewalt blüht die Sozialdemokraten, sie mögen den Laden übernehmen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Deutschland überhaupt keine Revolution gehabt hat. Wenn wir eine Revolution gehabt hätten, wäre es unmöglich, daß heute Zeitungen gedruckt werden, in denen wir als Landesverräter beschimpft werden. Wenn es eine Revolution gewesen wäre, hätten wir nach russischem Muster verfahren müssen, die Zeitungen verboten und die Nationalisten überhaupt aufgehängt müssen, wofür allerdings der Haß zu schade gewesen wäre. Wir sind ehrliche Demokraten. Ich habe nicht den Ehrgeiz gehabt, Führer der Revolution gewesen zu sein. Ich schwöre die Revolution aber auch nicht ab. Wir haben so rasch wie möglich die Einberufung der Nationalversammlung herbeigeführt. Auch die Leute, die später auf uns geschimpft haben, wissen genau, daß sie uns Dank schulden. Das Schicksal Deutschlands lag in den schwierigen Zeiten, wo man gegen die Bolschewisten ankämpfen mußte, in den Händen von drei Männern. Wenn Ebert, Landsberg und ich ausgerückt wären, sähen heute Liebknecht und seine russischen Freunde in Berlin, dann wäre Deutschland ein Provinz von Rußland. Wir verlangen nur, daß man uns Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wir haben keine Revolution vorbereitet, sondern wir standen auf die Bitten der damaligen Staatsleitung und getragen von dem eigenen Bewußtsein

vor der Frage, was wir in diesem Unglück unseres Vaterlandes tun könnten.

Wir mußten ein bankrotttes System liquidieren und waren sozusagen Gerichtsvollzieher geworden.

Der Zeuge erinnert an die schwierige Situation, die entstand, als die bolschewistischen Massen unter Führung der Kommunisten die Herrschaft in Berlin an sich reißen wollten. Wir hatten niemanden hinter uns; das tapfere Bürgertum war ja in die Mausefänger getreten. Der letzte Deutschnationale, den man gesehen hatte, war Graf Westarp, der uns um einen Schein gebeten hatte, der ihm seine persönliche Sicherheit verbürgen sollte. Als dann später die Verhältnisse geordnet waren und die Nationalversammlung einberufen wurde, da bekamen diese Herrschaften wieder Mut. Der Zeuge sah schließlich seine Ausführungen dahin zusammen:

Das Dolchstoßmärchen ist das schlimmste Gift, an dem Deutschland noch krankt. In Wahrheit ist Deutschland zusammengebrochen, weil seine militärische und politische Führung in der schlimmsten Zeit verlagert hat. Die deutsche Front wurde schwächer, je mehr die Gegner erstarkten.

Unsere Lage war so, daß auch der Münchener Verein zur raschen Bekämpfung Englands uns nicht mehr retten konnte. Ich bilde mir nicht ein, daß durch diese Prozederhandlungen die Atmosphäre gereinigt wird, aber sie geben doch Mittel an die Hand, um diese Entwicklung vorzubereiten.

Professor Cohnmann stellte fest, daß die „Süddeutschen Monatshefte“ immer die Auffassung vertreten hätten, daß sich die Vorwürfe gegen die unabhängige Sozialdemokratische Partei zu richten hätten. Es sei eine Fälschung der „Münchener Post“, daß die Vorwürfe gegen die Mehrheitssozialdemokraten gerichtet seien.

R.-A. Dr. Hirschberg erklärte: Es wird nicht bestritten, daß an zahlreichen Stellen der Dolchstoßflüge von der U.S.P. die Rede ist. Die Geschichtsfälschung der „Süddeutschen Monatshefte“ beruht technisch darauf, daß zwar stellenweise mit Unterscheidungen gearbeitet wird, daß aber dann in der Zusammenfassung zu parteipolitischen Zwecken verallgemeinert wird. Es werde also beim unbelangenden Leser jedenfalls der Eindruck erweckt, daß sich die Behauptung vom Dolchstoß gegen die Sozialdemokratie wendet. Der Prozeßgegenstand für die beklagte Partei sei, daß sie den Vorwurf der Geschichtsfälschung aufrecht erhalten und beweisen wolle.

Zeuge Scheidemann bemerkte auf die verschiedenen Fragen der klagenden Partei: Im Januar 1916 habe ich im parlamentarischen Ausschuss eine Rede gehalten, in der ich sagte, daß meines Erachtens das Verhalten der U.S.P. schädlich sei. Zeuge stellt ferner fest, wie in der U.S.P. alles durcheinander ging und ein Führer sich mit dem anderen in den Haaren lag. Es seien keine zwei Leute in der U.S.P. gewesen, die gewußt hätten, was gemacht werden sollte. Es war also Unrecht, allgemein von einer Partei oder von den Führern auch im Falle der U.S.P. zu sprechen. Das wäre gerade so, als wenn man von einem Verrat der Deutschnationalen sprechen würde, weil ihr Mitglied, der frühere Reichstagsabgeordnete Graf Doppersdorf zum Landesverräter wurde.

R.-A. Graf Beckhause fragte den Zeugen, ob er aus eigener Beobachtung etwas von den Abmachungen zwischen General Gröner und Ebert wegen der Säuberung Berlins und der Hinausdrängung der U.S.P. aus der Regierung wisse.

Zeuge Scheidemann erwiderte, was das letztere anlangt, so halte er eine solche Abmachung Eberts für ausgeschlossen. Ebert hätte ohne Einverständnis der Partei eine solche Abmachung nicht getroffen. Da müsse ein Mitberliner Gröners vorliegen. Scheidemann erzählt dann, wie bald nach Ausbruch des Krieges, nach dem Falle von Löwen in der ausländischen sozialdemokratischen Presse eine heftige Polemik gegen Deutschland einsetzte. Damals ist der Zeuge nach Holland gegangen, ein anderer Parteiführer nach Italien; ein anderer nach Schweden, um diese Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse in jenen Ländern zu ändern. Vollständig sei das in Holland gescheitert. Auch daraus gehe hervor, daß die Sozialdemokratische Partei sich die größte Mühe gegeben habe, dem Vaterlande dienlich zu sein.

Eingehend wurde dann in Frage und Antwort nochmals die Abdankung des Kaisers behandelt, wobei sich gegenüber dem bisher festgestellten nichts wesentlich Neues ergab.

Als nächster Zeuge wurde darauf der Bibliotheksdirektor des Preussischen Landtags, Fr. Thimme, vernommen. Der Zeuge teilt einleitend mit, daß er zurzeit damit beschäftigt sei, die Publikation des Auswärtigen Amtes vorzubereiten. Bereits im Oktober 1915 habe er in den „Süddeutschen Monatsheften“ zwei Aufsätze, betitelt „Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland“, veröffentlicht. In diesen Artikeln sei er für die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie eingetreten. Auf Grund dieser Veröffentlichungen, die in den Kreisen der Sozialdemokratie Anklang gefunden haben, sei er in der weiteren Folge in nähere Beziehungen zu sozialdemokratischen Führern getreten. Mit dem Führer der freien Gewerkschaften Karl Legien habe er gemeinsam ein Buch herausgegeben, das bestimmt war, der Volksgemeinschaft zu dienen. Bei den verschiedenen Gesprächen, die er mit sozialdemokratischen Führern gepflogen habe, sei von diesen immer und immer wieder die Pflicht der Landesverteidigung als Primäre hingestellt worden. Selbstverständlich habe die Sozialdemokratie in der Erfüllung dieser Pflicht auch innere Hemmungen zu überwinden gehabt, so die Auffassung, daß der

Krieg im Sinne eines Annektionskrieges geführt werden sollte. Als das Telegramm des Freiherrn v. dem Busche über die Lage an der Westfront eintraf, seien die Sozialdemokraten ernstlich beunruhigt gewesen. Dem Sozialdemokraten Konrad Haenisch seien die Tränen ausgebrochen. Der Zeuge versicherte, er könne der Mehrheitssozialdemokratie nur ein ehrendes Zeugnis ausstellen. Sie habe treu bis zum letzten Augenblick die Pflicht der Vaterlandsverteidigung hochgehalten. Dieses Ehrenzeugnis könne er nicht in gleichem Maße den Mitgliedern der U.S.P. ausstellen, weil er mit diesen weniger in Berührung gekommen sei.

Der Zeuge kommt dann auf die Verdon des Herrn v. Tirpitz zu sprechen und bekante sich als dessen erbittertesten Gegner. Er nehme nicht Abstand auszusprechen, daß er Tirpitz für einen der verhängnisvollsten deutschen Staatsmänner halte. Zweifellos hätte er viele Züge eines hervorragenden Staatsmannes, ein großes Organisations- und Kombinationstalent, er habe das, was man von einem großen Staatsmann erwarte. In der Wahl seiner Mittel sei er skrupellos gewesen, was vielleicht in schwierigen Zeiten für einen Staatsmann nötig sei. Für Deutschland wäre es vielleicht besser gewesen, wenn 1909 statt Bethmann Tirpitz zum Reichskanzler gemacht worden wäre. Er hätte vielleicht das Verhältnis zu England anders gestaltet. Tirpitz habe gegen Bethmann leidenschaftlich operiert. Der Kaiser habe sich des Entlassung Bethmanns auf das äußerste widersetzt. Solche Dinge, wie sie da vorkamen, hätten auch auf die Front ihre Wirkung ausüben müssen. Außerordentlich schädlich habe die von Tirpitz gegründete Vaterlandspartei gewirkt, die darauf ausgegangen sei, alle Parteien, die ihr nicht nahe standen, zu desamieren. Der Zeuge erklärte, er könnte viele Beispiele aus dem Felde vorlegen, wie diese Dinge an der Front gewirkt haben. Auch Cohnmann habe im Juli 1916 gesagt: Wir sind hier in München, nachdem uns die Reichsleitung wiederholt angelogen hat, nicht mit ihr zufrieden. Der Zeuge ist der Meinung, daß ein schlimmerer Dolchstoß gegen die Volksgemeinschaft nicht hätte geführt werden können, als durch die Dolchstoßartikel der „Süddeutschen Monatshefte“.

Im Verlauf von weiteren Fragen, die an den Zeugen (der übrigens außerordentlich schmer verständlich ist) gestellt worden, wurde u. a. festgestellt, daß der Zeuge früher Beiträge für die „Süddeutschen Monatshefte“ geschrieben hat, darunter einen Artikel, der für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen eintrat. Weiter wurde festgestellt, daß der Zeuge Thimme in dem vom R.-A. Dr. Hirschberg herausgegebenen Buch über den Fehrenbach-Prozeß geschrieben hat. In Professor Cohnmanns Haltung während des Fehrenbach-Prozesses trat für den Niederländischen Zeugen zutage, daß es ihm doch nicht allein darum zu tun war, die Kriegsschuld vor Gericht als solche zu entlarven, um der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, sondern daß er darüber hinaus das Ziel verfolgte, zur Bloßstellung und moralischen Diskreditierung der Roemerverbrecher von 1918 den Kampf gegen das, was man heute gemeinhin den Marxismus zu nennen pflegt, zu eröffnen; nicht auf die Bestimmung, sondern auf die moralische Entwurzelung der Sozialdemokratie schien die eigentliche Absicht dieses Vorkämpfers in der Kriegsschuldfrage gerichtet zu sein.

Der Zeuge Thimme erklärte, daß er dies auf seinen Eid nehme.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag, den 2. November, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 31. Oktober:

Rotenbühl: Vorklub: Funktionärsversammlung.

Schöna: Abteilungsleiter und Jugendleiter 7½ Uhr: Vorklub: Funktionärsversammlung in Jugendheim Eintracht. 8. Konferenz: 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht von der Parteileitung; 3. Bericht des Parteivorstandes; 4. Beschlüsse; 5. Tagesordnung für den Parteivorstand. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Walden: Jugendklub: 5 Uhr: pünktlich Sitzung im Jugendheim Eintracht.

Morgen, Sonntag, den 1. November:

Walden: Jugendklub: 7 Uhr: Schluß, 8½ Uhr: Schluß. 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht von der Parteileitung; 3. Bericht des Parteivorstandes; 4. Beschlüsse; 5. Tagesordnung für den Parteivorstand. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Walden: Jugendklub: 10 Uhr: Schluß, 11 Uhr: Schluß. 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht von der Parteileitung; 3. Bericht des Parteivorstandes; 4. Beschlüsse; 5. Tagesordnung für den Parteivorstand. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Walden: Jugendklub: 14 Uhr: Schluß, 15 Uhr: Schluß. 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht von der Parteileitung; 3. Bericht des Parteivorstandes; 4. Beschlüsse; 5. Tagesordnung für den Parteivorstand. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Schöna: Jugendklub: 10 Uhr: Schluß, 11 Uhr: Schluß. 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht von der Parteileitung; 3. Bericht des Parteivorstandes; 4. Beschlüsse; 5. Tagesordnung für den Parteivorstand. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Schöna: Jugendklub: 14 Uhr: Schluß, 15 Uhr: Schluß. 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht von der Parteileitung; 3. Bericht des Parteivorstandes; 4. Beschlüsse; 5. Tagesordnung für den Parteivorstand. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

Mollige Winter-Mäntel
Mk. 49.-, 54.-, 60.-, 70.-, 80.-, 100.-

Mollige Jünglings-Mäntel
Mk. 29.-, 34.-, 38.-, 41.-, 50.-, 60.-

Sportpelze v. 150.-, Gehpelze v. 225.-

Etamin-Halbstores mit gew. Einsatz . . . 2.45 165

Etamin-Garnitur Stellig 4.05 325

Engl. Tüll-Garnitur Stellig, schön. Muster . 8.50 675

Madras-Garnitur halbfarbig 8.75 495

Bettdecken 2bettig, Etamin u. Engl. Tüll . . . 11.75 850

Scheibengardinen Meter 85 65 45 Pt

Gardinen volle Breite Meter 1.20 95 85 Pt

Wachstuch 100 cm br., Mir. 3.00 2.50 2.-

Messing-Garnituren komplett 2.95

Angestaubte Bettdecken, Garnituren u. Halbstores

Moabit weit unter Preis.

Großer Teppich- und Gardinen-Verkauf

Besichtigen Sie bitte unsere Abteilung zu ganz besonders billigen Preisen! Bitte unsere Schaufenster zu beachten

| Teppiche | | Möbelstoffe | | Gardinen | |
|---|---------------------------------|---------------------|---|------------|---|
| Reform - Teppich gute Qualität | ca. 160/220 1975 | ca. 190/220 2675 | Gobelinstoff Verdarmuster, 130 cm breit | 675 | Etamin-Halbstores mit gew. Einsatz . . . 2.45 165 |
| Imit. Smyrna-Teppich | ca. 160/240 2975 | ca. 200/300 4850 | Madrasstoffe ca. 130 cm breit | 4.75, 8.95 | Etamin-Garnitur Stellig 4.05 325 |
| Bouclé-Teppich solides Gewebe | ca. 160/240 4950 | ca. 200/300 6875 | Tischdecken gewebt, in verschiedenen Mustern 12.80 | 795 | Engl. Tüll-Garnitur Stellig, schön. Muster . 8.50 675 |
| Pr. Velours-Teppich | ca. 160/240 6750 | ca. 200/300 8750 | Diwanddecken in Perser- und Verdarmustern | 1150 | Madras-Garnitur halbfarbig 8.75 495 |
| Brücken - Tapestry Velours, Axminster | ca. 160/240 2950, 3250, 2275 | | Wollene Schlafdecke | 14.75 | Bettdecken 2bettig, Etamin u. Engl. Tüll . . . 11.75 850 |
| Bettvorleger in Jute, Bouclé, Tapesserie, Plüsch, sehr preiswert | | | Mokketeplüsch ca. 130 cm breit | 950 | Scheibengardinen Meter 85 65 45 Pt |
| | | | Steppdecke doppelseitig, Satin, Handarbeit | 1975 | Gardinen volle Breite Meter 1.20 95 85 Pt |
| | | | Steppdecke mit Wollfüllung | 2850 | Wachstuch 100 cm br., Mir. 3.00 2.50 2.- |
| | | | Läuferstoff und Linoleum in großer Auswahl am Lager | | Messing-Garnituren komplett 2.95 |

Kaufhaus Gebr. Preuß

Beussel-, Ecke Hutten-, verl. Turmstraße Moabit

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr: Der Kaufmann von Venedig
Morgen: Schluck u. Jan Der Kaufmann von Venedig

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Algenbaron
Opernhaus am Köpenicker Platz
7 1/2 Uhr: Mignon
Schauspielhaus
8 Uhr: Haanibal
Schiller-Theater
8 Uhr: Weihnachts-einkäufe - Liebeslied

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr: Maskenball

Maskenball

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Der Kreidekreis
von Kläber und Hammerspiel
8 1/2 Uhr: Das Apostelspiel
von Max Mehl
Regie: Max Reinhardt

Die Komödie
Kurfürstendamm 207
8 Uhr: Gesellschaft
v. John Galsworthy
Regie: M. Reinhardt

Th. a. Nollendorfpl.
Täglich 8 Uhr: Der letzte Kuß
Epithon von Joh. Wenzler
Falk, Wenzler, Exand, Fida, Wenz, Mehl, Hill.

Sonntag nachm. 4 Uhr: Märchenvorstellung
Dornröschen.
Lustspielhaus
Heute 7 1/2 Uhr: Premiere
Fata Morgana & Perlmutter
II. Teil
Ordnung & Fortsetzung: P. He

SO. U. A.
8 Uhr: Internat. Varieté
Sonntags 3 Uhr zu ermäßigter Preis das volle Progr.

Komische Oper
Dir. James Klein
Größte Revue der Welt
Von **A bis Z**
Das Gewaltigste an Ausstattungspracht, was je auf einer Bühne gezeigt worden ist
46 Bilder! 300 Mitwirkende!
Das Tagesgespräch Berlins
Parkett 6.- M.
Preise 2.- bis 12.- M.
(Logen 15.- M.)
Vorverkauf im unterbr. geöffnet

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 5 - Tel. Hpt. 160 77.
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr zu halben Preisen
u. a. Wandelndes Glück
anderer Solisten u. Sänger aus dem Ausland

Reichshallen-Theater
Alte Friedrichstr. 10
Schauspielhaus
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brett!
Familien-Varieté.
Anfang 8 Uhr Sonntag 5 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
Little Tich Englischer Excentric-Komiker
Amarantina, der Stern Sevillas
sowie der große Oktober-Spielplan!
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr. halbe Preise
Rauchen gestattet

In allen Ufa-Theatern auch **Sonnabend**

3 Vorstellungen

5 Uhr 7 Uhr 9 Uhr

Großes Schauspielhaus
Kordien 2561 68

Für Dich!
Die große Choral-Revue (300 Mitwirkende) Tägl. 8 1/2 Uhr
Preise der Plätze: Parkett M. 5.- Balkon M. 4.-
1. Rang M. 3.- 2. Rang M. 1.50 Logen und Klub
sonst M. 7-12
Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags anstretend.

SO. TAGS: 2 Vorstellungen
nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen.

HALLER REVUE
Theater im Admiralspalast
„ACHTUNG! WELLE 505!“
II. Rang von 2 Mk. Parkett von 4 Mk. Logen von 8 Mk.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die ganze z. halben Preisen

Deutsches Künstler-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr: Gastspiel
Fritz Massary: Die Teresina
Central-Theater
8 Uhr: Trieschübel
Melopol-Theater
Letzte Woche!
Mamsell Angot!
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Ihre Robell die Thierin
8 Uhr:
Widwidinpetoyen
Neue u. alte Tänze
Sonntag, 7. Nov. Premiere
Nono Nanette
(Neu, kein Nanette!)

Th. am Kurfürstendamm
8 Uhr: Wenn ich wollte...!
Th. am Schiffbauerdamm
(Neu, Spitzbuben!)
8: Lady Fanny und die DienstbotenstraÙe
Wallner-Theater
Täglich 8 Uhr:
Fäden
Intimes Theater
Bühnenstr. 6, Tägl. 8 u. 10 Uhr.
Die Schuppen schälen
Sial Levy mit 9
Ist der größte
Herrnied- Schlager
seit 30 Jahren.

WALHALLA
Waldweg, 29. Kaufhof Platz

Heute und folgende Tage:
Größte in Berlin Ringkampf-Konkurrenz
40 Intern. Ringer 40 von Weltweit
Vorher: **Gr. Varieté-Tell**
Anfang 8 Uhr. Preise 1.-, 2.-, 3.-

Residenz-Th.
8 Uhr: **Circus Heirat**
Heisterberg, Sabo Engers, Manon! Ste. nachm. 3 1/2 Uhr.
Märchen-Vorstellung
inder K. Pr. Schenewitzchen

Thalia-Th.
8 Uhr: **Annemarie**
Lotte Neumann, Feldmann, Dora Bascit, Metoika
Heute nachm. 3 1/2 Uhr.
Kl. Pr. 2. Male
Märchen-Vorstellung
für Kinder
Aschenbrödel
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr.
Kleine Preise!
im w. w. 1000
Theater in der Kommandantenstr. 8 Uhr:
Annemarie v. Dessau
Marie Escher a. U.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr.
Kleine Preise!
Annemarie Dessau

Arterienverkalkung
Um Jahrzehnte verlängern Sie Ihr Leben, Einnehmen von **Apotheker Schuhs Cordol**
Wirkt herabstärkend, appetitanregend und blutreinigend. F. M. L. Zu einer Kur sind 5-8 Flaschen erforderlich. Zu haben in allen Apotheken, General-Vertretung für Berlin: C. Schmitz & Co., B.-Wilhelmsdorf, Babelsberger Str. 2
Man verlange den Ratscher für Kranke.

Berliner Konzerthaus
Täglich Mauerstraße 52 Täglich
Vier-Uhr-Kaffee (Promenaden-Konzert)
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag:
Gesellschaftsabend ♦ ♦ Tanz

Wandervoller Sealplüsch-Mantel 168⁰⁰
mit reicher Pelzgarnierung (wie Zeichnung) . . . nur
Fisches Glockenkleid 297⁷⁵
aus vorzüglich reinwollen. Ga-
bardine (wie Zeichnung) nur

Sebenswort und in riesiger Auswahl:
Astrachan- und Uralkrimmer-Mäntel
48.- 49.75, 59.-
Wollplüsch- u. Sealplüsch-Mäntel schwarz u. braun
69.-, 79.-, 89.-, 99.-, 118.-, 143.-, 163.-
Flausch-Mäntel 16.75, 19.75, 23.75, 36.75
Affenhaut-, Tuch- u. Mouliné-Mäntel
19.75, 22.50, 36.-, 49.75
Kindermädchen-Mäntel.

W. Bernhard Nacht.
Berlin, Belle-Alliancestr. 105 u. 101 direkt am Hallesch. Tor

Peek & Cloppenburg
Berlin C / Gertraudenstraße 25-27

Gestreifte Beinkleider

Ausgestellt im Schaufenster 13, Roßstraße

| | |
|---|--|
| 30764 Dunkelfarbiges Beinkleid mit ruhigem Streifen M. 9 ⁵⁰ | 30750 Besonders kräftiges Beinkleid aus grauem Cheviot, mit ruhig. Streifen, M. 21.- |
| 30780 Beinkleid, schwarz mit breiten, grauen Streifen M. 11.- | 30779 Warmes Beinkleid aus dickem, velourartig. Stoff, m. schwarzgrauen Streif., M. 24.- |
| 30577 Haltbares, strapazierfähiges Beinkleid aus grau-modelfarbigem Stoff . . M. 15.- | 30778 Sehr gutes Beinkleid, gleichmäßig schwarz und grau gestreift M. 29.- |
| 30801 Mittelgraues Beinkleid mit weißen und grauen Streifen M. 17.- | 30777 Elegantes Beinkleid mit breiten schwarzen und grauen Streifen M. 32.- |

Sport-Beinkleider
Breeches, Pumphosen
Lange Beinkleider aus Loden, Cord, Manchester
Sport-Schuhwaren

Fertig am Lager



Peelzhaus
Leipziger Str. 58
verkauft
Pelzmäntel, Pelzjacken, Schals, Füchse, Wölfe
auf Teilzahlung!

Garderobe
für Damen und Herren
Teilzahlung!
Große Auswahl
Gross
Gr. Frankfurter Str. 141, 1
Kastanien-Allee 103

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Netto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1.
Falsch-Kaufmännische

Er und Du



Kraftproben beweisen Deine Zähne und Elastizität, die „Du“ nötig hast, um in allen Lebenslagen Deinen Mann zu stehen. Energisches Draufgehen ist gegenwärtig oft unermesslich und um so erfolgreicher, je schneidiger „Du“ vorgeht. „Du“ bist im Weistreit wie „Er“ jederzeit überlegen, wenn „Du“ Dich mit Dr. Schröder's Aufbausalz gesund und frisch erhält.

Die tägliche Keinen Drogen Dr. Schröder's Aufbausalz machen es Dir leicht dabei nur:

Täglich **2x1** = **1** ganzes Leben Jugend!

„Das Salz des Lebens“ ist ein vitaminhaltiges Nährsalz-Präparat, hergestellt nach den neuesten Erzeugnisse der Vitamin-Nährsalz-Wissenschaft.

Es schafft gelundes, allseitiges Blut.
Es behebt Müdigkeit, Unspannung, Anlauf, Depression.
Es kräftigt Nerven, Muskeln, Haarwurzeln, Zahngewebe.
Es erneuert die Zellen und Gewebe.
Es fördert die Verdauung, den Blutumlauf, Stoffwechsel.
Es reinigt Nieren, Leber, Darm und Blase.
Es bindet überschüssige Säuren im Blut u. in den Organen.
Es gibt Kraftgefühl, Frohinn, Wohlbehagen.
Es ist geschmacklos, geruchlos, angenehm zu nehmen.

Dr. Schröder's Aufbausalz
einzige physiologische Ergänzungs-Nahrung (ges. gesch.) zeigt überraschende Erfolge bei allen Zuständen.

Originalglas Mk. 2.50 10r (3 Monate ausreichend).
In Apotheken und Drogerien zu haben, sonst durch
„Vita“ Vertriebs- u. Handelsgesellschaft, Berlin SW 48
Besselstr. 19, i. Stock, Ecke Charlottenstraße. Telefon: Dönhof 349
Unsere neue Packung!
Klein-Kur M. 1.-

WOHLFFEILE - WOCHE

Beginn Montag, den 2. November

Wir bringen Waren aus fast allen Abteilungen, die sich durch ihre Preiswürdigkeit schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest ganz besonders eignen

Vorverkauf:

Heute Sonnabend

HERMANN TIETZ

Auf Teilzahlung

kaufen Sie bei uns bei kleinster Anzahlung und bequemsten Raten



Herren- und Damen-Bekleidung

fertig und nach Maß zu konkurrenzlos billigen Preisen
Besonders große Auswahl in Übergangs-, Winter- und Regen-Mäntel

Größte Rücksicht b. Krankheit u. Arbeitslosigkeit.

Central - Garderobenhaus
nur Weinmeisterstr. 3.

Teilzahlung

bei ganz kleiner Anzahlung und leichtester wöchentlicher oder monatlicher Teilzahlung

**Möbel
Teppiche**

**Schlaf-, Speise-,
Herren-Zimmer**
In großer Auswahl und allen Holz- und Stülarten
**Klub - Garnituren, Einzel-
möbel, Bettstätt., Küchen-
und Kleiderschränke**

Teppiche
Brücken, Läufer, Läuferstoffe,
Linoleum-Läufer
Gardiner
Halbstores, Bettdecken Diwan-
decken, Steppdecken, Fertige
Betten

Mein seit 25 Jahren durchgeführtes Prinzip ist, den Kunden stets wirklich gute Waren zu niedrigen Preisen u. günstigen Zahlungsbedingungen zu liefern. - Kostenlose Lagerung - Besichtig. lohnend. - Freie Lieferung.

BEISER

Norden: Lothringer Straße 67. / Osten: Frankfurter Allee 336.

Billig verkauft
mit kleinen Raten

Möbel jeder Art
Teilzahlung oder bar
Möbel-Gross

Große Frankfurter Straße 141
Kastanienallee 103 (a. d. Hochbahn)



Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, Stahl-
matratzen auch mit Zubehör frachtlos
an Private seit 1911. Viele Tausende
Jahreschreiben und Nachbestellungen.
Bequeme Bedingungen. Katalog 650 frei.
Eisenmöbelabrik Suhl (Thür.)

Eröffnung der

Spielzeug - Ausstellung

Das Paradies der Kleinen!

Bedeutend vergrößert
im Neubau der I. Etage!
über 1100 qm Ausstellungsraum

Wir zeigen ganz einzigartige hervorragende Sortimente der gesamten Spielwaren-Industrie / Uebersichtliches Arrangement gewährleistet eine äußerst bequeme und vorteilhafte Wahl / Ueberraschen werden die niedrigen Preise!

Sonder-Ausstellung: Jugendschriften, Bilderbücher, Klassiker, Romane, Novellen, Geschenkwerke usw. Modernes Antiquariat - Restauflagen zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Extra-Verkauf in Porzellan, Steingut u. Emaille

Verkauf im Lichthof!

Ble, die Auslagen in unseren Schaufenstern zu beachten!

Verkauf im Lichthof!

H. Joseph & Co, NEUKÖLLN

Berliner Straße 51-55

Locarno vor dem Landtag. Brauu und Heilmann gegen die Deutschnationalen.

Der Preussische Landtag verabschiedete am Freitag zu Beginn der Sitzung zunächst die Vorlage über die Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau der Schnell-Dampfer-Linie Swinemünde-Pillau und die Umrüstung verschiedener Parteien zur Befreiung der Küste der Ostsee...

Abg. Köhle (Soz.)

einen Rückblick auf die Regierungskrise und betonte, daß trotz der Hege gegen den Ministerpräsidenten das Ministerium Braun heute in Preußen fester dastehe wie je. Die Deutschnationalen hätten bis jetzt mit ihrer Politik im Innern wie nach außen ein geradezu klägliches Fiasko erlitten. Im Innern haben sie mit einer untragbaren Zoll- und Steuerpolitik eine bedenkliche Wirtschaftskatastrophe heraufbeschworen...

Abg. Baeder-Berlin

eines der Hauptwortführer der Deutschnationalen, einen Vorstoß gegen die Staatsregierung. Er griff zunächst den Ministerpräsidenten an, weil dieser nicht genügend für den Schutz der Landwirtschaft eingetreten sei. Die insofern heute einer Katastrophe zuleide. Dann kam Baeder auf sein eigentliches Thema, um dessen Wurzeln er sich zum Wort gemeldet hatte: Locarno. Nach seiner Ansicht sind die im Reichskabinett vereinbarten Richtlinien...

Ministerpräsident Braun

nimmt unumwunden das Wort, um die im Verlauf der Debatte erhobenen Vorwürfe gegen das Staatsministerium zurückzuweisen. Wegen der ungerechten Grenzziehung an der Weichsel wird mit Polen noch verhandelt. Den Wünschen Ostpreußens soll Rechnung getragen werden. Die Wünsche Ostpreußens unterstütze ich schon aus heimatischem Gefühl heraus. Die Lage der Landwirtschaft ist gewiß sehr ernst. Man hat meine Warnungen, daß nicht die Zölle, sondern die Kredite die Rettung sind, in den Wind geschlagen...

Dreiklassenhaus von konfessionellen Abgeordneten, wie z. B. dem Abg. Hammer gehalten. In der landwirtschaftlichen Kreditfrage, fährt der Minister fort, haben wir in Preußen uns dagegen gewendet, daß die Kreditanstalt durch einfache Verordnung eingeführt werden sollte. Auch die geplante Zusammensetzung der Verwaltungsbehörden fand nicht unseren Beifall...

Verhandlungen von Locarno:

Über auf dem Standpunkt steht, daß über kurz oder lang Konflikte nur mit Waffengewalt entschieden werden können, verfrüht mit einer solchen Auffassung gegen den Geist des Völkervertrages. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß Differenzen unter den Völkern für alle Zeit nur auf dem politischen Wege ausgeglichen werden müssen, sondern ich bin der Meinung, daß auch diese Streitigkeiten im Wege des Rechts entschieden werden können...

Als der Kurier von Locarno bei der Reichsregierung eintraf und über die Verhandlungen berichtete, da kam von den deutschnationalen Ministern kein Widerspruch und er ist nach Locarno zurückgefahren mit dem Eindruck, daß abgeschlossen werden kann. (Widerpruch rechts.) Ich möchte die Deutschnationalen um und den Mittelparteien die unendbare Aufgabe überlassen, den Pakt anzunehmen. (Rufe rechts: Lehnen Sie ihn doch ab!) Ich werde den Eindruck nicht los, daß es bei den Deutschnationalen innerlich jetzt so aussieht, wie früherzeit in Weimar, als man vor der Frage stand, ob man den Versailler Vertrag unterzeichnen soll oder nicht. Damals haben Ihre Parteifreunde (nach rechts) vor der Möglichkeit gezögert, daß der Vertrag abgelehnt werden könnte und dann die alliierten Truppen einzuziehen würden...

Abg. Heilmann (Soz.):

führte die Abrechnung mit den deutschnationalen Konterrotteuren, die der Ministerpräsident begonnen, unbarmherzig und ohne Schonung zu Ende. Zunächst wurden Herr Labendorff von der Wirtschaftspartei und Herr Wulle von den Völkischen mit ein paar knappen, deutlichen Antworten bedacht. Herr Labendorff, der für die Mißere des Mittelstandes die Weimarer Koalition verantwortlich macht, hat unvorsichtigerweise selbst erklärt, daß die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes nur gegründet worden sei, um die Weimarer Koalition zu bekämpfen. Diese Erklärung, stellte Heilmann fest, ist etwas Neues; wir sind für diese Erklärung dankbar. Herr Wulle hatte sich im Verlauf seiner Ausführungen auf den Gedanken nachgelassen, daß die Staaten...

nur durch die Kräfte erhalten werden, durch die sie gegründet wurden. Das trifft, betont Genosse Heilmann, dann auch für das neue Preußen zu. Auch dieses kann nur erhalten werden durch die Kräfte, die es geschaffen haben, insbesondere die Kräfte der preussischen Arbeiter. (Sehr richtig bei den Soz.)

Nach Labendorff und Wulle kam Herr Bäcker an die Reihe; Herr Bäcker, fährt Genosse Heilmann fort, daß gesagt, wir ständen vor oder innerhalb einer wirtschaftlichen Katastrophe, die schwerer sei als alles seit der Revolution Erlebte. Wenn mir früher vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten standen, dann war die sozialdemokratische Regierung daran schuld. Jetzt steht eine Wirtschaftskatastrophe vor der Tür, jetzt — nachdem die Sozialdemokratie seit fast zwei Jahren nicht mehr in der Reichsregierung vertreten ist. Will Herr Bäcker jetzt seine früheren Vorwürfe an Hand seiner eigenen Ausführungen zurücknehmen? — Herr Bäcker hat sich darauf berufen, daß ich im Hauptausschuß sagte, die Zölle kämen nur dem Handel zugute. Nun, die Entwicklung hat mir recht gegeben. Durch die Geldnot ist die Landwirtschaft gezwungen, rascher zu verkaufen, als der Handel bei seiner heutigen Kapitalkraft aufnehmen kann. Infolgedessen stürzen die Preise und der Landwirt hat von den Zöllen wenig Nutzen. Das ändert natürlich nichts daran, daß die Zolltarifgesetzgebung vor allem ein Versuch der Großagrarien war, sich die Taschen zu füllen. Nur das eine ist richtig, daß dieser Versuch bisher mißlungen ist. In jedem Falle aber, gleichviel, ob Großgrundbesitz oder Handel gewinnen — der Konsument ist aufs schwerste benachteiligt. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben gesagt: die Landwirtschaft kann nicht alles zugleich haben; entweder Kredit oder Zölle. Sie (nach rechts) haben die Zölle gewählt und deshalb haben sie jetzt kein Recht, über mangelnde Kredithilfe zu klagen, ganz abgesehen von den manchmal nicht sehr klaren Verwendungszwecken der Kredite, auf die der Herr Ministerpräsident bereits hingewiesen hat. Herr Bäcker hat gemeint, im Fall Reudell sei ein Unrecht gutgemacht worden, denn die führenden linksstehenden Reichsminister hätten ihn nicht befördert. Aber wieviel Unrecht ist dann gegenüber der Sozialdemokratie gutgemacht, die von der Reichsgründung bis 1918 von allen Beamtenstellungen ausgeschlossen blieb. Im übrigen vergißt Herr Bäcker, daß die Empörung über die rasche Beförderung Reudells darauf beruht, daß man ihn, auch in den Kreisen der deutschnationalen Beamten, für gänzlich ungeeignet hält. (Hört! hört! bei den Soz.) Herr Bäcker hebt hervor, daß Innenminister Schiele in den neun Monaten seiner Amtsführung sehr wenig Personalveränderungen vorgenommen habe. Der Grund ist sehr einfach. Der Vorgänger von Herrn Schiele war Herr Dr. Jarres und die Deutsche Volkspartei hat eben für die Deutschnationalen auch hier schon soviel getan, daß Herrn Schiele zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Jarres hat bereits die politische Abweisung des Herrn Ministerialdirektors Brecht aufgehoben, hat bereits Herrn Ministerialdirektor Falk in ein Nebenamt kalgestellt. Was sollte Herr Schiele noch tun? — Mit viel Vergnügen hören wir Herrn Bäcker erklären, daß die Deutschnationalen Volkspartei gegenwärtig an der Regierung Preußens desinteressiert sei. Dem Fuchs hängen die Trauben zu hoch und deshalb sind sie ihm zu sauer. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Bäcker glaubt, die wirtschaftliche und kulturelle Gemeinsamkeit zwischen Deutschnationalen und Zentrum werde eines Tages diese Parteien zusammenführen. Versteht er unter kultureller Gemeinsamkeit die vom Evangelischen Bund und Katholikentag, unter wirtschaftlicher Gemeinsamkeit die der Christlichen Gewerkschaften und des Bundes der? (Stürmische Heiterkeit.) Und nun zu dem Vertrag von Locarno! Ich muß schon sagen:

wenn einer von uns über einen Vertrag des Deutschen Reiches mit einer auswärtigen Macht so gesprochen hätte wie hier Herr Bäcker, dann würde uns nicht nur der Vorwurf gemacht worden sein, daß wir Landesverrat treiben, sondern es wäre ganz bestimmt von rechts der Zwischenruf gekommen, was uns Frankreich für diese Rede bezahle. (Sehr gut links.)

Wir sind von solchen Unterstellungen weit entfernt, obwohl die Rede Herrn Bäckers recht bedenklich war. So ist es sehr bedenklich, wenn er die Präambel des deutsch-polnischen Schiedsvertrages, in der steht: 'Die Rechte beider Parteien können nur mit Zustimmung der beiden Parteien geändert werden', dahin ausdeutet, daß darin eine Gebietsgarantie läge. Ich kann mir wohl denken, daß Polen versuchen könnte, diesen Satz so auszu-deuten. (Sehr richtig! links.) Evident ist es, wenn Herr Bäcker von vornherein bezweifelt, ob England seine Garantie wirklich zweiseitig gegeben habe. Bedenklich ist es, wenn er der Erläuterung zu Artikel 16 des Völkerbündnisvertrages einen Sinn gibt, von dem er sagt, es sei der Sinn, den nicht die deutsche Regierung, aber die Vertragsgegner der neuen Abmachung belegen würden. Herr Kollege Bäcker sagt, er sei zu seiner Kritik gezwungen, denn er könne nicht verzichten auf deutsches Land. Aber schafft denn Herr Bäcker damit aus der Welt, daß die deutschnationalen Minister mit Zustimmung der deutschnationalen Reichs-

Um unser junges Unternehmen

auch in den weitesten Kreisen bekanntzumachen, veranstalten wir ab heute

WERBETAGE

Strengste Reinheit, unübertreffliche Preiswürdigkeit bei nur guten und besten Qualitäten vergrößern täglich unsern Kundenkreis. Bitte, besuchen Sie uns und überzeugen Sie sich selbst in Ihrem eigenen Interesse ohne jeden Kautzwan, und wir werden auch Sie bald zu unseren steten Kunden zählen.

Seiden!

Wollwaren!

Neuheit! Metallglanz in allen Breiten in groß. Anzw.

- Kleiderseide doppelt breit, im großen Sortiment 3 90
Crêpe de Chine doppelt breit, gute Qualität 5 50
Eolienne Wolle, mit Seide, doppelt breit, halbhare Ware 4 90
Foulardine doppelt breit, Makoware für Kasacks und Futterwecke 2 75
Eolienne bedruckt, wundervolle Muster 4 25

- Strümpfe schwere Kunstseide, in allen modernen Farben 1 95
Strümpfe reine Wolle, bewährte Qualität 2 65
Herren-Garnituren farbig, gute Mako-Qualität 4 90
Herren-Hemden wollgemischt, vorzüglich im Tragen 2 35
Schlüpfer marine, trikot, mit angew. Futter, Gr. 45, jede weit Gr. 15 PL mehr 1 65

Gelegenheitskauf! Ein Posten Mengers-Samt-Reste, in vielen modernen Farben 4 25

Damen-, Herren-Strickwesten in großen Sortimenten, von den billigsten bis zu den besten Qualitäten

Kleiderstoffe

- Gabardine reine Wolle, 120 cm breit, schön weiche Qualität 3 90
Rips reine Wolle, 120 cm breit, gute Qualität, marine 4 75
Popeline reine Wolle, doppelt breit, gute Qualität 2 25
Cheviot reine Wolle, doppelt breit, halbhare Ware 1 65
Schotten schone Dessins 95 Pf.
Schotten doppelt breit, aparte Farbstellungen 1 65

Neuheiten in Papillons-Veours-Schotten Ottomans-Epinglès zu unübertrefflich billigen Preisen

Damen-Konfektion

- Eolienne-Kleider Wolle mit Seide, Volant und Rückengarnierung 1 75
Cheviot-Kleider reine Wolle, aparte Applikation und Knopfgarnierung 9 25
Popeline-Kleider reine Wolle in all. mod. Lichtfarben, mit elegant. Falten u. Brokatbesatz 1 290
Flausch-Mäntel schwere Qualität, mit und ohne Biberstülplisch und Applikation 9 75
Velours-Mantel moderne Form, Seidenfallen und Seidenlackerei 1 975
Mantel aus Velours de laine, reine Wolle, Glockenform, halb auf Seidendamasen, in allen modernen Farben 3 900

Größte Auswahl in Seal-Mänteln auf Seidendamasen, Damascen-Foulard, ganz gefüllt.

tagsration diesen Bericht nicht nur ausgesprochen, sondern den Westmächten schriftlich notifiziert haben. (Hört! hört! links.) Vor mir liegt die Note vom 20. Juli. Darin heißt es wörtlich: „Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in der deutschen Anregung skizziert wird, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge. (Hört! hört! links.) Das ist am 20. Juli mit der Unterschrift der deutschnationalen Minister den Unterhandlungsgegnern mitgeteilt worden. Meine Herren auf der Rechten, haben Sie denn wirklich nicht begriffen, was Sie am 20. Juli angeboten haben? Herr Bäder beklagt sich, daß in dem Vertrag keine Sicherheit für das Rheinland gegeben sei. In der Note vom 20. Juli steht sehr deutlich: „Wenn die alliierten Regierungen hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Belegung deutscher Gebiete nicht berühren würde, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer

Änderung der Belegungsbestimmungen abhängig gemacht hat.“ (Hört! hört! bei den Sozialisten.) Wenn man das am 20. Juli mitteilt, wie kann man dann erwarten, daß drei Monate später das beim Abschluß des Vertrags doch durchgeführt wird? Nun hat Herr Bäder gesagt, die Deutschnationalen seien aus der Reichsregierung ausgeschlossen, um zu sehen, ob sie nicht doch eine Änderung des Vertrages von Locarno durchsetzen könnten. Herr Bäder muß wissen, daß die deutsche Regierung eine solche Änderung nicht beantragen kann und darf, weil Luther und Stresemann ihr Wort dafür verbürgt haben. Wenn ein Vertrag vorläufig paraphiert und von den Staatsmännern signiert ist, so bedeutet das, daß bis zu seiner Ratifikation über eine Abänderung des Vertrages nicht mehr verhandelt wird. Was die Deutschnationalen angeblich beabsichtigen, ist etwas Sinnloses und kann daher nicht der Grund ihres Regierungsaustrittes sein. Die Deutschnationalen wußten, was Stresemann feinerzeit angeboten hatte, er bot an: Grenzgarantie. Er bot den Franzosen an, für ewige Zeiten das Versprechen zu geben, daß Deutschland die deutsch-französische Grenze nicht mehr ändert. (Zuruf: Nicht mit Gewalt!) Es genügt, wenn wir sagen, Stresemann bot den Franzosen einen Nie-Wieder-Krieg-Vertrag an und erhoffte von dieser Lösung der Sicherheitsprobleme

das Entgegenkommen in den Fragen des Rheinlandes und des Saarreviers. Die Deutschnationalen mußten dieses Vorgehen Stresemanns entweder billigen oder sie mußten aus der Regierung heraus. Sie haben keines von beiden getan. Sie haben durch sechs Monate eine zweideutige Haltung eingenommen. Alle ihre jetzigen Redensarten über das große Morgen, auf das sie nicht verzichten wollen, sind widerlegt durch ihre Unterschrift unter die unbestreitbar vorliegenden Akten. Locarno ist der Beginn einer neuen Zeit, in der Leute wie die Deutschnationalen, die ewig in die Vergangenheit starren, niemals Führer sein können. (Starker Beifall links.) — Das Haus vertagt sich auf Montag 12 Uhr: Weiterberatung, Kultushaushalt.

Aus der Partei.

„Wir sind jung und das ist schön.“ Der Arbeiterjugend-Verlag schreibt uns zu dieser Notiz in unserer Nr. 497, daß dieses, von Jürgen Brandt gedichtete Lied von W. Engler-Hamburg vertont worden ist. Es existieren allerdings in Deutschland und Oesterreich mehrere Melodien von diesem Gedicht, so daß auch Genosse Heinrich Schöpf-Wien eine dieser Melodien geschaffen hat.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Einäscherung meiner lieben Frau und guten Mutter, unserer Groß- u. Schwiegermutter
Emilie Bäumlner
sagen wir allen, welche ihr die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sage allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines hochgeliebten Vaters innigsten Dank.
1931
Wwe. Martha Cerezyk.

Ortsrententasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin

Die von den Organen unserer Tasse beschlossene 22. Abänderung der Satzung ist vom Dienstprüfungsausschuss genehmigt worden. Hiernach wird der Beitrag im § 44 vom 1. November ab ab von 6 auf 5% Proz. des im § 16 festgesetzten Stundenlohnes herabgesetzt.
Berlin, den 29. Oktober 1925.

Der Vorstand
Alfred Fornsberg Alfred Ekström
Vorstand Schriftführer

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Betriebsräte der Gruppe 7, Untergruppe 21 und 22.
Montag, den 2. November, abends 7 Uhr, im Jugendlokal des Verbandshauses, Clauenstr. 83-85.

Sitzung der Betriebsräte.

Tagungsordnung: Bericht von der Delegiertenversammlung vom 4. Oktober. Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Gruppenleitung.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten gleich zu Prov. Kat. 690 fr. Eisenmöbelfabr. Subi Thür.

Erfolg
haben Inserate
Vorwärts

Stoffern

Jachthellung!
Dauererfolg!
Ganz neue Systeme!
Prof. Dr. G. Kädel
Wilmersdorf, Brandenburgerstr. 18

Möbel

Kredit
sehr günstig

bei
Cannitzer

Schönb. Allee 82, I
am Bahnh. Nordring.

Gardinen

Sonderangebote u. Gelegenheits-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken
Madrassen und
Wandgardinen.
Special-Gardinenverkauf!
Neubölln. Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Gummi-Mäntel

für Herren, Damen u. Kinder, vorrätig u. nach Maß
Pelzwaren u. Wadjacken
Reparaturen.
Spezialgeschäft
Weinheber, Polstr. 1,
a. d. Gertraudenstr.

Inferieren

bringt ERPOLGI

Gratis-Gabe:

Sie erhalten sofort und gänzlich kostenlos eine Original-Tube Lován-Creme, eine Schönheits-Creme von ganz unerreicht guter Wirkung auf die Haut und feinstem Parfüm, wenn Sie uns Ihre Adresse mitteilen und eine leere Faltschachtel von einer Tube Kaliklora-Zahnpasta mit einsenden. Zweck dieser recht kostspieligen Reklame ist, Sie zum Gebrauch der Kaliklora-Zahnpasta zu veranlassen und Ihnen gleichzeitig durch Gratisgabe die Güte der Lován-Creme zu beweisen. Wir riskieren trotzdem nichts, denn Sie werden beide Präparate dauernd gebrauchen, wenn Sie sie erst einmal kennen werden. Also machen Sie von unserem Anerbieten Gebrauch und senden Sie uns Ihre Adresse, wie folgt: 1 Couvert an uns adressieren, hinten Absender deutlich aufschreiben und die leere Kaliklora-Faltschachtel geknickt oder durchgeschnitten einstecken, 3-Pfg.-Marke aufkleben und „Drucksache“ daneben schreiben. Jeder Absender erhält nur eine Tube Lován-Creme. Einsendungsschluss-Annahme 15. November 1925.

Queisser & Co., G. m. b. H., Hamburg 19a / Kaliklora-Fabrik.

Mitglieder der Ortsrententasse der Schlosser und verw. Berufe

Montag, 2. Nov., nachm. 5 1/2 Uhr, im Verbandslokal, Eichenstraße 83-85, Gartenzoohof.
Tagungsordnung: Aufstellung der Delegierten zum Ausschuss der Ortsrententasse der Schlosser und verw. Berufe.
Der Vorstand: J. E. R. Krüger.
Dieser Rententafelbuch ohne einen Bescheidungsbeschluss des Reichsgerichts, daß der betreffende Mitglied der Ortsrententasse der Schlosser ist, kein Eintritt. 116/19

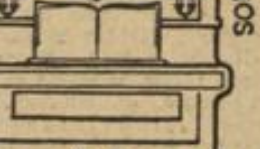
Innungskrankenkasse der Juweliere, Gold- u. Silberschmiede (Zwangsvorstellung) zu Berlin

Einladung zur ordentlichen Ausschusssitzung am Sonnabend, 7. November 1925, abends 7 1/2 Uhr, im „Oranienhofischen Vereinshaus“, Alexanderstr. 44.
Tagungsordnung:
1. Beratung des Protokolls, 2. Bericht über das Jahr 1924, 3. Wahl von drei Rechnungsprüfern für Jahresabschluss 1925, 4. Satzungsänderungen, 5. Beschlüsse.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand:
Kaz. Reif. Ber. Hugo Herz, Schellstr.

Zahlungs-ERLEICHTERUNG

Lieferung schon nach Einlösung der 1. Rate.

STANDARD-QUALITÄTS-PIANOS



DEMUSIN
PIANO-FABRIK
BERLIN O 27
BLUMENSTRASSE Nr. 70
Besuchen Sie uns oder verlangen Sie sofort kostenlos „PIANO“-Offerte — Katalog mit Zahlungsbedingungen.

Nerven

leiden, Schlaflosigkeit, nervöse Herz- u. Magenbeschwerden
„Baldramon“
die natürlichste Medizin zur Nervenberuhigung und Stärkung. Große Erfolge seit 30 Jahren. Fl. M. 2.50
In Drogerien und Apotheken, samt bei Otto Reichel, Berlin, SO, Eichenbahnstr. 4

Rontgenbedarf

L. JUERGENS
Alexanderplatz

Unser Teilzahlungssystem

bietet jedermann Gelegenheit, sich auf leichteste Art bei allerkleinster Anzahlung mit
Herren-Garderobe
aus modernsten Qualitätsstoffen, erstklassiger Verarbeitung, garantiert guten Sitzes einzudecken.

Elegante Anzüge 42 55, 65, Moderne Paletots 80 Mk.
Burschen-Anzüge, Damenmäntel, Sportanzüge, Regenmäntel usw. fabelh. billig. Jeder Käufer erhält die Waren sofort ausgehandelt.

SCHERZER & BROH
Andreassirasse 5 | Zweig-
geschäft
Planlagenstr. 43
E. Breslauer Str. (a. Schien. Bhl.) | Ecke Reinickendorfer Straße (Wedding)
Mitglied des Reichsverbandes des kreditgebenden Einzelhandels.
Auf Wunsch kommt fachmännischer Vertreter ins Haus!
Telephon: Königsstadt 6415

ACHTUNG!!!

Grosser Ultimo-Verkauf
Möbel, Pelze Konfektion
nur bei
ADLER, Invalidenstr. 5
Eingang Ackerstraße, I. Etage, v.
Tel.: Humboldt 782

1/2 lb nur 50³

Kinderzeitung
"Der kleine Coco"
oder Lachzeitung
"Fips" gratis.

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Es herrscht die Rahma-buttergleich,
Im großen Fett- und Butterreich,
Weil sie von feinsten Butterart,
Und weil durch sie man täglich spart.

5 Ultimo Angebote

Preise gültig bis zum 3. November

Für slächtige Figuren! Nur beste Qualitäten!
Jugendliche Formen!

Velours de laine Mäntel, mit und ohne Pelz ... 89,-
Sealplüschmäntel, unsere Spezialität ... 85,-
Pelzmäntel, beste Kürschnerarbeit ... 140,-
Dübereite, Krimmer, Astrachan-Mäntel ... 49,-
Gesellschaftskleider, flotte Aufmachung ... 27,-

Modelle in allen Abteilungen
spottbillig!

Extra-Abteilung:
Trauermagazin

Sealplüsch-
Mantel 120,-
mit Ausführung
mit erst. Pelz

Westmann
Mohrenstr. 37 a. Fr. Frankfurterstr. 115

Die Augen.

Von Eugen Samjatín.

„Du — Hund.“
Das räudige Fell war ehemals vielleicht weiß. Im Schwanz, in den Hängeohren sahen für immer eingefressen Ketten. Ein Ohr ist umgedreht — und er mocht nicht einmal einen Versuch, es zu spigen.

Du hast keine Worte: Du kannst nur winseln, wenn man dich schlägt; bis zur Heiserkeit dessen, wenn dein Herr es befiehlt; und nachts gegen den grünen, bitteren Mond heulen.

Aber die Augen... warum hast du so herrliche Augen? Du hebst die Augen und blickst mit ihnen in mein innerstes Wesen, wir sprechen Auge zu Auge, und ich weiß: du bist alt und weise, weiser als wir alle. Ich weiß, du warst Mensch, und du wirst es wieder sein. Aber wann denn?

Der greise Herr hielt dich an der Kette, hielt dich in einer schmutzigen Hütte. Du ledest Spülwasser aus einem schmutzigen Stalle. Du frähest die Abfälle. Und du hütetest eifrig das Herrngut.

Erinnerst du dich: ein heißer Tag, ein Wagen in der Mitte des Hofes, hochbeladen mit Teppichen, geschirrt — er fuhr weg. Du wartetest, über den Hof ging eine rotbrünette Truthenne, guckte mit einem Auge auf den Hahndacht am Himmel, sammelte die Rüden unter den Flügeln. Der Schatten des Wasserfasses troch über deine Hütte: der Wagen lehrte immer noch nicht zurück. Und erinnerst du dich: am nächsten Morgen sahest du so ein rotbrünniges Rüden, bistest zu — und an der Hütte blieben nur noch weiße rotbesprenkelte Federn.

Und wie dich dann der Herr mit der zweischwänzigen Peitsche über die Augen schlug! Ganz nahe war dir sein dickes Gesicht, aber du wagtest nicht zu beissen: er war der Herr. Und nur aus deinen Augen schossen stille Hundetränen und hinterließen gelbe Ränder von den Augewinkeln zu der Schnauze.

Und des Morgens — erinnerst du dich? — da trochst du, die Schnauze auf der Erde und die Rutte zwischen den Beinen, durch den Schmutz dem Herrn entgegen und ledest ihm die Hand. Und als er dich gnädig tätschelte, — da fallest du freudig auf den Rücken — verzickst! Und du wedeltest mit dem Schwanz und strecktest die Beine in die Luft und schütteltest die Kette und zeigtest deine ganze knechtische Seele: du hattest vergessen, daß du Mensch bist.

Du machst die Zeit von der einen Schale mit Hundefraß zur anderen. Die Sonne — ein feuriger Hund mit rotem Rachen — atmete mit ihrer Blut direkt auf dich. Nicht imstande, den räudigen Pelz abzuwerfen, erstichst du dein Auge, sagst in deiner Hütte wie tot, und einzig die heraushängende Zunge lebte, zitterte.

Aber da kam auf den Hof — erinnerst du dich? — ein schwächlicher finnischer Mensch. Und du vergahest alles, bäumtest dich hoch — die Kette würgte dich — knurrtest und belltest wütend mit Schaum an der Schnauze: der Finnige war ein Fremder, ein Feind des Herrn, obgleich er zusammen mit ihm in den Hühnerstall, in das Haus, in den Wogenschuppen ging.

Du hattest deinen greisen Herrn nicht wieder gesehen, er war plötzlich verschwunden, wie für dich plötzlich jeden Abend die Sonne hinter dem Fuhrparkschuppen verschwand. Am Morgen — erinnerst du dich? — brachte dir schon jener Finnige die Schale; darin lag ein Stück saules Fleisch. Knurrend verschlangst du es und trochst durch den Staub, den Bauch auf der Erde, wie ein Wurm zu ihm und ledest ihm die Hände — demselben, gegen den du gestern so wütend gebellst hattest: jetzt war doch er, der Finnige, der Beherrscher der Schale. Und ist es nicht gleich, wer über dich herrscht? Wenn nur die Schale voll ist.

Dein neuer Herr war ein lustiger Kerl. Abends — erinnerst du dich? — auf dem Hof roch es nach Milch, die Hühner sahen auf ihrer Stange und dich neckte er mit einem Stückchen Zucker und schrie: mach den Diener! Und du hobst deine Augen, deine menschlichen Augen wie zum Himmel — zu dem speicheligen Stückchen Zucker und tanztest schwermüdig auf den Hinterpfoten. Erinnerst du dich an die Abende? Als man dich von der Kette los ließ und zum Spaß auf die Kette behnte: soh sie! Und einmal — du wirst es nie vergessen — blieb die Kette in der Fuge unter dem Jaun stecken — ein Sprung und knurrend schüttelst du schon den Kopf und vergrubst deine Zähne in den Bauch der Kette, und der Finnige lachte und in dem Hühnerhof schnatterten die aufgeregten Gänse, Truthennen und Hühner. Und dann müde, stürztest du am Eingang in die Hundehütte mit der Kette und knabbertest das Stückchen Zucker. Aber deine Augen waren geschlossen, damit man nicht sieht, daß sie menschlich sind und du seufztest die ganze Nacht: weshalb?

Von Schale zu Schale machst du die Zeit, deine Hundewelt — die Hütte, der Schuppen, der Hof — wurde mit einem grauen, grauen Velen bedeckt — dem Herbsthimmel: ergeben liehest du dich nach regnen. Die Sonne troch heraus in drei eifigen roten Kreisen — purpurn, wie das Blut der togebissenen Kette: du zittertest vor Scham. Du trugst ergeben die Eiszapfen auf dem Velen; sie stachen dich, du tonstest nicht liegen — aber du trugst sie, bis sie von selbst austauten, bis flinke laute Bächlein aus dem Dunghausen herausstießen. Mit deinen Augen — den menschlichen — gucktest du den ganzen Tag auf die Sonne und gingst ihr nach, rings um die Hütte, und stürztest mit der rostigen Kette. Du verwickeltest dich, du zogst und plötzlich plochte sie.

Du standst eine Sekunde starr, dann — los! Lieber die Hede, über die Gräben, mit nassem Bauch, dampfend slogst du hin, betrunken von der Sonne, von Freiheit, von kaum merkbare Wärme der Erde unter dem Schnee. Und irgendwo, irgendwie in der Nacht schliefst du.

Die Schale gab es nicht mehr, es gab kein Zeitmaß: vielleicht — ein Tag, vielleicht ein Monat. Aber es war nicht ein Tag: zu hart ging der Hunger in deinen Gedärmen um.

Und du erinnerst dich: mit deiner räudigen Seite drücktest du dich an dem nassen Jaun entlang in den Hof hinein; ganz zusammengesauert, den Schwanz zwischen den Beinen, das Kettenende auf der Erde.

Auf dem Hof begrüßte dich das Hallo. Du legtest dich neben die alte Hütte und hieltest die Schnauze hin. Der Finnige legte dir ein neues, blinkendes Halsband mit einem lauten, lustigen Glöckchen um — an einer neuen Kette. Dann stellte man dir direkt vor die Schnauze die Schüssel, in ihr lag ein riesiges Stück saules Fleisches. Und erinnerst du dich? — du frähest und frähest und schlängest, bis du ganz dick geworden warst.

Der Finnige hatte dich gnädig auf den Rücken geklopft, und du fallest auf die Erde und spleitest mit allen vier Beinen, und schütteltest das Glöckchen und stürztest mit der Kette. Du ledest die Hände deines Herrn. Du hattest dich satt gefressen — was galt dir da die Kette? Du bist doch — ein Hofhund.

Seidene Strümpfe.



„Junges Freund, stellen Sie sich wo anders hin, Sie sind keine gute Kellame für mich.“

Du hast keine Worte. Du kannst nur winseln, wenn man dich schlägt; knurrend beissen, wenn der Herr es befiehlt; und nachts gegen den grünen, bitteren Mond heulen.

Aber weshalb hast du so herrliche Augen? Und in den Augen, in ihrer letzten Tiefe — eine so menschliche, traurige Weisheit? Ich weiß: du warst Mensch und du wirst es wieder sein. Aber wann denn? Wann werde ich nicht mehr wagen dir zuzurufen:

„Du, Hund!“

(Aus dem Russischen von M. Charol.)

Operationen mit Diathermie.

Von L. R. Dieckmann.

In der Münchener Frauen-Universitätsklinik wurde kürzlich zum erstenmal ein ganz neues Operationsverfahren erprobt, indem ein chirurgischer Eingriff mit Diathermie vorgenommen wurde. Was ist Diathermie, und wie arbeitet das neue Verfahren?

In der Elektrizitätslehre unterscheidet man bekanntlich hochgepannten und starken Strom. Der Starkstrom hat die größte mechanische Arbeitsfähigkeit, er durchdringt den Leiter und schafft ein hohes Potential. Das Kennzeichen des Starkstroms ist: hohe Stromstärke bei geringerer Spannung, während der Hochspannungsstrom hohe Spannung bei geringerer Stärke aufweist. Nun hat der ungarische Physiker Tesla schon vor Jahren gezeigt, daß man die Spannung des Stromes auf Kosten der Stärke erhöhen kann. Er baute einen besonderen Transformator (Umformer), der ihm gestattete, Ströme von bisher unerreichter hoher Spannung zu erhalten. Nach ihm heißt dieser Strom „Tesla-Strom“. Er unterscheidet sich wesentlich von den anderen Stromarten. Zunächst ist er trotz oder vielmehr gerade wegen seiner enorm hohen Spannung für den Menschen ungefährlich. Während nämlich Hochspannungs- und Starkstrom bei geringster Berührung oft schon töten, kann man den Tesla-Strom ruhig durch den Körper gehen lassen. Tesla hat an verschiedenen Experimenten gezeigt, daß die nach ihm benannte Stromart nämlich nicht den Leiter durchdringt, sondern an der Oberfläche entlang sich fortpflanzt. Bei Schaustellungen wird dieser Strom oft benutzt, um ein trübseliges Publikum irrezuführen. Es werden oft benutzte Experimente mit 100 000 Volt angekündigt, und das Publikum staunt den Mann an, der mit seinem Finger eine Glühbirne anzündet. In Wirklichkeit wird hierzu der vollkommen ungefährliche Tesla-Strom benutzt. Die praktische Bedeutung, die der Erfinder seinem Werke prophezeigte, hat dieses aber nicht erlangt. Der Tesla-Strom ist zu wirtschaftlicher Arbeit nicht verwendbar, denn infolge seiner geringen Stromstärke fehlt ihm die potentielle Energie. Im Diathermie-Strom dagegen hat man die hochgepannte starke Stromart gefunden, die auch zur Arbeitsleistung herangezogen werden kann. Für die therapeutische Medizin vollends ist er von besonderer Bedeutung geworden, und zwar für die Bestrahlungstherapie ebenso wie für die operative Chirurgie. Die Diathermie liefert eine Wärmebestrahlung im Gegensatz zur Lichttherapie der Quarzlampe und der Röntgenstrahlen.

Das Diathermie-Bestrahlungsverfahren ist schon seit einiger Zeit bekannt, ganz neu aber ist das Operationsverfahren, erstmalig angegeben und verwendet von dem Münchener Gynäkologen Prof. Doederlein. Der Vorgang ist kurz der folgende: Der Diathermie-Strom wird an den Operationsstich und an die besonders konstruierten Operationsmesser angegeschlossen. Er treibt durch den Körper des Patienten, ohne daß dieser etwas davon fühlt. Berührt der Chirurg mit dem Messer den Körper, so wird der Strom geschlossen und an der Berührungsstelle entsteht Funkenbildung, die den Druck und die Schneidkraft des Messers wesentlich unterstützt. Es bedarf dann eines bedeutend geringeren Druckes, um Schnitte mehr oder minder großer Tiefe zu erhalten. Liegt darin schon eine wesentliche Verbesserung der operativen Technik, so sind die Vorzüge des neuen Verfahrens damit noch nicht erschöpft. Durch die Funkenbildung wird nämlich auch eine natürliche und unbedingt sichere Desinfizierung der Operationswunde geschaffen, was viel Zeit erspart und die Sicherheit der Operation wesentlich erhöht. Gleichzeitig gerinnt auch das ausströmende Blut schneller, die ange schnittenen Gefäße ziehen

sich zusammen. Bis vor kurzem war es nur möglich, Gefäße bis zu fünf Millimeter Durchmesser mit dem Diathermie-Strom zu verschließen, in letzter Zeit aber hat ein bekannter deutscher Physiker das Verfahren derartig verbessert, daß auch Blutgefäße größeren Durchmessers geschlossen werden können. Bedenkt man, daß die erwähnten Momente bei chirurgischen Eingriffen die Aufmerksamkeit des Arztes nicht mehr so sehr ablenken, wenn das Diathermie-Verfahren angewendet wird, so kann man dieser genialen Neuerung wohl eine bedeutende Zukunft voraussagen.

Gelasselter Kirchenbesuch. Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, in Schulbüchern „der große Kurfürst“ genannt, hatte durch einen Vertrag das Gebiet von Ragnitz in Ostpreußen erhalten. Die Ragnitzer Bauern scheinen den Übergang von einer „Volktheit“ zur anderen ohne alle „völkischen Bewußtseinsbedenken“ vollzogen zu haben. Nur eins berührte sie äußerst peinlich. In einer Eingabe an ihren neuen Landesherren wiesen sie darauf hin, daß ihre Vorfahren, die seit undenklichen Zeiten das Land besaßen hätten, zu keiner weiteren Dienstleistung herangezogen worden seien, wenn sie ihre Arbeit geleistet und den Beamten gegenüber ihre Pflicht getan hätten. Ihre Freiheiten würden aber von der neuen brandenburgischen Verwaltung nicht geachtet, sondern sie würden angehalten, Sonntags zweimal in die Kirche zu gehen und wochentags die „Gebete zu halten“. Die Bauern wehrten sich gegen diese „unerträgliche und höchst schädliche Neuerung, wodurch sie in ihrer Haushaltung und bei ihrer Ackerbewirtschaftung merklich verhindert würden“. Sie böten deshalb den Kurfürsten, diese „hochschädliche Sache“ abzuschaffen.

Aber die Bauern haben wohl aus eigener Erfahrung gewußt, daß es zu Zeiten der absoluten Herrscher von Gottes Gnaden nicht angängig war, daß eine hohe, wohlwollende fürstlich brandenburgische Regierung Gesetzesänderungen auf Anraten ihrer Untertanen vornehme. Deshalb erlaubten sich die Ragnitzer Bauern, der Regierung einen Vorstoß zu unterbreiten, der allen Teilen gerecht würde. Der Kurfürst sollte seinen Beamten empfehlen, daß das Kirchengehen und Betenlernen nach der Anzahl der Äcker des Landes, die einer besitzt, geregelt und der Arme nicht so sehr wie der Reiche beschwert werden möge. Offenbar haben die Bauern zu dem lieben Gott, als dem Vorkämpfer ihrer Güter, kein großes Vertrauen gehabt. Leider ist uns nicht bekannt, wie der Kurfürst den Vorstoß einer Staffelfung des Kirchenbesuches nach der Größe des Vermögens aufgenommen hat, aber sehr wahrscheinlich hat er ihn abgelehnt, weil sonst er selbst als reichster Grundbesitzer des Landes die ganze Bibel hätte auswendig lernen müssen und die Kirche überhaupt nicht mehr hätte verlassen dürfen. Zu einer so großen Verehrung für den lieben Gott haben sich die Ragnitzer aber niemals verstehen können. R. G.

Lebensfähigkeit. Viele Samen höherer Pflanzen verlieren erst nach Jahren ihre Keimfähigkeit, und bei den Sporen niederer Pflanzen ist diese Erscheinung noch ausgeprägter. Die Pflanzen selbst aber verlieren, einmal getrocknet, gepreßt und ins Herbarium eingereicht, im allgemeinen sehr rasch ihr Leben. Aber auch hier gibt es überraschende Ausnahmen. Der Schreiber dieser Zeilen entnahm seinem Herbarium zwei vor dem Kriege, also vor mehr als elf Jahren gesammelte Moose einer gewissen Gattung (*Dicranum*), warf sie in ein Gefäß mit Wasser und überließ sie ihrem Schicksale. Nach Verlauf von ungefähr sechs Wochen zeigte die eine Art keine Veränderung, war also tot. Aus den Sprossenden der zweiten Art aber waren frisch grüne neue Mooschen herorgegangen! Um die Lebensfähigkeit, die sich hier kundgibt, recht zu würdigen, muß man berücksichtigen, daß die betreffende Herbarprobe die langen Jahre hindurch in einem neben der Heizung stehenden offenen Regale stand, in einer Luftkammer, die die Küstendeckel danebenstehender Bücher zum Abplätzen gebracht hat. Eine mikroskopische Untersuchung der dem Experiment unterworfenen Moose hätte nicht das geringste Zeichen von Leben ergeben. Die Erneuerung des Lebens erfolgte aus einer oder wenigen Zellen der äußersten Sprossspitzen, die, von allen Blättern dicht überlagert, dem tödlichen Austrocknen in überraschender Weise Widerstand leistete. R. G.

